

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Forum Stadt



48. Jahrgang
3|2021

Mitten in der Stadt – Transformation urbaner Zentren



Forum Stadt
Verlag

Herausgegeben von Christina Simon-Philipp,
Luise Stoltenberg und Thomas Krüger



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Elisabeth Merk, Jürgen Reulecke und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, Trier,
Historisches Institut

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schönig, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@email.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 96,- Einzelheft EUR 25,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49 (0) 8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung
in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2021 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziolo-
gie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Mitten in der Stadt – Transformation urbaner Zentren

Herausgegeben von
Christina Simon-Philipp, Luise Stoltenberg und Thomas Krüger

Editorial / Einleitung

- Christina Simon-Philipp / Luise Stoltenberg*
Mitten in der Stadt – Transformation urbaner Zentren 235
- Sascha Anders / Thomas Krüger / Luise Stoltenberg*
Herausforderungen für die Zentrenentwicklung und das
Forschungsprojekt „Transformation urbaner Zentren“ 237

Abhandlungen / Interviews / Beiträge

- Forschungsverbund TransZ*
Transformation urbaner Zentren: Steckbriefe 248
- Ruth Emanuel / Anke Kaschlik / Jaqueline Schmidt*
Innenstadt selber machen. Was können gemeinschaftliche Projekte in
der Stadtentwicklung erreichen und wie können Stadtverwaltung und
Stadtpolitik sie dabei unterstützen? 258
- Interview Rainer Nagel*
„Zentren müssen nutzungsdiverser werden“ 271
- Sascha Anders / Thomas Krüger / Luise Stoltenberg*
Selbstorganisation und Governance in der Zentrenentwicklung 274
- Interview Eva Noller / Dirk Schaible*
Kommunales Handeln in der Zentrenentwicklung 287
- Interview Gerald Leppa*
Innenstadtentwicklung aus Sicht von Stadtmarketing
und Wirtschaftsförderung 290
- Interview Anaïs Wiedenhöfer / Jörg Herrmann*
Eine zivilgesellschaftliche Perspektive auf die Innenstadt 293
- Anne-Marie Gehrke-Claußen / Anne Vogelpohl*
Begegnungsräume gestalten.
Das Beispiel „Kreativhaus Eimsbüttel“ in Hamburg 297

<i>Interview Sven Lohmeyer</i>	
Zukunftskonzept Offenbach	310
<i>Hannah Bühr / Elisabeth Schaumann / Christina Simon-Philipp</i>	
Nutzung, Gestaltung und Transformation des öffentlichen Raums in Stadt(teil)zentren. Prozesse und Planungen	314
<i>Interview Barbara Meyer</i>	
„Pischte 52“ in Schlieren bei Zürich – die etwas andere Zwischennutzung	328
Fazit	
<i>Christina Simon-Philipp / Luise Stoltenberg</i>	
Mitten in der Stadt – Transformation urbaner Zentren	332
Grafiken	
<i>Ressourcen-Bewusstsein schaffen</i>	247
<i>Neue Projekt- und Geschäftsideen entwickeln</i>	270
<i>Soziale Innovation & Selbstorganisation aktivieren</i>	286
<i>Wissenstransfer initiieren</i>	296
<i>Kommunikation & Kooperationen aufbauen</i>	313
<i>Öffentliche Räume aktiv gestalten</i>	331
Autorinnen / Autoren	334

Umschlag:

Zentrum Freiberg am Neckar; Foto: Stadt Freiberg am Neckar.

Mitten in der Stadt – Transformation urbaner Zentren

Editorial

Die Entwicklung der Stadt(teil)zentren ist seit Einführung des Städtebauförderungsgesetzes vor 50 Jahren ein Schwerpunkt der Stadterneuerung mit anerkannter aber auch (nicht nur zeitlich) begrenzter Reichweite und Wirkung. Die Konkurrenz der Einzelhandelsstandorte, Digitalisierung und gesellschaftliche Veränderungsprozesse haben einen großen Einfluss auf die Funktionalität und Vitalität der Stadtteilzentren und es stellt sich die Frage, wie eine resiliente Transformation der Zentren gelingen kann, um ihre gesellschaftliche Bedeutung als Orte der Kommunikation und Interaktion zu erhalten. Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Innovationen Transformationsprozesse in Stadt(teil)zentren befördern, wird im kollaborativen Forschungsvorhaben „Transformation urbaner Zentren“ (TransZ) seit 2017 untersucht. Die dort erzielten Forschungsergebnisse und die in den Reallaboren angestoßenen partizipativen Prozesse und Projekte bilden den Rahmen für dieses Themenheft. Ergänzt werden sie durch Blicke und Perspektiven von Akteurinnen und Akteuren, die in unterschiedlichen Funktionen und Aufgabenbereichen mit der Entwicklung der Zentren befasst sind.

TransZ geht davon aus, dass neue Formen des Mitmachens Transformationen in den Zentren anstoßen können. Die Mitsprache der Stadtgesellschaft bei hoheitlichen Verfahren hat sich in der Praxis bewährt und ist gesetzlich geregelt. Die kooperative, koproduktive Stadt geht jedoch über die „bewährte Praxis“ hinaus. Nicht mehr nur die Kommune alleine setzt Impulse für neue Prozesse und Planungen. Vor dem Hintergrund der erweiterten Rollenverteilung erlangen partizipative und kreative Formate daher an Relevanz. Bei dieser Kultur des „Stadtmachens“ nimmt der öffentliche Raum eine wichtige Rolle ein und (neue) Partizipationsverfahren sowie soziokulturelle Projekte gewinnen Bedeutung. TransZ hat derartige Dynamiken in fünf Stadt(teil)zentren gezielt unterstützt. Diese fünf Zentren dienen als Reallabore und sind daher ergebnisoffene Experimentierfelder mit hohem Transferpotenzial. Die Kommune spielt in solchen Settings nach wie vor eine große Rolle; es geht um

Ermöglichung, Unterstützung, die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure und eine entsprechende Haltung.

Diese verschiedenen Zugänge und Ideen für geeignete Projekte und Strategien einer nachhaltigen Zentrenentwicklung wurden in eine digitale Infografik übersetzt und mit konkreten Beispielen ergänzt. Der untenstehende QR Code führt Sie zu dieser Grafik. Optisch ist sie an ein Nahverkehr-Streckennetz angelehnt, bei dem die Transformation urbaner Zentren in der Mitte positioniert ist. Die immer wieder im Heft eingefügten, verschiedenfarbigen Aufzählungen symbolisieren einzelne Linien, die von dieser Mitte ausgehen. Sie haben ihre eigenen Schwerpunktsetzungen und sind in „Herausforderungen“, „Handlungsansätze“ und „Gute Praxis“ unterteilt. Wird eine Linie ausgehend vom Zentrum der Grafik verfolgt, listet sie anhand dieser drei Dimensionen jeweils zentrale Aspekte – hier Stationen – auf.

Wir wünschen eine spannende, für die Entwicklung Ihres Stadt(teil)zentrums anregende und gewinnbringende Lektüre dieses Themenheftes. Transformationsaufgaben erfordern Austausch und Diskussion, treten Sie gern in Kontakt mit uns (kontakt@transz.de, www.transz.de, Instagram@projekttransz), wenn Sie Fragen oder Anregungen haben.

Dank gilt allen Beteiligten, die zum Gelingen dieses Themenheftes „Mitten in der Stadt – Transformation urbaner Zentren“ beigetragen haben. Vielen Dank an unsere Interviewpartnerinnen und -partner für die spannenden Einblicke in ihre Tätigkeitsfelder, herzlichen Dank allen Autorinnen und Autoren. Dank gilt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Förderung des Forschungsprojektes TransZ, welches im Förderschwerpunkt Sozial-ökologische Forschung im Rahmenprogramm Forschung für nachhaltige Entwicklungen gefördert wird. Das Team der vier beteiligten Hochschulen (HafenCity Universität Hamburg, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Holzminden, Hochschule für Technik Stuttgart) und die kommunalen Praxispartner (Bezirksamt Altona, Landeshauptstadt Stuttgart) bedanken sich herzlich beim Projektträger DLR, Herrn Dr. Betker, für die sehr kompetente und stets vertrauensvolle Begleitung des Projektes.



QR-Code zur TransZ-Infografik.

Stuttgart/Hamburg/Esslingen am Neckar, Juli 2021

Christina Simon-Philipp und Luise Stoltenberg für das TransZ-Team

Herausforderungen für die Zentrenentwicklung und das Forschungsprojekt „Transformation urbaner Zentren“

Einleitung

In der stadtentwicklungspolitischen Diskussion stand in den letzten Jahren der Trend zu einer Reurbanisierung im Fokus, der mit Chancen für eine verstärkte Innenentwicklung verbunden wurde. Seit der Covid-19-Pandemie wird allerdings aufgrund der Veränderungen der Arbeitswelt (mobiles Arbeiten) und der steigenden Preise für Wohneigentum eine verstärkte Suburbanisierung erwartet.² Schon zum Schlagwort der Reurbanisierung wurde herausgearbeitet, dass es sich bei genauer Betrachtung im Hinblick auf siedlungsstrukturelle Typen von Stadtregionen und den jeweiligen sozialökonomischen Bedingungen um sehr facettenreiche und von verschiedenen Wirkungszusammenhängen geprägte Entwicklungen handelt.³ Dies dürfte auf die aktuell erwartete, zunehmende Suburbanisierung ebenso zutreffen.⁴

Das in Form von Reurbanisierung oder Suburbanisierung zu beobachtende veränderte Wohnstandortverhalten der Haushalte wird, neben deren jeweiliger sozialökonomischen Situation und Vernetzung sowie der Angemessenheit der Wohnung selbst, auch bestimmt von der Attraktivität und Qualität des Wohnstandortes, d.h. der Nachbarschaft, des Quartiers oder Siedlungsbereichs. Abgesehen von unter-

1 Die Autoren und die Autorin stehen stellvertretend für das gesamte TransZ-Team: Stefan Kreutz (HCU), Martin Gorecki (Bezirksamt Hamburg-Altona), Ruth Emanuel, Anke Kaschlik, Jaqueline Schmidt (HAWK), Elisabeth Schaumann, Christina Simon-Philipp (HFT), Frieder Hartung (Stadt Stuttgart).

2 ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e. V., Frühjahrsgutachten Immobilienwirtschaft 2021 des Rates der Immobilienweisen, S. 201 ff. und S. 226 ff.

3 Vgl. J. Jessen/S. Siedentop, Reurbanisierung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover 2018.

4 Vgl. B. Adam, Suburbanisierung im Fokus: Monitoring städtischer Entwicklungen im Spannungsfeld zwischen Re- und Suburbanisierung, in: Stadtforschung und Statistik: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker 33 (2020), S. 12 ff.

schiedlichen individuellen Biografien und Präferenzen spielt dabei die Erreichbarkeit von Infrastrukturen, Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen eine entscheidende Rolle. Für Haushalte mit Kindern sind Kitas und Schulen von zentraler Bedeutung. Für alle Haushalte sind es neben der Lage im Verkehrssystem darüber hinaus insbesondere die Nahversorgung, persönliche Dienstleistungen einschließlich der Gesundheitsversorgung bis hin zu gastronomischen Leistungen, bzw. deren Verfügbarkeit, die mit hoher Präferenz auch in der Nähe des Wohnortes wahrgenommen werden. Und dies besonders gern in Zentren, in denen diese Angebote kompakt und ggf. kombiniert mit zusätzlichen Ladengeschäften, kulturellen und sozialen Einrichtungen angesiedelt sind und die darüber hinaus Begegnungen mit anderen Menschen und Eindrücken, d.h. eine gewisse Urbanität bieten. Diese Präferenzen zeigen sich nicht zuletzt in aller Klarheit in den Bodenrichtwerten im Umfeld gut ausgestatteter und attraktiver Zentren sowohl in Ballungs- als auch in ländlichen Räumen.

Die grundlegende Bedeutung von Zentren ist in den normativen Grundlagen und Instrumenten der räumlichen Planung fest verankert. Spätestens seit den Arbeiten von Christaller⁵ sind multifunktionale Zentren hoher Erreichbarkeit nicht nur Gegenstand intensiver städtebaulicher Planungen. In den Zentrale-Orte-Konzepten der Landes- und Regionalplanung werden sie, insbesondere ihre funktionale Ausstattung und Hierarchie, sogar als wesentliches Instrument der Steuerung der Siedlungsentwicklung insgesamt angesehen. In der Bauleitplanung wiederum gehört der Schutz der „zentralen Versorgungsbereiche“ zu den Grundsätzen des § 1 BauGB.

Allerdings ist nicht zu übersehen, dass die Zentren in den letzten Jahrzehnten erheblich an funktionaler Bindungskraft und Ausstrahlung verloren haben. Wesentlich dazu beigetragen hat der motorisierte Individualverkehr, der insbesondere im Einzelhandel, aber auch bei privaten Dienstleistungen die Schaffung eines „zweiten Netzes“ von dispers angesiedelten Versorgungseinrichtungen ermöglichte, deren Umsatz den in den gewachsenen Zentren, dem „ersten Netz“, inzwischen nicht selten übersteigt. Oft hatten die gewachsenen Zentren dem zunehmenden Wettbewerb durch dezentrale Standorte wenig entgegenzusetzen, weil es nicht gelang, das vorhandene Angebot entsprechend dem forcierten Strukturwandel im Handel zu aktualisieren oder neue Angebote zu entwickeln.⁶ Ein wesentlicher Grund dafür war, dass die von neuen Angebotsformen im Einzelhandel geforderten Flächen und Parkplätze in gewachsenen Zentren nur schwer oder gar nicht zu schaf-

5 W. Christaller, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933.

6 Vgl. S. Anders/S. Kreuz/T. Krüger, Transformation urbaner Zentren. Den „Marktplatz“ neu definieren, in: *PlanerIn* 6 (2017), S. 16 ff.

fen waren. Dies allein erklärt die sehr unterschiedliche Entwicklung der Zentren allerdings nur bedingt. Ein differenzierender Faktor ist die Wettbewerbssituation, die vielfach von durch die Kommunen selbst geschaffene Konkurrenzstandorte verschärft wurde. Weitere Einflussfaktoren sind die sozialökonomischen Verhältnisse im Einzugsbereich,⁷ die städtebauliche und die Aufenthaltsqualität der Zentren sowie die Aktivität der jeweiligen Akteure und Akteurinnen der Entwicklung der Zentren.

Mit dem 2008 eingeführten Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ hat der Bund die Probleme der Zentren ganz oben auf die Agenda der Stadtentwicklungspolitik gesetzt. Diese hohe Priorität wurde im Zuge der neuen Fördersystematik ab 2020 mit dem Programm „Lebendige Zentren“ bestätigt, wenn nicht sogar verstärkt. Hintergrund war und ist die fortschreitende Differenzierung der Entwicklung und zum Teil Erosion der Zentren. Diese wird insbesondere durch den Online-Handel, der die bisherigen strukturellen Entwicklungen forciert, noch erwartet oder hat bereits eingesetzt.⁸ Dies gilt insbesondere für die Stadtteil- und Quartierszentren in Großstädten sowie die Zentren von Kleinstädten, während die Innenstädte der Großstädte und auch große Shopping-Center – zumindest bis zur Covid-19-Pandemie – als vergleichsweise wettbewerbsstark eingestuft wurden.⁹

Vor diesem Hintergrund nimmt das vorliegende Themenheft jenseits der Innenstädte von Groß- und Mittelstädten in den Fokus und diskutiert Zusammenhänge der Entwicklung, die nicht primär vom Einzelhandel und dessen Strukturwandel bestimmt werden. Es geht also über Zentren als Orte des Konsums und der Versorgung hinaus um Zentren als Wohn-, Lebens- und Arbeitsorte sowie als Kommunikations-, Aufenthalts- und Identitätsorte, d. h. des gesellschaftlichen Lebens und der Öffentlichkeit.¹⁰ Eine wesentliche Grundlage des Themenheftes ist das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2017 geförderte Forschungsprojekt Transformation urbaner Zentren (TransZ), das den Wandel der dezentralen Zentren und dabei insbesondere die Rolle der jeweiligen Akteure und Akteurinnen erforscht und diese begleitet.

7 Vgl. G. Kuhn, Reurbanisierung der Städte – Zwischen Aufwertung und Verdrängung (Gentrifizierung), in: T. Harlander/G. Kuhn (Hrsg.), Soziale Mischung in der Stadt, Ludwigsburg 2014.

8 BBSR, Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren, BBSR-Online-Publikation Nr.08 (2017), S.18 ff.

9 Vgl. S. Anders/S. Kreutz/T. Krüger, Die Covid-19-Pandemie und die Innenstädte, in: PlanerIn 1 (2021), S. 19 ff.

10 Vgl. R. Junker/H. Pump-Uhlmann, Einkaufsstraßen neu denken. Bausteine für neue Perspektiven, Gelsenkirchen 2019, S. 8 ff.

Akteursbezogen und transdisziplinär forschen...

Im Rahmen des Forschungsprojektes TransZ wurden in lokal organisierten Reallaboren innovative Projekte zur nachhaltigen Weiterentwicklung städtischer Zentren initiiert und unterstützt. Die TransZ-Reallabore werden bundesweit in fünf Zentren durchgeführt und verfolgen einen akteursbezogenen und transdisziplinären Ansatz, in dem die Forscherinnen und Forscher im Sinne der Transformationsforschung selbst Teil eines Entwicklungsprozesses zwischen Wissensproduktion und Wissensanwendung sind. Ziel des Reallaboransatzes ist es, theoretisch fundiertes, konzeptionelles und praktisches Wissen über die Initiierung, Umsetzung und Verstetigung von Transformationsprozessen in urbanen Zentren zu erlangen.¹¹

TransZ wird vom BMBF im Rahmen der Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“ gefördert. Es ist ein Verbundprojekt der Hafencity Universität Hamburg (HCU), der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen (HAWK) sowie der Hochschule für Technik Stuttgart (HFT). Kommunale Praxispartnerinnen sind die Bezirksämter Hamburg-Altona und Hamburg-Eimsbüttel sowie die Stadtverwaltungen von Holzminde, Höxter und Stuttgart.

TransZ versteht sich selbst als ein „lernendes Projekt“ unter Realbedingungen und geht davon aus, dass sich Stadt(teil)zentren nur dann zukunftsfähig entwickeln können, wenn unterschiedliche Nutzungen und Funktionen in Einklang gebracht werden und es gelingt, Synergien zwischen den Nutzungen und Funktionen sowie den verschiedenen Akteuren und Akteurinnen zu erkennen und zu nutzen.¹² Die Arbeitsthese von TransZ ist, dass es zunehmend vom gemeinsamen Handeln der verschiedenen Akteure und Akteurinnen (Gewerbe, Immobilien, Kultur, Bildung, Soziales, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik) und ihrer Selbstorganisation abhängt, ob und inwieweit eine nachhaltige Transformation der Zentren erreicht wird. Bisher sind viele dieser Akteure und Akteurinnen allerdings kaum organisiert oder ihre Netzwerke sind zumeist nicht miteinander verbunden. Die Zusammenarbeit mit diesen heterogenen Akteuren und Akteurinnen impliziert deshalb die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen und Perspektiven. Um die angestrebte Entwicklung erreichen zu können, sind neben neuen Strukturen und

11 Vgl. R. Beecroft / O. Parodi, Reallabore als Orte der Nachhaltigkeitsforschung und Transformation: Einführung in den Schwerpunkt, in: TATuP 25 (2016), S. 4 ff.

12 Vgl. S. Anders / T. Krüger, Neue Herausforderungen für die Zentren, in: Hamburgische Architektenkammer (Hrsg.), Architektur in Hamburg – Jahrbuch 2018/19, Hamburg 2018.

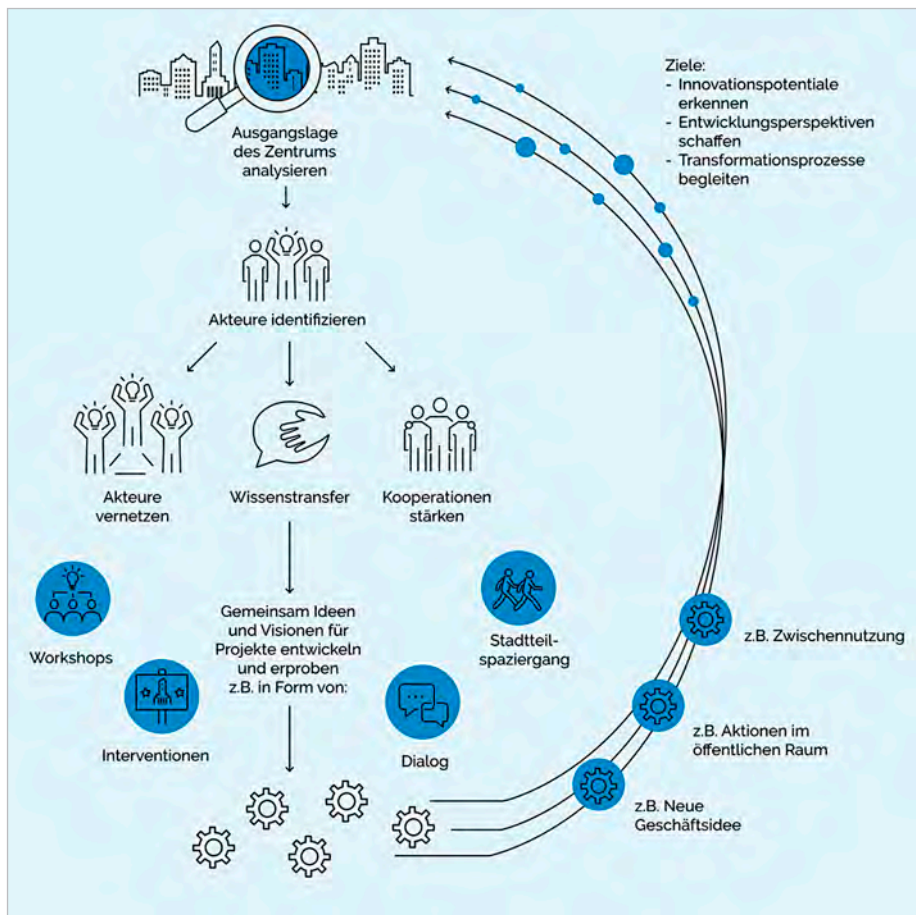


Abb. 1: Forschungsansatz und Vorgehen von TransZ; Quelle: *TransZ*.

Kooperationen (Strukturinnovationen) auch soziale Innovationen¹³ erforderlich, die einen erkennbaren gesellschaftlichen Nutzen und Mehrwert generieren.¹⁴

Im Forschungsprojekt TransZ ging es zu Beginn deshalb darum, lokal getragene Prozesse zu initiieren, in denen neue Handlungsansätze entwickelt werden, die

13 Vgl. U. Stein, Ein systemisches Kommunikationsmodell für die räumliche Planung, in: Planung neu denken online 1 (2014), S. 1 ff.

14 R. Murray/J. Caulier-Grice/G. Mulgan, Open Book of Social Innovation, London 2010, S. 6 ff.

zur Attraktivitätssteigerung der Zentren beitragen können.¹⁵ Hier kommen Innovationsakteure und -akteurinnen ins Spiel, die auf bestehende Problemlagen mit Innovationen reagieren und verschiedene Akteure und Akteurinnen zusammenzubringen. Aus diesem Grund zielen die TransZ-Reallabore darauf ab, Innovationsakteure und -akteurinnen zu identifizieren, die über Interessen und Ressourcen verfügen, um Routinen zu verlassen und neue Ideen umzusetzen. Die daraus entstehenden neuen Initiativen und Projekte sollen sich positiv auf die Entwicklung der Zentren auswirken. In Abbildung 1 ist der Forschungsansatz und das Vorgehen von TransZ visualisiert.

Der TransZ-Forschungsansatz baut auf Erfahrungen auf, die in der Stadtplanung durch die Stadterneuerung, die Städtebauförderung und auch durch die Begleitforschung zu Modellvorhaben etabliert sind. So ist das TransZ-Forscherteam während der Arbeit in den Reallaboren selbst Teil der Prozesse. Besondere Themen und Projekte zur Transformation der Zentren werden proaktiv unterstützt und begleitet. Für den Ansatz und das konkrete Vorgehen von TransZ lassen sich folgende Merkmale festhalten:

- (1) **Transdisziplinarität:** Die beteiligten Hochschulen arbeiten direkt vor Ort mit unterschiedlichen Praxisakteure und -akteurinnen zusammen.¹⁶
- (2) **Thematische Offenheit:** Die Inhalte der Projekte bestimmen ausschließlich die Beteiligten vor Ort (Bewohnerinnen und Bewohner, Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen, Gewerbetreibende, Kulturschaffende, Kommune), einziger thematischer und räumlicher Bezugspunkt ist die innovative Transformation urbaner Zentren.
- (3) Die angelegte **Ergebnisoffenheit der Projekte/Prozesse** macht ein Scheitern grundsätzlich möglich. Es wird davon ausgegangen, dass auch aus gescheiterten Projekten übertragbare Erkenntnisse für die Transformation von urbanen Zentren gezogen werden können.
- (4) Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Befähigung der Akteure und Akteurinnen zur **Selbstorganisation**.
- (5) Die Hochschulen nehmen als **Impulsgeberinnen** eine besondere Rolle ein. Sie agieren als unabhängige „neutrale Instanz“ ohne Eigeninteresse oder externen Auftrag, auch nicht im Auftrag der Kommunen.

15 Vaudt/M. Reichenheim, Integrierende und aktivierende Qualitäten von Begegnungsräumen und sozialer Infrastruktur, in: TransZ Working Paper 1 (2020), S. 3 ff.

16 M. Rose/M. Wanner/A. Hilger, Das Reallabor als Forschungsprozess und -infrastruktur für nachhaltige Entwicklung – Konzepte, Herausforderungen und Empfehlungen, in: Nachhaltiges Wirtschaften, NaWiKo Synthese Working Paper 1 (2018), S. 3 ff.

- (6) Dadurch übernehmen die *Kommunen eine besondere Rolle*. Sie konnten den Reallabor-Prozess inhaltlich nicht vorab steuern, sich aber (wie alle anderen Akteure und Akteurinnen) aktiv einbringen und dadurch zu Mitgestalterinnen werden.
- (7) Die praktischen Erfahrungen und die Forschungserkenntnisse werden von den vier Hochschulen gesammelt, ausgewertet und im Rahmen der *begleitenden Forschung* an die beteiligten Aktiven zurückgegeben und gemeinsam reflektiert.¹⁷
- (8) *Sachmittel* standen während des gesamten Prozesses nur *sehr* begrenzt zur Verfügung und beschränken sich auf Anschubfinanzierungen in der Initial- und Umsetzungsphase der Projekte.

Abgesehen von diesen Merkmalen waren die Prozesse in den fünf TransZ-Projektgebieten unterschiedlich. Durch den ergebnisoffenen Ansatz stand zu Beginn nicht fest, ob von den Akteuren und Akteurinnen vor Ort überhaupt konkrete Projektideen entwickelt und auch umgesetzt werden können. Dies hatte Auswirkungen auf die einzelnen Informations-, Aktivierungs- und Umsetzungsprozesse vor Ort. In Abbildung 2 ist der Ablauf eines TransZ-Reallabors (hier: Hamburg-Eimsbüttel) exemplarisch dargestellt – inklusive der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Umsetzungsprozess.

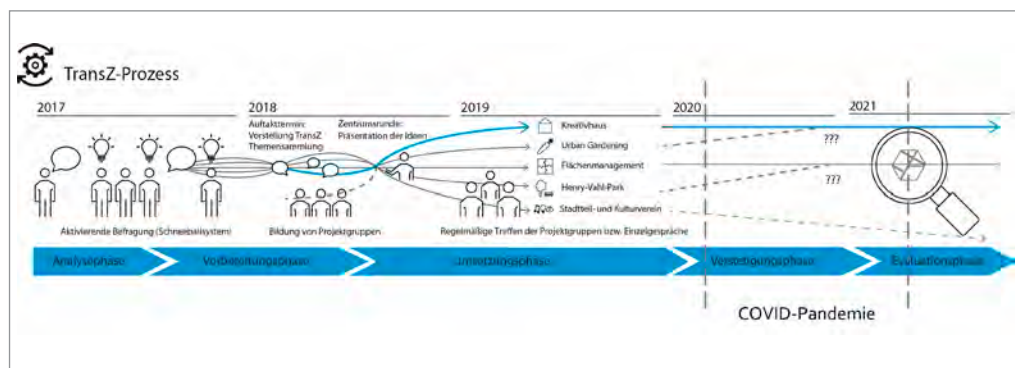


Abb. 2: Ablauf des TransZ-Prozesses im Projektgebiet Hamburg-Eimsbüttel; Quelle: *TransZ*.

¹⁷ H. Kanning, Reallabore aus planerischer Perspektive, in: *sustainify* Arbeits- und Diskussionspapier 3 (2018), S. 14 ff.

...in fünf Stadt(teil)zentren

Im Forschungsprojekt wurden mehrere Reallabore in fünf Stadt- oder Stadtteilzentren durchgeführt, die sich hinsichtlich ihrer Lage und Struktur unterscheiden:

Das Stadtteilzentrum von *Hamburg-Eimsbüttel* entlang der Osterstraße ist als großstädtisches Gebiet als einziges der TransZ-Projektgebiete in den letzten Jahren durch sehr dynamische Entwicklungen geprägt. Handelsseitig ist das Zentrum mittlerweile durch einen attraktiven Mix aus Filialbetrieben und (teilweise neuen) inhabergeführten Geschäften gekennzeichnet. Außerdem haben sich in den letzten Jahren zunehmend gastronomische Betriebe (Kneipen, Cafés und Restaurants) angesiedelt, die neue Angebote für das urbane, zunehmend junge Klientel anbieten. Bis zu Beginn der Covid-19-Pandemie waren in der Osterstraße keine strukturellen Leerstände oder Mindernutzung erkennbar. Die Nachfrage nach Wohnungen und Gewerbeflächen ist hoch und hat in der Tendenz eher zur Verdrängung ökonomisch schwächerer Haushalte und Betriebe geführt.

Hamburg-Rissen liegt im äußeren Stadtbereich Hamburgs, das Zentrum entlang der Wedeler Landstraße ist durch einen eher kleinstädtischen Charakter geprägt. Die Versorgungsfunktion des Zentrums beschränkt sich mit zwei Lebensmittelmärkten weitestgehend auf die Grundversorgung und verschiedene soziale Angebote. Leistungsstarke filialisierte Handelsbetriebe sind in Rissen nicht vorhanden, der inhabergeführte Einzelhandel ist im Zentrum zwar noch präsent, befindet sich aber an einigen Standorten auf dem Rückzug. Die Wedeler Landstraße hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung verloren, bislang ist es nur in einzelnen Bereichen gelungen, mit neuen Konzepten und Angeboten zusätzliche Anziehungspunkte im Zentrum für das Schaffen (z. B. im gastronomischen Bereich).

Die Altstadt von *Holzminden* ist durch eine sehr kleinteilige bauliche Struktur geprägt, die es in der Vergangenheit erschwert hat, leistungsstarke, frequenzerzeugende Funktionen (gewerblich und sozial-kulturell) zu etablieren. In der Folge hat die Innenstadt zunehmend an Bedeutung verloren, nicht nur als Arbeits- und Handelsstandort, sondern auch als Wohnstandort. Mittlerweile ist die Altstadt deshalb durch einen hohen Anteil an Leerständen und Mindernutzungen in den Erdgeschosszonen und auch in den darüber liegenden Wohnungen geprägt. Investitionen in den öffentlichen Raum haben bislang nicht oder nur sehr begrenzt zu einer nachhaltigen Aufwertung der Altstadt beigetragen.

Höxter ist die Nachbarstadt von Holzminden, ihr Zentrum ist durch ähnliche Rahmendaten geprägt. Anders als in Holzminden ist es allerdings in Höxter in den letzten Jahren geglückt, die Altstadt als Zentrum für Handel, Gewerbe und kul-

turelle Angebote zu stärken. Trotzdem hat auch Höxter mit den für Klein- und Mittelstädte typischen Problemen zu kämpfen, die sich vor allem aus dem Strukturwandel im Einzelhandel ergeben.

Das Bezirkszentrum von *Stuttgart-Wangen* liegt, ähnlich wie Rissen in Hamburg, im äußeren Bereich der Stadt. Entlang der Ulmer Straße befindet sich das Bezirksrathaus, der Bezirkstreffpunkt „Kelter“ und verschiedene soziale Einrichtungen sowie Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistung. Trotz des geringen Leerstands hat das Zentrum in den letzten Jahren seinen Charakter als Treffpunkt und Kommunikationsort verloren. Angrenzend an das Bezirkszentrum liegt in Neckarnähe ein bedeutendes, sich dynamisch entwickelndes Gewerbegebiet. Bislang ist es allerdings noch nicht gelungen, diese Effekte positiv für die Zentrenentwicklung zu nutzen.

Seit 2017 wurden verschiedene Projekte in diesen fünf Stadt(teil)zentren angestoßen. Dabei reicht das Spektrum der in den Reallaboren entwickelten Projektideen von neuen Kooperationen, Trägerstrukturen und Finanzierungsansätzen über konzeptionell-inhaltliche Ideen bis zu baulich-räumlichen Vorschlägen für Immobilien oder öffentliche Räume und Grünanlagen. Trotz der Projektvielfalt lassen sich im Forschungsprojekt drei übergeordnete Handlungsfelder identifizieren: (1) Treffpunkte, Kulturangebote und Soziales; (2) Immobilien und Leerständen; (3) öffentliche Räumen und Grünflächen.

Das Themenheft

Im vorliegenden Themenheft werden zentrale Erkenntnisse des TransZ-Forschungsvorhabens vorgestellt. Den Auftakt bilden Steckbriefe, die ausgewählte TransZ-Projekte aus den verschiedenen Stadt(teil)zentren vorstellen. Diese sind:

- die Bauwerkstatt in Stuttgart-Wangen,
- das Kreativhaus Eimsbüttel (KHE),
- die Bürgergenossenschaft Holzminden,
- das Flächenmanagement Osterstraße in Hamburg-Eimsbüttel (FM) und
- der Kunst (T) Raum Holzminden.

Daran anschließend werden Forschungsfragen aufbereitet, mit denen sich die vier Hochschulen parallel zur Begleitung der Projekte auseinandergesetzt haben. Dies betrifft die Themen: Potenziale für Engagement und gemeinschaftliches Handeln (HAWK), Selbstorganisation und Governance (HCU), integrierende und aktivierende Qualitäten von Begegnungsräumen und sozialer Infrastruktur (HAW) sowie

öffentlicher Raum und Planungsprozesse (HFT).¹⁸ Zusätzlich werden in Interviews einzelne Projekte vorgestellt, die unabhängig von TransZ entstanden sind. Ausgewählt wurden die Initiativen „LU'UM“ und „Altstadt für Alle!“ in Hamburg, sowie das von urbanista entwickelte Zukunftskonzept für die Offenbacher Innenstadt und die „Pishte 52“ in Zürich. Zudem haben wir mit folgenden Personen über neue (Planungs-)Ansätze für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der gewachsenen Zentren gesprochen: Rainer Nagel, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur; Eva Noller, Baubürgermeisterin der Stadt Leinfelden-Echterdingen (bis 2020) und Dirk Schaible, Bürgermeister der Stadt Freiberg am Neckar; Gerold Leppa, Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig und Vorstand der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland.

Die Transformation der Zentren ist ein Schlüsselthema für die europäische Stadt. Sie ist ein komplexes Thema, das von übergeordneten Entwicklungen geprägt wird: Reurbanisierung oder Suburbanisierung, die jeweils unterschiedliche Räume und Zentren begünstigen, der durch den Online-Handel forcierte Strukturwandel im Einzelhandel oder die Covid-19-Pandemie mit möglicherweise neuen Chancen für wohnortnahe Zentren und weiteres mehr. Ohne der Lektüre vorgreifen zu wollen, zeigen die Beiträge, dass es wesentlich von der spezifischen örtlichen Situation und insbesondere der Aufstellung und dem Zusammenwirken der örtlichen Akteure und Akteurinnen abhängt, ob die erforderliche Transformation der Zentren aktiv und positiv gestaltet werden kann, oder ob diese allein von den übergeordneten Entwicklungen und lokalen Marktprozessen bestimmt wird, was wahrscheinlich zur Erosion, wenn nicht Auflösung mancher Zentren führen wird.

18 Die Titel der entsprechenden Themenheft-Beiträge sind: „Innenstadt selber machen“ (HAWK, S. 258), „Selbstorganisation und Governance in der Zentrenentwicklung“ (HCU, S. 274), „Begegnungsräume gestalten – Das Beispiel „Kreativhaus Eimsbüttel“ in Hamburg“ (HAW, S. 297), „Nutzung, Gestaltung und Transformation des öffentlichen Raums in Stadt(teil)zentren – Prozesse und Planungen“ (HFT, S. 314).



Grafik 1: Ressourcen-Bewusstsein schaffen; Quelle: *TransZ-Infografik*.

Bauwerkstatt Stuttgart Wangen

Frühjahr 2019

Projektidee

Eine Gruppe engagierter Bewohnerinnen und Bewohner hat sich dem Thema Aufenthaltsqualität gewidmet und ein Sitzmöbel entworfen, das zum Verweilen auf dem zentralen Keltorvorplatz einladen soll.

Trendthemen

- Öffentlicher Raum
- Aufenthaltsqualität
- Aneignung
- Lokales Engagement
- Befähigung der Zivilgesellschaft
- Ermöglichende Verwaltung

Kurzbeschreibung

Das Möbel wurde von den lokalen Akteurinnen und Akteuren selbst entworfen und gebaut. Passantinnen und Passanten wirkten beim Bau am Keltorvorplatz mit, durch den Werkstattcharakter vor Ort konnte viel Aufmerksamkeit erzeugt und eine Gesprächsgrundlage geschaffen werden. Die Sitzmöglichkeit wurde sehr gut angenommen und gepflegt. Es kam zu keinem Zeitpunkt zu Vandalismus oder größerer Vermüllung. Durch die mobile Bauweise kann das Möbel an andere Stellen im Stadtbezirk umgezogen werden.

Durch den Bau des Möbels direkt auf dem Platz sollte die Freude an der Gestaltung des öffentlichen Raums geweckt und zur Mitwirkung an der Gestaltung angeregt werden.¹



Abb.: TransZ.



Abb.: TransZ.

¹ Kontakt: wangen@tranz.de

Organisation

Das Team der HFT Stuttgart war anfänglich durch die Organisation der Lenkungsreise beteiligt, in deren Rahmen die Akteure und Akteurinnen sich kennengelernt haben.

Anschließend hat die Gruppe sich selbstständig organisiert. Das Möbel wurde von der Gruppe an fünf Treffen innerhalb weniger Monate konzipiert und anschließend an einem Tag im Juni 2019 gebaut.

Am Bau waren weitere Personen beteiligt, die nicht an der Konzeption mitgewirkt haben, jedoch an der Umsetzung interessiert waren. Das Hauptteam setzt

sich aus verschiedenen Aktiven des Stadtteils zusammen.

Der Entwurf und der Aufbau wurden von einigen Engagierten gestemmt, die Expertise eines Architekten im Team war von großem Vorteil.

Die große Unterstützung der Bezirksvorsteherin Beate Dietrich war ebenso wichtig, da genehmigungsrechtliche Fragen so auf dem kurzen Weg gelöst werden konnten.

Finanzierung

Die Finanzierung der Materialkosten erfolgte durch TransZ-Projektmittel.



Abb.: TransZ.

Kreativhaus Eimsbüttel e. V.

seit 2018

Projektidee

Trotz der großen Vielfalt im Stadtteil wurde bereits zu Beginn des TransZ-Prozesses deutlich, dass es an einem niedrigschwelligen Stadteiltreffpunkt fehlt, in dem Kreative und Nicht-Kreative arbeiten, zusammenkommen und sich austauschen können. Im April 2018 startete eine von TransZ initiierte Gruppe ehrenamtlich Engagierter aus dem Bezirk die Diskussion, wie ein offenes und niedrigschwelliges Kulturzentrum in Eimsbüttel aussehen könnte, wo es verortet sein müsste, wie es organisiert sein könnte und welche Angebote in welcher Form dort stattfinden könnten.

Trendthemen

- Bürgerschaftliches Engagement
- Integration von zivilgesellschaftlichen und gewerblichen Akteurinnen und Akteuren
- Schaffung niedrigschwelliger Freiräume und Angebote
- Unterstützung von Innovationsakteurinnen und -akteuren
- Gemeinschaftlich nutzbare Räume

Kurzbeschreibung

Das Kreativhaus Eimsbüttel (KHE) soll als kreativer Ort und soziale Begegnungsstätte dienen. Im KHE bieten

Engagierte Kurse, Treffpunkte oder gemeinschaftliches und kreatives Arbeiten für andere aus dem Stadtteil an. Auch Außenstehenden stellt das Kreativhaus Räume zur Verfügung, um Projekte und Veranstaltungen durchzuführen.



Abb.: TransZ.

Regelmäßige Angebote (Klönssnack, Malen, Fotografieren, Singen, Frühstück mit Programm) und wiederkehrende Veranstaltungen (Flohmärkte, Ausstellungen und Konzerte) locken zahlreiche Menschen in die Räume nahe der belebten Osterstraße in Eimsbüttel, die durch den Verein gestaltet werden. Seit der Eröffnung im Oktober 2019 haben über 330 Veranstaltungen stattgefunden.¹

¹ Kontakt: www.kreativhauseimsbuettel.de

Organisation

Das „Kernteam“ setzt sich aus rund zehn Anwohnerinnen und Anwohnern des Stadtteils zusammen, die sich 14-tägig treffen. Dazu kommen zahlreiche engagierte Kursanbieterinnen und Kursanbieter und Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Das TransZ-Team der Hochschulen unterstützt bei den regelmäßigen Treffen, bindet die Bezirksverwaltung in den Dialog um das KHE mit ein und unterstützt bei der Verstetigung.

Nach intensiver Suche ist es Ende 2019 gelungen, Räume im Nebengebäude einer Schule in direkter Nähe zur Osterstraße anzumieten.

Parallel dazu hat sich das KHE mit der Gründung eines eingetragenen und gemeinnützigen Vereins einen formellen Rahmen gegeben. Somit können Interessierte und Engagierte nun auch ordentliche Mitglieder werden.

Finanzierung

Die Arbeit im KHE wird fast ausschließlich ehrenamtlich organisiert. Es fallen u. a. Kosten für die Miete der Immobilie und für Verbrauchsmaterial an.

Das KHE finanziert sich über Einnahmen aus Veranstaltungen wie beispielsweise den Flohmärkten, regelmäßig stattfindenden Kursen und durch Mitgliedsbeiträge. Zu Beginn des Projektes konnte das KHE unter anderem über TransZ-Mittel unterstützt werden. Mittlerweile erfolgt eine anteilige Finanzierung über Mittel des Bezirksamts Hamburg-Eimsbüttel, mit deren Hilfe auch die (zumindest temporäre) Einstellung einer 450-Euro-Arbeitskraft finanziert werden konnte. Dadurch soll perspektivisch sichergestellt werden, dass die sehr zeit- und arbeitsaufwändige Bereitstellung und Vermietung der Räume auch dauerhaft gewährleistet werden kann.



Abb.: TransZ.

Bürgergenossenschaft Holzmiden eG

offizielle Gründung am 05.09.2019

Projektidee

Die Idee einer Stadtentwicklungsgesellschaft oder Bürgergenossenschaft, um dem Leerstand entgegenzuwirken und die Innenstadt zu revitalisieren, bestand bereits vor dem Projekt TransZ. Trotz verschiedener Anläufe hat ein von TransZ organisierter Vortrag der Bürgergenossenschaft Mündener Altstadt eG den Anstoß für die erneute Thematisierung gebracht.

Trendthemen

- Standortgemeinschaft
- Revitalisierung von Kleinstädten
- Gemeinschaftliche Entwicklung
- Bürgerschaftliches Engagement (auch finanziell)

Kurzbeschreibung

Die Bürgergenossenschaft Holzmiden eG möchte zusammen mit ihren Mitgliedern, lokal Aktiven und der Stadt zur Erhaltung und Belebung der Innenstadt beitragen.

Dies soll vordergründig durch den gemeinschaftlichen Kauf und die Instandsetzung leerstehender und renovierungsbedürftiger Gebäude geschehen, um Raum für modernes Wohnen zu schaffen.

Eine Beteiligung ist dabei auf verschiedenen Wegen möglich: Zum einen durch den Kauf von Genossenschaftsanteilen oder dem Einbringen von Sach- und Gegenstandswerten. Zum anderen durch die direkte Mithilfe bei Umbau- und Sanierungsarbeiten.¹



BÜRGERGENOSSENSCHAFT
HOLZMINDEN eG

¹ Weitere Informationen unter www.bg-hol.de;
Kontakt: info@buergenossenschaft-holz-minden.de

Organisation

Die Initiatoren führten mithilfe von TransZ 2019 eine Informationsveranstaltung durch, um Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen und eine gemeinsame Vorgehensweise zu entwickeln. Es bildete sich eine Kerngruppe und es wurden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gefunden, sodass noch im selben Jahr die Gründungsversammlung stattfinden konnte. Inzwischen ist die Bürgergenossenschaft eingetragen, geschäftsfähig und hat die erste Immobilie zur Sanierung erworben.

Für organisatorische Angelegenheiten, Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse sind der Vorstand und Aufsichtsrat zuständig. Renovierungs- und Sanierungsprojekte können nur mit einem entsprechenden finanziellen Kapital getätigt werden, weshalb die Genossenschaft auf Mitglieder angewiesen ist. Da viele Arbeiten in Eigenleistung getätigt werden sollen, spielt auch die Unterstützung der Kommune, lokaler Handwerksbetriebe und der Zivilgesellschaft eine Rolle.



Abb.: TransZ.

Finanzierung

Der Gründungsprozess wurde mithilfe von TransZ-Mitteln finanziert. Die jetzige Finanzierung erfolgt hauptsächlich

durch gezeichnete Genossenschaftsanteile (1 Anteil: 100 €), darunter auch die Stadt Holzminden und Spendengelder.

Flächenmanagement Osterstraße Hamburg

seit 2018

Projektidee

Zum Beginn des TransZ-Prozesses hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit Fragen zur Zukunftsfähigkeit des Zentrums Osterstraße auseinandergesetzt hat. Dabei wurde die Projektidee eines gewerblich-kulturellen Flächenmanagements für die Osterstraße entwickelt.

Mit dem Flächenmanagement (FM) soll eine zentrale Stelle installiert werden, die Informationen über Gewerbeflächen in der Osterstraße zusammenträgt und gleichzeitig als Anlaufstelle für potentiell Interessierte von gewerblich und kulturell nutzbaren Flächen dient.

Trendthemen

- Pop-up-Stores
- Standortgemeinschaft
- Flächenmanagement
- Leerstandsmanagement
- Branchenmix
- Aktivierung von Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern
- Zwischennutzungen

Kurzbeschreibung

Das FM entwickelt mit interessierten Eigentümerinnen und Eigentümern einen Konsens über die Entwicklung

des Gesamtstandortes Osterstraße und sammelt Informationen über die bestehenden Gewerbeflächen. Durch den direkten Kontakt soll es gelingen, zukünftige Leerstände schon frühzeitig zu erfassen und neue, attraktive Nutzungskonzepte zu entwickeln oder zu vermitteln.

Angelehnt ist das FM an die Management- und Organisationsstruktur eines Shopping-Centers. Mietinteressentinnen und -interessenten können sich dann über eine Webseite über die verfügbaren Flächen informieren und sich beim FM melden. Das FM schlägt dann geeignete Mieterinnen und Mieter im Sinne des vorher abgestimmten Branchenmixes vor. Die Entscheidung über die Vermietung der Fläche bleibt bei den Eigentümerinnen und Eigentümern.

Um Leerstände auch temporär durch kreative Nutzungen beleben zu können, soll beispielsweise auch mit dem Kreativhaus Eimsbüttel zusammengearbeitet werden.¹

¹ Kontakt: flächenmanagement-osterstrasse.de

Organisation

Das Projektteam setzt sich aus einem Vertreter des Bezirksamts, dem Quartiersmanagement der Osterstraße, einem Vertreter des Osterstraße e.V. und dem TransZ-Team der Hochschulen zusammen. Mittlerweile gibt es über 30 Eigentümerinnen und Eigentümer, die Interesse an einer Mitarbeit und Kooperation bekundet haben.

Die Umsetzung des FM soll durch eine Vor-Ort-Präsenz unterstützt werden. Zusätzlich werden regelmäßige Stammtische vorbereitet, um den kontinuierlichen Austausch zwischen den Immobilieneigentümerinnen und Immobilieneigentümern zu unterstützen und unter Umständen weitere Themen der Zentrenentwicklung anzusprechen.



Abb.: FM Osterstraße.

Finanzierung

Das FM wird zurzeit durch TransZ finanziell unterstützt und durch das Büro Plan Bernstein umgesetzt.

Perspektivisch müssen weitere Fördermittel akquiriert werden, bzw. soll das FM zu einem erheblichen Teil durch die Eigentümerinnen und Eigentümer selbst finanziert werden.



Abb.: TransZ.

Kunst (T) Raum Holzminden

eröffnet am 04.05.2019

Projektidee

Auf der TransZ-Auftaktveranstaltung 2018 hat sich eine Themengruppe aus Bürgerinnen und Bürgern zusammengefunden, um mithilfe von Zwischennutzungen dem innerstädtischen Leerstand entgegenzuwirken. Seitdem traf sich die

Gruppe regelmäßig unter der Leitung des HAWK-TransZ-Teams regelmäßig, um ein Nutzungskonzept für einen niedrigschwelligen Ort der Begegnung in der Holzmindener Innenstadt zu erarbeiten und umzusetzen.

Trendthemen

- Gemeinschaftliche Entwicklung
- Bürgerschaftliches Engagement
- Zwischennutzung von Leerständen
- Unkonventionelle Nutzungskonzepte
- Schaffung niedrigschwelliger Begegnungsorte



Abb.: TransZ.

Kurzbeschreibung

Unter dem Dach „Kunst und Kultur“ ist der Kunst (T) Raum sowohl eine Begegnungsstätte für Bewohnerinnen und Bewohner, als auch ein Arbeits- und Ausstellungsraum für kreative Köpfe.

Das Kreativangebot erstreckt sich dabei über (Kunst-)Ausstellungen, Mal- und Themenworkshops, Mitmach-Aktionen für Jung und Alt, Lesungen u. v. m.¹

¹ Kontakt: transz.fm@hawk.de

Organisation

Durch einen kooperationsbereiten Eigentümer konnte eine leerstehende Ladenfläche in der Innenstadt zur Realisierung des Kunst (T) Raums genutzt werden. Die Organisation der Gruppentreffen, Ausstellungen und Veranstaltungen läuft über das TransZ-Team, eine offizielle Organisationsform ist noch nicht vorhanden.

Die Öffnung des Raums übernehmen ein engagiertes Mitglied sowie die Künstlerinnen und Künstler der Ausstellungen. Die Kerngruppe besteht hauptsächlich

aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Zudem lebt der Kunst (T) Raum von den Ausstellungen regionaler und überregionaler (Hobby-)Künstlerinnen und Künstler, wodurch das Netzwerk interessierter Personen stetig wächst.

Finanzierung

Die Finanzierung des Kunst (T) Raums erfolgt derzeit durch TransZ-Projektmittel, Spendengelder und eine Förderung der Kulturstiftung Niedersachsen.



Abb.: TransZ.

Innenstadt selber machen

Was können gemeinschaftliche Projekte in der Stadtentwicklung erreichen und wie können Stadtverwaltung und Stadtpolitik sie dabei unterstützen?

Einführung: Die Vielfalt der Akteurinnen und Akteure der Stadtentwicklung

Die einleitend skizzierten Herausforderungen für die Zentrenentwicklung wirken sich in Städten in peripherer Lage oftmals auch auf die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der eigenen Stadt aus. Ehemals vitale Zentren verlieren an Wertschätzung und Bedeutung als Kommunikations-, Identitäts- und Aufenthaltsorte.¹ Aufgrund der Vielschichtigkeit der Problemlagen stoßen die Kommunen häufig an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit und sind bezüglich einer Revitalisierung der Zentren auf die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen. So wird in den letzten Jahren der Partizipation in der Stadtentwicklung verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet und Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe² verstanden. Partizipation bedeutet hier zwei völlig unterschiedliche Handlungslogiken zusammenzuführen: „Die Zivilgesellschaft handelt, wenn sie es will – die öffentliche Hand, weil sie es muss.“³ Stadtverwaltung und -politik arbeiten hierarchisch und nach Zuständigkeiten strukturiert, sind an Abläufe gebunden und oftmals wenig risikobereit. Bürgerschaftlich Aktive engagieren sich für Probleme, die sie als solche erkennen und für die sie sich als handlungskompetent wahrnehmen. Will man ihre Ressourcen für die Stadtentwicklung nutzen, gilt es ihre Selbstwirksamkeitserwartungen⁴

1 H. Pump-Uhlmann/R. Junker, Einkaufsstraßen neu denken, Bausteine für neue Perspektiven. Broschüre der Landesinitiative StadtBauKultur NRW, Bochum 2019, S. 8 ff.

2 K. Selle, Über Bürgerbeteiligung hinaus. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte, Detmold 2013.

3 Vgl. E. Becker/C. Runkel, Zivilgesellschaft in räumlichen Arenen, in: E. Becker/E. Gualini/C. Runkel/R. Strachwitz (Hrsg.), Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart 2010.

4 Self-efficacy beliefs wurden von Bandura (1977) für die individuelle Haltung oder Erwartung geprägt und von Gibson (1999) auf Gruppen übertragen.
A. Bandura, Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change, in: Psychological Review 2 (1977), S. 191 ff.

zu unterstützen. Es müssen Möglichkeitsräume geschaffen werden, um relevante Themen für die positive Entwicklung der Innenstädte zu identifizieren, Aushandlungen zwischen Stadtverwaltung und -politik und der Bewohnerschaft zu ermöglichen und so eine Kultur des Engagements zu etablieren. Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ sprach diesbezüglich vom ermöglichenden Sozialstaat, dessen Aufgabe nicht die Aktivierung ist, sondern die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen, in denen sich bürgerschaftliches Engagement herausbilden und selbst ermächtigen kann.⁵

Vor allem für Personen, die bisher nicht formal engagiert waren, ist oftmals Empowerment⁶ bzw. Selbstermächtigung erforderlich, um ihre Autonomie für die Auseinandersetzung im lokalen politischen Kontext zu stärken. In politischen Zusammenhängen wie der Stadtentwicklung ist Empowerment ein „konflikthafter Prozeß der Umverteilung von politischer Macht.“⁷ Dafür bedarf es der Einsicht der lokal Verantwortlichen in die Chancen, die sich durch bürgerschaftliches Engagement und gemeinschaftliche Projekte ergeben.

Ziel dieses Beitrags ist es, die Chancen und Notwendigkeiten gemeinschaftlicher Projekte für die Zentrenentwicklung näher zu beleuchten. Dafür werden zunächst die Anknüpfungspunkte für die TransZ-Initiativen in Holzminden dargestellt. Darauf aufbauend wird die mit dem Verlauf der beiden Teilprojekte Kunst (T) Raum und Bürgergenossenschaft eG einhergehende Entdeckung und Nutzung von Potenzialen für die Entwicklung der Innenstadt geschildert.⁸ Der folgende Abschnitt widmet sich den Engagierten der beiden Projekte und ihren Motiven zum Engagement sowie der Unterstützung seitens TransZ. Im abschließenden Fazit wird der Entwicklungsprozess reflektiert und es werden notwendige Rahmenbedingungen für eine umfassende Partizipation der Bevölkerung an der Stadtentwicklung benannt.

Zur Analyse der Ausgangslage wurden 16 problemzentrierte Interviews mit Akteurinnen und Akteuren der Stadtentwicklung im weiteren Sinn geführt. Motivationen und Interessen der Beteiligten wurden mit Hilfe von zwölf leitfadengestützten Interviews mit erzählgenerierender Eingangsfrage⁹ ermittelt. Zudem wurden Pro-

C. Gibson, Do They Do What They Believe They Can? Group Efficacy and Group Effectiveness Across Tasks and Cultures, in: *Academy of Management Journal* 42 (1999), S. 138 ff.

5 *Enquete-Kommission*, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag, Berlin 2002, S. 243 ff.

6 N. Herriger, *Empowerment in der sozialen Arbeit*, Stuttgart u.a. 2002.

7 Ebd., S. 14.

8 Für Kunst (T) Raum (S. 256) und Bürgergenossenschaft (S. 252) gibt es jeweils einen eigenen Projektsteckbrief in diesem Themenheft, in dem die zwei TransZ-Projekte kurz vorgestellt werden.

9 F. Schütze, *Biographieforschung und narratives Interview*, in: *Neue Praxis* 3 (1983), S. 283 ff.

tokolle und Memos der Arbeitsgruppensitzungen herangezogen. Die Auswertung erfolgt inhaltsanalytisch mit induktiver Kategorienbildung.¹⁰ Die Arbeit in Holzminden wurde von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit insbesondere über die lokale Tageszeitung und lokale Gruppen sozialer Medien begleitet.

Anknüpfungspunkte für TransZ in der Innenstadt Holzmindens

Trotz eines bauhistorisch und städtebaulich wertvollen Bestands in der Altstadt und einer guten wirtschaftlichen Basis verschlechtert sich die Situation in der Innenstadt seit Jahren. Teilweise schlechte bauliche Zustände, geringe Mieteinnahmen, hoher Leerstand, zurückgehende Besucherzahlen u.a.m. sind zu verzeichnen. Die umfassenden Investitionen in öffentliche Räume im Rahmen der Stadtsanierung konnten nur bedingt private Investitionen in den Gebäudebestand generieren. Zwar wurde das aktuelle Stadtentwicklungskonzept in einem partizipativen Prozess erarbeitet, aber: „Es gibt dann seitens der Verwaltung Bürgerbeteiligungsprogramme [...], wo aber nichts passiert.“¹¹ Die fehlende Umsetzung weiterer Projekte und oftmals erfolglose Bewerbungen der Stadt um Fördermittel tragen zu einer negativen Stimmung von Bewohnerinnen und Bewohnern bei.

Zudem fehlt insgesamt das Verständnis für den Ablauf von Stadtverwaltungs- und politischen Prozessen: „Die Strukturen, die wir hier haben sind hinderlich.“¹² Angesprochen ist damit vor allem die sehr kleinteilige und durch Unstimmigkeiten wiederholt veränderte Zusammensetzung des Stadtrats inklusive parteilosem Bürgermeister. „Ich glaube, deswegen haben sich auch sehr viele Bürger schon abgewendet.“¹³ Die langwierigen Prozesse zwischen Politik und Verwaltung werden als Nichthandeln interpretiert und verstärken die Frustration. Es gibt eine Vielzahl an Vereinen, jedoch wenig Erfahrung mit Partizipation in Form von offenen Beteiligungsformaten oder bürgerschaftlichen Projekten in der Stadtentwicklung.

An diesem Punkt setzte das Forschungsprojekt TransZ an, um mit seiner methodisch offenen Herangehensweise lokale Potenziale in der Innenstadt in Zusammenarbeit mit engagierten Akteurinnen und Akteuren nutzbar zu machen. Im folgenden Kapitel werden die TransZ-Prozesse zur Entstehung der Projekte Kunst(T) Raum und Bürgergenossenschaft Holzminden eG skizziert. Weitere kleinere, temporäre Projekte und Aktionen haben stattgefunden.

10 P. Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim 2015, S. 69 ff.

11 IP10: 19.11.2019.

12 Ebda.

13 IP4: 21.02.2019.

Projektverlauf in Holzminden: Potenziale entdecken und nutzen

Im April 2018 wurde eine öffentliche Auftaktveranstaltung durchgeführt, um das Projektvorhaben, Analyseergebnisse und erste Ideen für die Arbeit vor Ort vorzustellen. Ziel der Veranstaltung war es, Kontakte zu bereits Aktiven zu knüpfen und weitere interessierte Personen zu gewinnen. Die von uns vorgeschlagenen Themen Zwischennutzung und Immobilienentwicklung wurden als wichtig anerkannt, und es bildeten sich Arbeitsgruppen aus Interessierten einschließlich einiger politisch Aktiver.

Die Gruppe Zwischennutzungen traf sich seit der Auftaktveranstaltung sehr regelmäßig, entwickelte vereinzelt Ideen, blieb jedoch lange bei Kritik an vergangenen und aktuellen Entwicklungen stecken. Es fehlte die Inspiration durch konkrete Beispiele und eine geeignete Herangehensweise. Bei der Gruppe Immobilienentwicklung verfestigte sich schnell die Idee, eine Genossenschaft zu gründen. Auch Beteiligte aus der lokalen Politik hofften, durch die Unterstützung von TransZ eine in der Vergangenheit mehrfach angedachte Stadtentwicklungsgesellschaft nun doch umsetzen zu können. Um beiden Gruppen Inspiration zu geben, wurde eine Vortragsreihe durchgeführt, bei der sich umgesetzte Beispiele aus anderen Städten und Regionen präsentierten.

Durch die Inputs im Rahmen der Vortragsreihe gewannen beide Arbeitsgruppen an Elan und arbeiteten deutlich zielgerichteter. Aus der Gruppe Zwischennutzungen wurde daraufhin die Gruppe Kunst (T) Raum, die gemeinsam ein leerstehendes Ladenlokal renovierte, um einen niedrigschwelligen Begegnungsort, Ausstellungs- und Arbeitsraum für regionale Künstlerinnen und Künstler in der Innenstadt zu schaffen. Der Kunst (T) Raum bietet seither ein vielfältiges Kreativangebot und wechselnde Ausstellungen. Die Gruppe besteht aus circa zehn Personen, die sich nahezu alle im Rentenalter befinden.

Auch das Vorhaben zur Gründung einer Bürgergenossenschaft bekam nach der Vortragsreihe durch das Engagement eines ehemaligen Stadtratsmitglieds neuen Schwung. Die Unterstützung durch TransZ und die Mitarbeit eines weiteren gut vernetzten ehemaligen Stadtratsmitglieds führte innerhalb eines Jahres zur Gründung der Bürgergenossenschaft Holzminden eG. Für die zu besetzenden Rollen in Vorstand und Aufsichtsrat wurden gezielt Personen mit den notwendigen Qualifikationen angeworben. Die Kerngruppe des Vorstands und Aufsichtsrats besteht aus 13 lokalen, in der Stadtgesellschaft etablierten und zum Großteil noch berufstätigen Personen. Darüber hinaus gelang es, die Kommune mit einem Beitrag von einem Drittel der privaten Mitgliedsbeiträge für die Genossenschaft zu gewinnen. Inzwischen wurde die erste Immobilie gekauft und durch die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder entkernt. Die Intention, Renovierungsarbeiten mit einer



Abb. 1: Eröffnungsausstellung
im Kunst (T) Raum Holzminden; Foto: *TransZ*.

breiten Beteiligung durchzuführen, musste aufgrund der Kontaktbeschränkungen aufgegeben werden.

Insgesamt zeigen die Aktivitäten von TransZ eine „logisch“ aufeinander aufbauende Abfolge von Projektschritten mit der Folge der Steigerung von Selbstwirksamkeitserwartungen.¹⁴ Wobei kollektive Selbstwirksamkeitserwartungen verstanden werden als gemeinsame Überzeugung von Teammitgliedern, durch Motivation, Fähigkeiten und Handlungen Herausforderungen bewältigen und/oder ein gemeinsames Ziel erreichen zu können.

Nach der Auftaktveranstaltung fanden sich Arbeitsgruppen „nur“ zu den von uns vorgeschlagenen Themen zusammen; zusätzliche Themen wurden nicht eingebracht. Die Arbeitsgruppen begannen in unterschiedlicher Intensität mit einer Rückschau auf vergangene Prozesse. Die Gruppe Zwischennutzungen hielt sich oft mit Anekdoten und Schuldzuweisungen in Richtung „Stadt“ auf. Einigen Teilnehmenden schien es vor-

erst eher um Frustabbau und den Kontakt zu anderen Personen zu gehen, ohne an einem konkreten Projekt arbeiten zu wollen. Eine zielgerichtete Arbeit war erst nach einer längeren Phase des Vertrauensaufbaus untereinander und in die Verlässlichkeit der Unterstützung durch TransZ sowie die Inspiration durch die Beispiele der Vortragsreihe möglich. Die Gruppe Immobilienentwicklung wartete nach „Feststellen“ bisheriger Versäumnisse insbesondere der Stadtverwaltung und -politik gezielt auf die konkreten Beispiele der Vortragsreihe und schaffte es dann innerhalb eines Jahres circa 200 Mitglieder mit Anteilen im Wert von über 100.000 Euro anzuwerben.¹⁵

Nach und nach gelang es beiden Projekten aktuelle Gegebenheiten, wie leerstehende Läden oder Gebäude als Potenziale zu nutzen. Krisen als Chancen zu

¹⁴ C. Gibson (s. A 4), S. 138 ff.

¹⁵ Der Wert für einen Anteil wurde auf nur 100 Euro festgesetzt, eine Aufnahmegebühr gibt es nicht, um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen.



Abb. 2: Gemeinsame Ausräumaktion

durch die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, v.l.n.r. Miriam Bullmann, Andreas Nolte, Karl-Heinz Klein, Marco Singer, Matthias Kumlehn, Marc Wellmann; Foto: Bürgergenossenschaft Holzminden eG.

nutzen wird für die Stadtentwicklung oft propagiert, gelingt aber nur in Ausnahmefällen, weil es neben den physischen Bedingungen auch die engagierten Personen und (politische) Gelegenheitsstrukturen braucht.

Insbesondere für einige Beteiligte des Kunst (T) Raums war es für die erfolgreiche Zusammenarbeit erforderlich, im Sinne von Empowerment, bei den Beteiligten einen Selbstmobilisierungsprozess zu unterstützen, indem sie sich der eigenen Stärken und der Möglichkeit der Beeinflussung von Machtverhältnissen klar werden.¹⁶ Ermöglicht wurde dies zum einen durch die Erfolgserfahrungen aus dem Entwicklungsprozess, in dem in kleinen Schritten gemeinsam Verzögerungen und Rückschläge überwunden worden waren. Zum anderen ermutigten die positive Resonanz in der Öffentlichkeit und die erlebte Verlässlichkeit von TransZ. Vorbehalte konnten überwunden und eigene Handlungsmacht erlebt werden. Die Beteiligten entwickelten Stolz auf das Erreichte. Seither sind ein größeres Partizipationsvermögen und mehr politische Einflussnahme zu erkennen.

Anders als beim Projektstart 2017 nehmen die gemeinschaftlichen Projekte heute unabhängig von Stadtverwaltung und -politik Einfluss auf die Entwicklung der

16 U. Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M. 2007, S. 195.

Stadt.¹⁷ Die vielfältigen sichtbaren Aktivitäten der Arbeitsgruppen konnten letztlich auch Veränderungen von Denkstilen¹⁸ in der Stadtverwaltung und -politik unterstützen. Die Altstadt hat heute, im Gegensatz zum Projektbeginn, einen festen Stellenwert im Handeln von Politik und Verwaltung, der auch nach außen sichtbar wird: Nach verschiedenen Anläufen ist es gelungen, im Förderprogramm Zukunftsräume Niedersachsen Mittel für die Besetzung der Stelle einer Innenstadtmanagerin einzuwerben und diese gut sichtbar und zugänglich in der Fußgängerzone in einem gemeinsamen Büro mit der Bürgergenossenschaft und TransZ anzusiedeln.

Die dargestellten Ergebnisse gehen einerseits auf die Motivationen und Interessen der Beteiligten zurück und andererseits auf die Unterstützungsangebote durch TransZ. Diese werden im Folgenden analysiert.

Motivationen der Beteiligten und die Rolle des Projekts TransZ

Persönliches Engagement wird von den meisten Projektbeteiligten als „Selbstverständlichkeit“ in ihren Biografien dargestellt. „Dieses Grundmotiv, sich zu engagieren, das ist bei mir eben bis zum heutigen Tag vorhanden.“¹⁹ Fast alle Mitwirkenden waren vor ihrer Beteiligung an den TransZ-Projekten teilweise seit ihrer Jugend freiwillig engagiert, so wie es auch die Engagementforschung feststellt.²⁰

„Ich wollte eigentlich nur was tun, damit die Stadt nicht so traurig aussieht.“²¹ In ähnlicher Weise geben fast alle Aktiven die Situation der Innenstadt als herausragendes Motiv an. „Viele schimpfen immer nur, [...] dann muss ich aber auch bereit sein, mich dafür zu engagieren.“²² Zusätzlich wirkt das als Nichthandeln empfundene Vorgehen von Stadtpolitik und -verwaltung bzw. das ihnen unterstellte mangelnde Interesse an der Entwicklung der Altstadt als Engagementmotiv.

Mit diesen auf das Gemeinwohl ausgerichteten Interessen der Beteiligten gehen für viele auch auf eigene Vorteile ausgerichtete Interessen einher.²³ „Ja, ich wollte

17 Vgl. A. Kaschlik, Stadtentwicklung: Potenziale und Gestaltungsoptionen in Mittelstädten; in: A. Kaschlik et al. (Hrsg.), Potenziale in der Peripherie, Detmold 2017, S. 19 ff.

18 L. Fleck, Denkstile und Tatsachen. Gesammelte Schriften und Zeugnisse, 2. Aufl., hrsg. von S. Werner und C. Zittel, Berlin 2011, S. 41-258.

19 IP4: 21.02.2019.

20 M. Corsten/M. Kauppert/H. Rosa, Quellen bürgerschaftlichen Engagements – Diskussion der Ergebnisse, in: M. Corsten/M. Kauppert/H. Rosa, Quellen bürgerschaftlichen Engagements. Die biographische Entwicklung von Wir-Sinn und fokussierten Motiven, Wiesbaden 2008, S. 222-231.

21 IP1: 24.01.2019

22 IP9: 19.11.2019

23 Vgl. A. Klein, Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“, in: A. Klein/P. Fuchs/A. Flohé (Hrsg.), Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin 2011.

also wirklich gerne noch zwei oder drei so wirklich so große Sachen machen.“²⁴ Der Kunst (T) Raum bot dafür bessere Möglichkeiten als die eigene Wohnung. Oder: „Wenn die Stadt attraktiver ist, hat man es da auch einfacher, Wohnungen zu vermieten.“²⁵ So werden durch das Wirken der Genossenschaft die Aufwertung der Altstadt und damit steigende Preise für eigene Immobilien erwartet.

Für viele stellt das jetzige Engagement eine Fortführung früherer Aufgaben im Beruf oder im Ehrenamt dar. Personen, die bei der Genossenschaft verantwortliche Positionen/ Aufgaben übernehmen, waren oder sind auch in verantwortlichen Positionen in Aufsichtsräten, Vereinsvorständen etc. aktiv. Beim Kunst (T) Raum fehlt bisher die Verantwortungsübernahme. Personen, die früher in leitenden Positionen aktiv waren, sehen sich aber auch innerhalb dieses Projekts eher als Wortführende und bekunden Interesse am Fortbestand.

„Ich möchte nicht hier zu Hause versauern, [...] soziale Kontakte sind mir schon wichtig.“²⁶ Solche auf Gemeinschaft ausgerichtete Motive werden insgesamt nur von wenigen Personen als Beweggründe für das Engagement benannt. Die Erfahrung der Gruppenarbeit insbesondere beim Kunst (T) Raum zeigt aber bei fast allen Personen ein starkes – unausgesprochenes – Interesse an sozialen Kontakten. Trotzdem stehen die Motivationen der Beteiligten damit etwas neben denen, die der Deutsche Freiwilligensurvey benennt: An erster Stelle steht dort der Spaß an der Tätigkeit, gefolgt von sozialer Interaktion.²⁷

Die Beteiligung an den Projekten unterstreicht, dass Interesse an der gemeinsamen Sache und Kooperationsbereitschaft vorhanden sind. Gemeinschaftliche Projekte brauchen „Ermutigung, Unterstützung und Räume zum Experimentieren“.²⁸ Diese Experimentierräume benötigen gleichsam Geschlossenheit und Offenheit, Unabhängigkeit und Verlässlichkeit.²⁹ Dem versuchte TransZ einerseits durch die themenoffene Herangehensweise und andererseits durch die verlässliche Unterstützung von Arbeits- und Ideenprozessen zu begegnen. Zur Anregung der Arbeit in den Gruppen wurden Themen vorgeschlagen und Beispiele gezeigt. Einschrän-

24 IP3: 28.01.2019.

25 IP11: 19.11.2019.

26 IP7: 14.11.2019.

27 Vgl. D. Müller/N. Hameister/K. Lux, Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement, in: J. Simonson/C. Vogel/C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Wiesbaden 2017.

28 E. Ostrom/S. Helfrich, *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*, München 2011, S. 12.

29 Vgl. A. Henkel, Offenheit und Geschlossenheit als notwendige Korrelate. Zur Stabilität sozialer Formationen, Beitrag zum Plenum 7 „Ambivalenzen von Schließung und Offenheit in Gesellschaften, Gruppen und Organisationen“, in: S. Lessenich (Hrsg.), *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Bamberg 2017.

kungen durch den räumlichen Fokus auf die Innenstadt sowie die sehr begrenzten finanziellen Mittel für die Umsetzung von Projektideen wurden von Beginn an kommuniziert.

TransZ wurde von den Beteiligten als Projekt der in der Stadt hoch angesehenen, neutral agierenden Hochschule erlebt. Dies war eine gute, aber auch notwendige Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit. Zwar benötigten die Arbeitsgruppen Zeit, um die Versäumnisse der „Stadt“ zu besprechen, die Intention von TransZ wiederholt zu hinterfragen und auch die geringen Mittel für die Projektumsetzung infrage zu stellen. „Ohne TransZ wären wir längst nicht da, wo wir jetzt sind. Ohne solch eine Unterstützung wäre das gar nicht gegangen.“³⁰ So war es nach einer intensiven Phase des Vertrauensaufbaus und der Initiative „von außen“ möglich, bisherige Entwicklungspfade zu verlassen³¹ und in neue Richtungen zu denken oder im Falle der Bürgergenossenschaft sogar alte Ideen wieder aufzugreifen.

Durch die Arbeitsweise des Projekts TransZ konnten auch Personen erreicht werden, die bisher nicht aktiv waren und es trafen Menschen aufeinander, die aus eigener Initiative gemeinsam keine Aktivitäten begonnen hätten. Auf der anderen Seite hatte die thematische Offenheit insbesondere in der Gruppe Zwischennutzungen zu Beginn eine hohe Fluktuation zur Folge. Das „Abholen“ der jeweils Neuen und Wiederholungen von Diskussionen³² beanspruchten anfänglich viel Zeit. Die Offenheit des Themas, die unterschiedlichen und nicht ausgesprochenen Interessen der Beteiligten erschwerte die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Durch eine stringente Gesprächsführung seitens TransZ konnte die Arbeit der Gruppe letztendlich konstruktiv gestaltet werden. Die neugewonnene Struktur schaffte auch eine Grundlage für den Umgang mit Irritationen, die von außen oder durch das Handeln einzelner Gruppenmitglieder verursacht wurden. Sowohl die wenig fokussierte Zielstellung, als auch die heterogene Zusammensetzung der Gruppe machten es einigen Beteiligten lange Zeit schwer, sich tatsächlich zum Engagement in der Gruppe zu bekennen. Erst mit der Umsetzung der Renovierungsarbeiten im Ladenlokal bzw. erst mit der Nutzung des Kunst (T) Raums fühlten diese sich der Gruppe wirklich zugehörig. Die inhaltliche Fokussierung schaffte also eine höhere Identifikation mit dem Projekt und Erwartungssicherheit für die Beteiligten. Auch „geschlossene Aktivitäten“ wie z. B. ein Abendessen für den Kreis der Aktiven förderte das Zusammengehörigkeitsgefühl. Bei solchen Aktivitäten, die für Außenstehende sichtbar im öffentlichen Raum stattfanden, sowie durch die

30 IP7: 14.11.2019.

31 J. Beyer, Pfadabhängigkeit ist nicht gleich Pfadabhängigkeit! Wider den impliziten Konservatismus eines gängigen Konzepts, in: Zeitschrift für Soziologie (1/2005), S. 5 ff.

32 Memo der Kunst (T) Raum Gruppensitzung vom 20.06.2018.

Berichterstattung in der Lokalzeitung konnte die Gruppe Stolz auf das Erreichte und die Beteiligung an der Gruppe entwickeln sowie Anerkennung von außen erfahren. Ohne Begleitung und externe Themenanstöße wäre das Projekt sehr wahrscheinlich nicht umgesetzt worden. Die verlässliche Begleitung und Moderation von Gruppensitzungen, die aufgrund der Gruppenzusammensetzung nötig war, ist auf der anderen Seite aber auch ein Grund dafür, dass die Gruppe bis heute wenig Eigenverantwortung entfaltet hat. Im Gegenteil hat sich sogar eine hartnäckige Anspruchshaltung gegenüber TransZ aufgebaut. Der Fortbestand nach Ende der Laufzeit von TransZ ist bisher noch nicht gesichert.

Die Gruppe Immobilienentwicklung benötigte sehr viel weniger Begleitung bis zur Gründung der Bürgergenossenschaft. Für die notwendigen administrativen Aufgaben der Genossenschaft sowie die Organisation von Renovierungsarbeiten wird nur gezielt und vereinzelt Unterstützung durch TransZ angefragt. Durch die in der Gruppe vorhandenen (politischen) Erfahrungen und ihre gute Vernetzung in der Stadt konnten die beiden Initiatoren gezielt Personen mit den erforderlichen Qualifikationen für die Mitarbeit in den Gremien der Genossenschaft gewinnen. TransZ unterstützte anfänglich bei Gruppentreffen, sehr schnell aber nur noch bei Fragen im Gründungsprozess und organisatorischen Angelegenheiten.

Die TransZ-Projekte verdeutlichen die Potenziale gemeinschaftlicher Projekte für eine nachhaltige Zentrenentwicklung: Neben der benannten Nutzung einzelner leerstehender Gebäude oder den zunehmenden Selbstwirksamkeitsüberzeugungen der Beteiligten werden auch Ansätze für die Verbesserung des Images der Altstadt erkennbar. Wesentlich scheint im untersuchten Fall aber die Steigerung der Bedeutung der Innenstadt im städtischen Handeln, die nicht allein auf die Arbeit von TransZ zurückzuführen ist, für die aber die Projekte und insbesondere die Berichterstattung darüber eine wichtige Rolle gespielt haben. Aus den bisherigen Darstellungen werden aber auch Unterstützungsbedarfe sichtbar. Im Folgenden wird die Rolle von TransZ reflektiert und es werden Aussagen zu notwendigen Rahmenbedingungen für die Potenzialentfaltung durch gemeinschaftliche Projekte herausgearbeitet.

Ausblick: Notwendige Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung

Die offene Herangehensweise von TransZ ohne direkte Beteiligung der Stadt hatte viele Vorteile, sie war aber auch mit einigen Herausforderungen verbunden. Die Erwartung, dass die Eigenverantwortung der Gruppen durch selbstbestimmtes Arbeiten gestärkt würde, bestätigte sich nur für die „partizipationsaffine“ und politisch versierte Gruppe der Bürgergenossenschaft. Beim Kunst (T) Raum ließ sich eine

eigenverantwortliche Aktivität trotz intensiver Begleitung bisher nicht erreichen.

Durch TransZ konnten zwar Menschen erreicht werden, die sonst nicht erreicht werden, gleichwohl kommen unterschiedliche Ausschlussmechanismen zum Tragen. So ist für die Mitgliedschaft in der Genossenschaft die Zeichnung eines Anteils von mindestens 100 Euro notwendig. Eine Beteiligung durch die Mitarbeit bei der Sanierung konnte aufgrund der Kontaktsperre bisher nicht ermöglicht werden, würde aber letztlich auch nicht zur Mitgliedschaft führen. Im Kunst (T) Raum sind einige Personen, die von Beginn an dabei sind und sogar zeitintensive Arbeiten übernehmen, nur bedingt akzeptiert und an Entscheidungen beteiligt.

Die Neuartigkeit der Arbeitsweise führte zudem zu Verunsicherung; der Fokus auf Freiwilligkeit und Offenheit wurde vor allem in der Anfangsphase als Unverbindlichkeit missverstanden. Beides war jedoch für den Projekterfolg ausschlaggebend. Die Gruppe Immobilienentwicklung konnte so in ihrem eigenen Tempo ihre relativ klare Zielstellung verfolgen. Einigen Mitgliedern der Gruppe Zwischennutzungen war nur dadurch überhaupt eine Beteiligung ohne Überforderung möglich. Eine frühzeitigere Strukturierung der Problem-, Ziel- und Methodendefinition hätte wahrscheinlich schneller zu einer konstruktiveren Zusammenarbeit geführt. Es ist demnach eine situationsbedingte Abwägung zwischen Offenheit und Strukturierung erforderlich, um tatsächlich zu einer Co-Produktion von Wissen auf Augenhöhe zu kommen. Konkrete Aufgabenstellungen führen dazu, dass Personen gezielt für die Mitarbeit gewonnen werden können – wie bei der Besetzung des Vorstands- und Aufsichtsrats der Bürgergenossenschaft – oder sich angesprochen fühlen – wie beim Kunst (T) Raum, als es um die Renovierung des Ladenlokals ging.

Wie dargestellt, bieten bürgerschaftliche Projekte umfangreiche Potenziale für eine nachhaltige Stadtentwicklung: „Weil bürgerschaftliches Engagement [...] freiwillig und selbstbestimmt und damit hochgradig personenabhängig ist, sind lösungsorientierte Projekte der Zivilgesellschaft in keiner Weise eine Garantie für Nachhaltigkeit. Es ist und bleibt das Recht eines jeden Engagierten, zu jedem Zeitpunkt seine freiwillige Tätigkeit niederzulegen. Von daher ist die Problemlösungsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren zwar gegeben, kann jedoch nicht als dauerhafter Ansatz verstanden bzw. erwartet werden.“³³ Zudem entstehen bürgerschaftliche Projekte nur in seltenen Fällen von allein; auch sind sie nicht geeignet, um eine umfassende Partizipation der Bevölkerung zu fördern.

Da für Engagement und Partizipation sozialisationsabhängige Handlungskompetenzen erforderlich sind, die gerade Menschen mit geringerer Bildung selten aufweisen, bergen partizipative Projekte die Gefahr, die Chancenungleichheit voran-

33 E. Becker/C. Runkel (s. A 3), S. 196.

zutreiben, indem Bessergestellte ihre Interessen durchsetzen. Freiwilliges Engagement wird so zu einem zusätzlichen Feld, aus dem sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden.³⁴ Es empfiehlt sich deshalb, Beteiligungsmöglichkeiten auf niedrigem Niveau, angefangen bei niederschwelliger Information,³⁵ anzubieten. So können schrittweise Kompetenzen der Partizipation und Selbstorganisation erlernt werden, ohne dass Unterlegenheitsgefühle hervorgerufen werden. Gleichzeitig sollten die Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements, in denen Menschen mit geringerer Bildung beispielsweise „selbstverständliche“ Nachbarschaftshilfe leisten, stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt und die erbrachten Leistungen stärker anerkannt werden.³⁶

Stadtverwaltung und -politik sind gefordert, für eine nachhaltige Entwicklung und für die umfassende Nutzung vorhandener Potenziale die notwendige Rahmenbedingungen bereitzustellen, die bürgerschaftliches Engagement und gleichzeitig sozialen Zusammenhalt fördern. Dafür bedarf es zunächst einer Bewusstseinsbildung in Entscheidungsgremien und in der Öffentlichkeit, die die Bandbreite und die Chancen des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Notwendigkeit von Unterstützung anerkennt.

Für die bedarfsgerechte Förderung vielfältiger bürgerschaftlicher Initiativen im Bereich Stadtentwicklung stellt in Holzminden die Schaffung der Stelle der Innenstadtmanagerin im gemeinsamen Büro mit TransZ und der Bürgergenossenschaft einen sehr guten Ausgangspunkt dar. Die verbleibende Projektlaufzeit muss darauf verwendet werden, den Fortbestand der Strukturen und Ressourcen auch ohne Unterstützung durch Förderprogramme zu sichern.

34 C. Munsch, Die Effektivitätsfalle. Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung, Hohengehren 2005, S. 5.

35 Vgl. G. Strassburger/J. Rieger, Bedeutung und Formen der Partizipation – Das Modell der Partizipationspyramide, in G. Strassburger/J. Rieger (Hrsg.), Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, Weinheim 2014.

36 Im Themenheft beschäftigt sich der Beitrag „Nutzung, Gestaltung und Transformation des öffentlichen Raums in Stadt(teil)zentren – Prozesse und Planungen“ (S. 314) mit der Frage, wie Planungsprozesse gestaltet sein müssen, damit verschiedene Personen(gruppen) mitwirken können.



Grafik2: Neue Projekt- und Geschäftsideen entwickeln; Quelle: *TransZ-Infografik*.

Interview:

„Zentren müssen nutzungsdiverser werden.“

Rainer Nagel ist Architekt, Stadtplaner und seit 2013 Vorstand der Bundesstiftung Baukultur. Im Gespräch mit Christina Simon-Philipp und Elisabeth Schaumann von TransZ hat er die aktuellen Herausforderungen für Baukultur und Zentrenentwicklung am Beispiel kleinerer Kommunen beleuchtet.

TransZ: Die negativen Folgen von Flächenversiegelung und der hohe Energieaufwand zur Errichtung von Neubaugebieten sind bekannt. Dennoch werden vor allem in kleineren Kommunen weiterhin Neubaugebiete am Siedlungsrand ausgewiesen, mit verheerenden Folgen für die bestehende, weniger nachgefragte Bausubstanz und die Nutzungsmischung im Zentrum. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Wertschätzung für die Bausubstanz im Zentrum zu erhöhen?

Rainer Nagel: Ich denke nicht, dass das Problem, das Sie mit der Frage aufwerfen, auf breiter Ebene so gesehen und von der Politik antizipiert wird. Die Mechanismen von Einkommens- und Gewerbesteuer, die am Wohnort veranschlagt werden, greifen noch immer. Demzufolge ist das Ringen um neue Einwohner und Unternehmen in den Gemeinden nach wie vor prioritär und in der Folge werden neue Baugebiete ausgewiesen, für Gewerbe und Einfamilienhäuser. In den Wohnbiographien junger Menschen scheint das Einfamilienhaus in der Familiengründungsphase der logische nächste Schritt zu sein. Es ist der Bundesstiftung Baukultur ein Anliegen, die Potenziale der Ortsmitte und des Bestandes als Alternativen aufzuzeigen, die Vorbehalte gegen neue Einfamilienhausgebiete weiter zu begründen und die Wohnwünsche auch auf emotionaler Ebene zu thematisieren.

Der kommunale Erschließungsaufwand und dauerhafte Unterhalt pro Wohneinheit im Einfamilienhausgebiet liegt bei jeweils rund 30.000 Euro und damit rund acht- bis zehnmal so hoch wie in integrierten Lagen. Neben dem monetären Argument geht es uns darum, die Wertschätzung für die örtliche, gewachsene Bausubstanz zu fördern. Rund 900 Gemeinden in Deutschland haben ein historisches Stadtbild, dieses wird nicht immer wertgeschätzt. Ältere Gebäude können oftmals vergleichsweise günstig erworben werden. Im Grunde zählt nur noch der Grundstückswert. Durch die Kommunikation guter Beispiele kann für Wohnwünsche im Bestand eine neue Konjunktur geschaffen werden. Die kommunalen Verwaltungen können erheblich mitwirken, indem sie Nutzungsdurchmischung mit Wohnen zum Thema machen und die Instrumente der Bodenpolitik aktiv anwenden – etwa durch Zwischenerwerb oder Konzeptverfahren.

TransZ: Welchen Beitrag kann die Bundesstiftung Baukultur zur Stärkung der Zentren leisten?

Rainer Nagel: Unser wichtigstes Tätigkeitsfeld ist die strategische Kommunikation. Der Baukulturbericht „Stadt und Land“ war ein wichtiger Meilenstein. Als wir 2014 mit der inhaltlichen Arbeit begannen, lagen wir damit nicht im Trend, was auch unser Beirat monierte. Die allgemeine Diskussion war geprägt vom Wohnen in Metropolen. Wir haben der Bundesregierung den Baukulturbericht '16/17 „Stadt und Land“ vorgelegt und wiederholt auf das Phänomen des Donuts hingewiesen. Mit dem Donut-Effekt konnten wir plakativ erklären, dass die Mitte leerläuft und das Wachstum in die Fläche nicht reizvoll ist und es zu einer Abwärtsspirale kommt. Das ist bei den Bürger-

meisterinnen und Bürgermeistern angekommen, was wir als sehr wichtig erachten, denn Bürgermeister sind wichtige Kommunikatoren innerhalb ihrer Gemeinden. Wir versuchen daher, mit „Bürgermeisterformaten“ zu arbeiten und beispielsweise durch Bürgermeisterreisen zu guten Beispielen gelungener Baukultur zum Nachahmen anzuregen. Teilweise bringen wir eigene Erkenntnisse in Prozesse ein und werden so zum Akteur.

TransZ: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die PKW-Abhängigkeit auch in ländlich geprägten Kommunen zu reduzieren und damit zur Stärkung des Zentrums als Ort der Kommunikation und des Austauschs – als soziale Mitte – beizutragen?

Rainer Nagel: Das ist ein schwieriges Kapitel. Darüber denke ich schon seit Beginn meiner Berufstätigkeit nach. Wir dürfen nicht vergessen, dass Deutschland – nach Einschätzung der Bundesregierung und der Wirtschaft – erheblich vom Auto abhängt. Und deshalb sind natürlich alle politischen Initiativen nur wenig tragbare Kompromisse. Solange wir das Dienstwagenprivileg, eine Pendlerpauschale und subventionierte Spritpreise haben, wird die gegenwärtige Automobilität nicht an Bedeutung verlieren. Obwohl Politik und Gesellschaft auf breiter Ebene wissen, wie kontraproduktiv das ist. Die wenigsten Menschen sind tatsächlich vom Auto abhängig. Viele kleine Gemeinden haben einen Regionalbahnanschluss, es gibt nur wenige Orte, die man nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht. Das Auto wird – auch auf dem Land – überschätzt und der bequeme Aktionsradius mit dem Fahrrad unterschätzt, weil die Erfahrung fehlt. Ich denke es ist wichtig, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es keine Abhängigkeit vom Auto gibt.

TransZ: In kleineren Kommunen ist die Verwaltung mit den Pflichtaufgaben oftmals schon sehr stark ausgelastet, für die Implementierung und Umsetzung innovativer Planungsverfahren bleibt kaum Raum. Welche Möglichkeiten

sehen Sie, eine innovationsfördernde Planungskultur in kleineren Kommunen zu unterstützen?

Rainer Nagel: In der Regel haben die kleinsten Kommunen kein Bau- oder Planungsamt. Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin sind „Allrounder“. Eine wichtige Möglichkeit sehe ich darin, Verantwortungsträgerschaft zu qualifizieren und ein Bewusstsein für Bau- und Planungskultur, Stadtentwicklung und Bürgerstolz zu schaffen. Sehr zielführend ist es, Netzwerke aufzubauen, Kommunikation zu ermöglichen und das Mindestmaß eines Impulses von außen in die Orte zu bringen, zum Beispiel einen mobilen Gestaltungsbeirat. Unterstützt durch die Tagespresse und die Teilnahme aus dem Ort können sich so eine Debatte und ein gesteigertes Bewusstsein für baukulturelle Fragen entwickeln. Manchmal kann ein saniertes Gebäude als Modell und Impulsgeber wirken. Der Anstoß hierzu geht oft von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus, seltener von der Verwaltung oder der Politik. Das heißt, es geht um die Förderung der Bottom-Up-Kultur eines Ortes und gleichzeitig darum, die Top-Down-Ebene zu unterstützen. Wenn dieses Balancieren zwischen Bottom-Up und Top-Down gelingt, kann Innovation greifen.

Hinzu kommt, dass oft Erschließungsunternehmen oder Vermessungsbüros die Bauleitplanung für Kommunen übernehmen und nicht ausgebildete Stadtplaner oder Architekten. Das schlägt sich auf die Qualität nieder. Im Ingenieurbereich fußt nur ein verschwindend kleiner Anteil der Bauvorhaben auf Wettbewerben, doch Impulse zur Qualitätssicherung, Transparenz und Kommunikation sowie Auszeichnungsverfahren sind wichtig. Schon in den ersten Planungsphasen sollten Planungsmittel bereitgestellt werden, als vorbereitende Investitionsplanung. Wege eröffnen sich hier in der Städtebauförderung.

TransZ: Welche Auswirkungen wird die Covid-19 Pandemie Ihrer Meinung nach auf die Zentrenentwicklung haben?

Rainer Nagel: Ganz unabhängig von Corona müssen Zentren nutzungsdiverser werden. Vieles, was die Zentren auch schon vor Corona betroffen hat, ist hausgemachtes Elend: nicht integrierte Handelsstandorte oder Fachmarktzentren auf der grünen Wiese. Diese Investitionen sind in der Regel noch nicht abgeschlossen. Funktionieren sie nicht mehr, gibt es nur noch die Flucht nach vorne, in Form einer Erweiterung, um Einzugsbereich und Marktanteile zu erhöhen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Innenstädte nicht zu Spezialisten, sondern stärker zu räumlichen Generalisten werden. Der Handel wird in den Innenstädten eine andere Bedeutung bekommen, er wird kompakter, individueller und innovativer werden müssen. Wohnen, Kultur, Freizeit, aktive Erdgeschossnutzungen und soziale Infrastruktur werden die Zentren beleben. Kommunen

könnten als Generalmieter der Erdgeschosse auftreten und damit anstelle von Leerstand ein lebendiges Stadtbild unterstützen. Die Corona-Pandemie wird zudem mit sich bringen, dass wir uns auch künftig stärker mit Abstand begegnen wollen. Der öffentliche Raum wird qualitativ und quantitativ an Bedeutung gewinnen. Der aktuelle Baukulturbericht zeigt, dass eine Verdopplung der Bewegungsfläche eine Vervierfachung des nutzbaren Raumpotenzials bzw. der Raumkapazität nach sich ziehen. Das bietet nicht nur mehr Kapazität, sondern auch mehr Flexibilität. Wochenmärkte, Antikmärkte, Stadtereignisse, es braucht ein „bürgerschaftliches Regime“, ein „Innenstadtmanagement“, eine Intendanz, damit Ortsmitten und Innenstädte dauerhaft lebendig bleiben.

Selbstorganisation und Governance in der Zentrenentwicklung

Grundannahme von TransZ ist, dass das Potenzial der urbanen Zentren in ihrer großen Vielfalt aus unterschiedlichen Nutzungen, räumlichen Strukturen, Akteurskonstellationen und Interessen liegt.¹ Für die Weiterentwicklung gewachsener Zentren ergeben sich aus dieser Heterogenität allerdings große Herausforderungen. Das bezieht sich vor allem auf die schwierigen Bedingungen der Abstimmung und Koordination aller Beteiligten. Das betrifft die Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen, Gewerbetreibende, soziale und kulturelle Akteure und Akteurinnen, die Bewohner und Bewohnerinnen sowie die Kommunalverwaltung und -politik. In gewachsenen Geschäftsstraßen gibt es allerdings durchaus Möglichkeiten, diese Nachteile auszugleichen, die insbesondere gegenüber einheitlich geplanten und gemanagten Shopping-Centern bestehen.

Die Erfahrungen, die bislang in der Quartiersentwicklung, etwa im Rahmen der Städtebauförderung, gemacht wurden, zeigen allerdings, dass die gebietsbezogenen Strukturen zur Selbstorganisation, wie sie zum Beispiel in Interessensgemeinschaften der Gewerbetreibenden oder in lokalen Quartiersbeiräten bestehen, in ihrer Kohärenz und ihrer Leistungsfähigkeit eher schwach ausgeprägt sind. Ihre Gestaltungsmöglichkeiten und Durchsetzungskraft bleiben daher meist auf einem niedrigen Niveau.² So gibt es in gewachsenen Zentren kaum breit angelegte, gemeinsame Kommunikationsstrukturen zwischen den oben genannten Beteiligten. Stattdessen können die eher marktorientierten Interessen auf der einen Seite, deren Kommunikation untereinander allerdings oft stark fragmentiert ist, und die eher am Gemeinwesen orientierten Interessen auf der anderen Seite als getrennte Sphären umschrieben werden, die kaum interagieren.

Ein wesentlicher Handlungsansatz von TransZ ist es deshalb, eine neue Kommunikation, Kooperation und Koordination der verschiedenen Akteure und Ak-

1 S. Anders/S. Kreutz/T. Krüger, Transformation urbaner Zentren. Den „Marktplatz“ neu definieren, in: *PlanerIn* 6 (2017), S. 16 ff.

2 BMVBS, Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt, in: *Forschungen* 153 (2012), S. 25 ff.

teurinnen untereinander anzustoßen. Dadurch soll ein neues, pluralisches und innovatives Verständnis von Zentren entstehen, welches die unterschiedlichen Interessen, Bedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Gruppen aufgreift. Dabei wurden auch die kommunalen Verwaltungen und die Lokalpolitik als Akteurinnen in den TransZ-Prozess integriert, da sie als steuernde und rahmensetzende Institutionen in der Zentrumsentwicklung von großer Bedeutung sind. Sie können durch öffentliche Investitionen oder durch planerische Entscheidungen Zentren erheblich attraktiver gestalten – oder passiv bleiben. Ihr direkter Einfluss auf die Handlungslogiken und das Verhalten der Akteure und Akteurinnen vor Ort sowie auf die Nutzungen und Immobilien in den Zentren bleibt aber meist begrenzt und ist stark kontextabhängig – es sei denn die öffentliche Hand hat eigenen Immobilienbesitz im Zentrum. Gleichzeitig sind die Erwartungshaltungen der lokalen Akteure und Akteurinnen gegenüber der öffentlichen Hand sehr hoch.

Vor diesem Hintergrund stellt dieser Beitrag dar, wie Selbstorganisation gestärkt und neue Formen der Governance in städtischen Zentren erprobt werden können. Dabei wird insbesondere herausgearbeitet, ob bestimmte (neue) Formen der Selbstorganisation und Governance dazu beitragen können, städtische Zentren strukturell zu verändern, um dadurch den aktuellen Herausforderungen, die sich aus dem Strukturwandel im Einzelhandel, der Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt und der aktuellen Covid-19-Pandemie ergeben, besser entgegenzutreten.

Selbstorganisation und Governance

Der Begriff „Selbstorganisation“ ist in den planerischen Diskursen, die traditionell eher davon geprägt sind, das Verhalten anderer zu ordnen oder sogar zu organisieren, mittlerweile nicht mehr unbekannt. Er stammt ursprünglich aus den Naturwissenschaften und wird dort – je nach Disziplin – unterschiedlich verstanden und verwendet.³ Dennoch lassen sich Gemeinsamkeiten der heterogenen Begriffsbestimmungen festhalten: Sie alle definieren „Selbstorganisation“ als eine „gebündelte Kraft [...] welche als geändertes – kollektives – Verhalten eine neue Ordnung, neue Strukturen bilden kann, ohne dass es dazu einer direkten Fremdeinwirkung bedarf“.⁴ Selbstorganisation ist demnach eine kreative Praktik. Sie eröffnet neue Denk- und Handlungsmöglichkeiten und kann dadurch „zur treibenden Kraft der

3 A. Freund/M.-T. Hütt/M. Vec, Selbstorganisation: Aspekte eines Begriffs- und Methodentransfers, in: *systeme* 18 (2004), S. 3 ff.

4 B. Zibell, Chaos als Ordnungsprinzip im Städtebau: Ansätze zu einem neuen Planungsverständnis. ORL-Bericht 99, Zürich 1995, S. 100.

Entwicklung⁵ eines Systems werden. Übertragen auf die Stadtplanung und die im Rahmen von TransZ thematisierte Transformation von Stadt(teil)zentren impliziert die Hinwendung zu Prozessen der Selbstorganisation deshalb zunächst eine grundlegende Offenheit: Der Fokus liegt darauf, endogenes Potenzial zu aktivieren, in die Gestaltungsprozesse einzubinden und dabei sehr stark auf die Kompetenzen von einzelnen oder Gruppen von „Innovationsakteuren/-akteurinnen“ zu setzen. Deshalb geht es in TransZ darum, die Akteure und Akteurinnen in ihrem Bestreben zu unterstützen, produktive Veränderungen in den Zentren umzusetzen.⁶

Governance ist ein Konzept aus der Politikwissenschaft, das auf Ansätze gesellschaftlicher Regulierung jenseits rein staatlichen Governments ausgerichtet ist.⁷ Governance ist inzwischen als relevantes Konzept in der Planungstheorie etabliert.⁸ Im Kontext der Stadtentwicklung wird darunter vor allem das Zusammenspiel zwischen Akteuren und Akteurinnen aus dem politisch-administrativen Bereich, der Privatwirtschaft und der vielfältigen Zivilgesellschaft verstanden.⁹ Dabei ist gerade in der Stadtplanung in den letzten Jahrzehnten ein Paradigmenwechsel festzustellen, der sich aus den ändernden Rahmenbedingungen, Planungserfahrungen der Vergangenheit sowie neuen thematischen Herausforderungen und Erwartungen an die Planungsinstitutionen ergeben hat. In diesem Sinne geht es bei Governance um die Einbindung und Beteiligung der unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen in den Planungs- und Entwicklungsprozess.¹⁰ Die Möglichkeiten zur Partizipation können ganz unterschiedlich sein, angefangen bei der bloßen Information über das Mitentscheiden bis hin zur Selbstverantwortung.¹¹ Allerdings stoßen Beteiligungsprozesse in der Stadtplanung vielfach an ihre Grenzen. So gelingt die Einbeziehung der unterschiedlichen Betroffenen und Interessierten in die formelle Planung nicht immer oder nur partiell.¹²

5 Ebd., S. 100.

6 B. Boonstra/L. Boelens, Self-organization in urban development: towards a new perspective on spatial planning, in: *Urban Research & Practice* 4 (2011), S. 99 ff.

7 Vgl. H. Kilper, Government und Governance, in: D. Henckel/K. Kuczkowski/P. Lau/E. Pahl-Weber/F. Stellmacher (Hrsg.), *Planen – Bauen – Umwelt*, Wiesbaden 2010.

8 Vgl. L. Gailing/A. Hamedinger, Neoinstitutionalismus und Governance, in: T. Wiechmann (Hrsg.), *ARL Reader Planungstheorie*, Bd. 1, Berlin 2019.

9 Vgl. K. Selle, Stadtentwicklung aus der „Governance-Perspektive“, in: U. Altröck/G. Bertram (Hrsg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance*, Bielefeld 2012.

10 H. Nuissl/D. Heinrichs, Fresh Wind or Hot Air – Does the Governance Discourse Have Something to Offer to Spatial Planning?, in: *Journal of Planning Education and Research* 31 (2011), S. 47 ff.

11 S. Anders/S. Kreutz/E. Schaumann/J. Schmidt, Reallabore zur Transformation urbaner Zentren. Erfahrungen und kritische Reflexion, in: *TransZ Working Paper* 2 (2020), S. 7 ff.

12 Vgl. P. Healey, Communicative Planning: Practices, Concepts, and Rhetorics, in: S. Bishwapriya/J. Lawrence/C. Rosan (Hrsg.), *Planning Ideas That Matter*, Cambridge/London 2012.

Die Fragen zur Governance und Selbstorganisation in der Zentrenentwicklung stellen Bezüge her, wie sie in den vergangenen Jahren vor allem im Kontext der „Urban Commons“ untersucht worden sind.¹³ Darunter ist zu verstehen, dass neue Akteure und Akteurinnen (in der Zentrenentwicklung) in Erscheinung treten, die sich abseits der klassischen Kategorien von staatlichen Institutionen, Privaten und Gewerbetreibenden verorten lassen.¹⁴ In diesen Fällen – so auch häufig bei TransZ – agieren Kommunalverwaltungen dann nur als rahmensetzende Institutionen, die Investitionen in den öffentlichen Raum und in einzelne Immobilien anstoßen und unterstützen können. Ihr direkter Einfluss auf die Beteiligten vor Ort – und somit auf die „Planung“ und „Entwicklung“ der gewachsenen Zentren – bleibt begrenzt.¹⁵

Um die Formen der Selbstorganisation und Governance anhand konkreter Beispiele zu erfassen, werden fünf Fragestellungen verfolgt:

- (1) Welche Konstellationen von Akteuren und Akteurinnen schließen sich in einem Projekt zusammen?
- (2) Welche Bedingungen geben den Ausschlag für diesen Zusammenschluss?
- (3) Inwiefern (und ggfs. wann) werden externe Unterstützungsangebote angenommen?
- (4) Welche Entscheidungsstrukturen werden in einer Gruppe entwickelt, um zu agieren?
- (5) Wie ist die Beziehung zwischen der selbstorganisierten Gruppe und der Politik zu charakterisieren?

Erkenntnisse aus der Praxis

Im Rahmen der Reallaborprozesse haben sich in den am TransZ-Projekt beteiligten Stadt(teil)zentren verschiedene Aktivitäten und Initiativen gebildet. Für die Auseinandersetzung mit den beschriebenen Fragen zur Selbstorganisation und Governance werden exemplarisch die drei TransZ-Projekte Kreativhaus Eimsbüttel (KHE), Flächenmanagement Osterstraße (FM) und die Bürgergenossenschaft Holzminden (BG-HOL) beschrieben und eingeordnet.¹⁶

13 M. Dellenbaugh/M. Kip/M. Bieniok/A.K. Müller/M. Schwegmann (Hrsg.), *Urban Commons: Moving Beyond State and Market*, Gütersloh/Berlin/Basel 2015.

14 S. Beck/O. Schnur, *Mittler, Macher, Protestierer: intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung*, Berlin 2016, S. 23 ff.

15 Im Anschluss an diesen Beitrag geben Eva Noller und Dirk Schaible im Interview einen tieferen Einblick in „Kommunales Handeln in der Zentrenentwicklung“.

16 Jedes dieser drei Projekte wird zu Beginn des Themenheftes in einem eigenen Projektsteckbrief kurz vorgestellt (S. 250, 252, 254).

(1) Konstellationen von Akteuren und Akteurinnen

Es ist bereits dargestellt worden, dass die Zentrenentwicklung durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure und Akteurinnen und deren Zusammenspiel geprägt ist. Diese Heterogenität spiegelt sich auch in den einzelnen TransZ-Projekten wider. Das KHE in Hamburg-Eimsbüttel ist durch das besondere Engagement verschiedener Engagierter aus der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen worden und wird nach wie vor von diesen getragen. Von unterschiedlichen Institutionen vor Ort wird zwar ein allgemeines Interesse am KHE signalisiert, in der Planung und Unterstützung agieren diese aber eher im Hintergrund und haben daher geringen Einfluss auf den Selbstorganisationsprozess der als Kernteam organisierten Schlüsselgruppe. Die Institutionen nehmen aber zum Beispiel als Geldspender (z. B. die Hamburger Sparkasse) eine nicht unbedeutende Rolle ein. Die Bezirksverwaltung hat sich während des Initiierungs- und Organisationsprozesses zunächst abwartend verhalten. Unter anderem die regelmäßige Kommunikation des Kernteams hat das Projekt dann recht schnell professionell auftreten lassen, sodass sich die Bezirksverwaltung seit Eröffnung des KHE insbesondere durch finanzielle Unterstützung aktiv in die Verstetigungsprozesse des KHE einbringt.

Beim FM stellt sich die Konstellation der Beteiligten – themenbedingt – anders dar, dort sind vor allem Gewerbetreibende bzw. deren Vertreter und Vertreterinnen (Osterstraßen e.V.) und die Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes Hamburg-Eimsbüttel eingebunden. Anders als beim KHE steht hier die Zukunftsfähigkeit der gewerblichen Strukturen im Vordergrund, entsprechend unterscheidet sich die Akteursstruktur und konzentriert sich auf Gewerbetreibende sowie Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen.

Die Entstehung der BG-HOL ist auf das Engagement von Einzelpersonen zurückzuführen. Diese sind auf politischer Ebene (Stadtrat) stark engagiert und vernetzt. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Bürgergenossenschaft sind innerhalb ihrer jeweiligen Funktionen und Kompetenzen hochqualifiziert (Finanz-, Bank-, Handels-, Rechtswesen, Denkmalschutz etc.), sie sind jeweils gut vernetzt und können sich mit ihrem Know-how entsprechend in die Genossenschaft einbringen. Die Gründung der Genossenschaft hat unter anderem dazu geführt, dass sich die Stadt Holzminden über den Ankauf von bis zu 40 % Genossenschaftsanteilen (rd. 300 Anteile) an der Arbeit der Genossenschaft beteiligt.

Die zentralen Akteure und Akteurinnen der drei Projekte sind nicht fest an Institutionen oder bestimmte Gruppen (beispielsweise die Gewerbetreibenden oder die Zivilgesellschaft) gebunden. Sie bilden in ihren Projekten neue Schnittstellen, aus denen Potentiale erwachsen. Unter ihnen sind Einzelne, die sich als Macher und Macherinnen oder Pioniere und Pionierinnen verstehen, andere sehen ihren Schwerpunkt eher in der tatkräftigen Unterstützung oder etwa im digitalen Sup-



Abb. 1: Typenübersicht; Verschiedenheit von Akteuren und Akteurinnen im Stadt(teil)zentrum;
Quelle: HFT Stuttgart.

port (Online-Aktive) der Initiativen. Abbildung 1 fasst die unterschiedlichen Akteurstypen bildhaft zusammen.

(2) Entstehungsbedingungen

Jedes der erfolgreich umgesetzten TransZ-Projekte ist dadurch gekennzeichnet, dass es im Moment seiner Initiierung von spezifischen Bedingungen profitierte. Dies betrifft nicht nur die lokalen Rahmenbedingungen, sondern schließt ebenso den Moment des Startes von TransZ ein. Die lokalen, zeitlichen und strukturellen Besonderheiten haben gemeinsam „günstige Gelegenheitsfenster“ (*windows of opportunity*) konstituiert. Hier ist zunächst der Projektbeginn von TransZ zu nennen, der es den Innovationsakteuren und -akteurinnen ermöglicht hat, die Projektidee in einem größeren, halbwegs institutionalisierten Rahmen voranzutreiben und weitere Aktive hinzuzugewinnen.

Das KHE hat außerdem davon profitiert, dass es gelungen ist, in zentraler Lage nicht-genutzte Nebenräume einer Schule günstig mieten zu können. Die Suche

nach kostengünstigen Räumen hatte sich im Kontext des dicht bebauten, attraktiven Quartiers als äußerst schwierig herausgestellt. Der Hinweis auf die derzeit genutzten Räume ergab sich letzten Endes aus einem Zufall.

Die BG-HOL hat vor allem zu Beginn des Prozesses von der Unterstützung durch TransZ profitiert. Obwohl die Gründung einer Bürgergenossenschaft bereits in der Vergangenheit angestoßen worden war, hatte sich der Impuls aus unterschiedlichen Gründen nicht festigen können. Erst die öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen im Rahmen von TransZ haben dazu beigetragen, dass die Gründung der Bürgergenossenschaft noch einmal – und dieses Mal mit mehr Nachdruck und Erfolg – angegangen worden ist.¹⁷

Für das FM konnten bislang keine bedeutenden *windows of opportunity* gefunden oder geschaffen werden. Stattdessen haben sich die äußeren Rahmenbedingungen bislang eher negativ ausgewirkt: Schon der Start des Projektes musste aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben werden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass zukünftige Möglichkeitsfenster wesentlich zum Erfolg des Projektes beitragen können. Beispielsweise wenn es gelingt, Leerstände, die unter Umständen durch die Covid-19-Pandemie entstehen, wieder zu „bespielen“ oder Zwischennutzungen und Gesprächskreise der Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen als festen Bestandteil eines aktiven Flächenmanagements im Quartier zu etablieren.

Die Beispiele zeigen, dass die Akteurskonstellation in der Lage sein muss, günstige Gelegenheiten zu nutzen, um das Projekt voran zu bringen, die Motivation durch sichtbare Erfolge zu stärken und damit einen Selbstverstärkungseffekt zu erzielen.

(3) *Unterstützungsangebote*

Alle drei untersuchten Projekte wurden insbesondere in der Initialphase durch die begleitenden Hochschulen unterstützt. Diese haben dabei eine bedeutende Rolle eingenommen: Sie brachten als „neutrale“ Instanz unterschiedliche „Innovationsakteure und -akteurinnen“ zusammen und trugen dazu bei, dass weitere „adopters“¹⁸ zu den Projekten hinzugetreten sind. Herauszustellen ist allerdings, dass die Projektideen schon vor Beginn von TransZ bestanden: Im Fall vom KHE fehlte es ihnen jedoch an Konkretisierung; das FM brauchte einen initiiierenden Anstoß und eine finanzielle Unterstützung zu Beginn des Projekts; für die BG-HOL musste die bereits bestehende sehr konkrete Idee noch einmal aufgegriffen, in einer öffentlichen Veranstaltung thematisiert und mit besonderen „Innovationsakteuren und

17 Im Themenheft gibt der Beitrag „Innenstadt selber machen“ (S. 258) detailliertere Einblicke in die Motivationen der Beteiligten bei der Bürgergenossenschaft Holzminden und der Rolle von TransZ.

18 E. M. Rogers, *Diffusion of innovations*, New York 2003, S. 267 ff.

-akteurinnen“ Gespräche geführt werden. Die Hochschulen trugen also „lediglich“ die bestehenden „losen Projektfäden“ zusammen und deren Unterstützung zu Projektbeginn wirkte dabei quasi-institutionalisierend.

Weitere Unterstützung kam von Seiten der Kommunen dazu. Das Engagement und die Intensität dieser Unterstützung unterschieden sich jedoch voneinander. Beim KHE ist das Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel (Sozialraummanagement – Stadtteilkultur) ab dem Moment als bedeutender Unterstützer aufgetreten, als sich abzeichnete, dass das bottom-up-organisierte KHE funktionierte und mit seinem neuen Konzept eine große Nachfrage erfuhr. Beim FM war die bezirkliche Wirtschaftsförderung von Beginn an in das Projekt involviert und unterstützt es seitdem fortlaufend personell. Im Fall der BG-HOL erwarb die Stadtverwaltung in Holzminden nach Gründung und Stabilisierung der Genossenschaft eigene Genossenschaftsanteile.

Diese Beispiele machen deutlich, dass die Kommunen als Unterstützerinnen für neue „Initiativen“ insbesondere eine stabilisierende Bedeutung haben können. Kommunale Unterstützung kann wesentlich zur Institutionalisierung und zu einer starken und positiven Außenwirkung der Projekte beitragen. Das trifft im Falle von TransZ letzten Endes auch auf das Engagement der Hochschulen und das „Labeling“ durch TransZ zu.

(4) Entscheidungsstrukturen

Die Akteure und Akteurinnen in den drei Projekten haben unterschiedliche Entscheidungsstrukturen aufgebaut, ein direkter Zusammenhang zwischen Organisationsstrukturen und Wirkungsgrad lässt sich allerdings nicht herstellen. Das KHE gab sich mit einem eingetragenen, gemeinnützigen Verein eine recht niedrigschwellige Organisations- und Beteiligungsstruktur, die im Grunde allen Aktiven die Möglichkeit eröffnet, sich zu engagieren. Klassischerweise besitzt der Vereinsvorstand (in diesem Fall drei Personen) besondere Kompetenzen. Um die Entscheidungsstrukturen auf eine breitere Basis zu stellen, wurde zusätzlich ein Organisationsteam (Kernteam) eingerichtet, in dem die wesentlichen strategischen und inhaltlichen Fragen zur Ausrichtung des KHE und zu anstehenden Arbeiten besprochen und unter Umständen an den Vorstand delegiert werden. Das Kernteam stellt somit das „Herz“ des KHE dar. Schon zuvor, als sich das KHE noch nicht als Verein institutionalisiert hatte, war das Kernteam die Einheit, in der sämtliche Inhalte besprochen und vorangetrieben wurden. Grundsätzlich steht es jedem Vereinsmitglied frei, Teil des Kernteams zu werden, Voraussetzung ist allerdings eine (formelle) Antragstellung, über die im Kernteam entschieden wird. Formell sind diese Verfahren in der Vereinssatzung und zusätzlich in einer Geschäftsordnung geregelt.

Das FM ist wesentlich weniger bottom-up organisiert. In Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung (Wirtschaftsförderung) und mit Unterstützung und Beratung der Hochschulen konnte ein Arbeitskreis ins Leben gerufen werden und ein privates Planungsbüro mit dem Aufbau eines Flächenmanagements für das Zentrum beauftragt werden. Die betroffenen Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen sind nur informell (über eine Bereitschaft zur Kooperation) in den Prozess involviert, sie sollen aber perspektivisch durch die Akzeptanz des neuen Managementansatzes und als beteiligte Betroffene eine bedeutende Rolle einnehmen. Der Wirkungsgrad des FM wird in Zukunft entscheidend von dieser Akteursgruppe abhängen. Es wird erwartet, dass die Zusammenarbeit unter den Immobilieneigentümern und -eigentümerinnen sowohl durch die inhaltliche Ausrichtung des FM als auch durch regelmäßig stattfindende Treffen gestärkt werden kann.

Die BG-HOL besitzt im Vergleich zum KHE und zum FM als Genossenschaft die am stärksten formalisierten Organisationsstrukturen. Dies scheint vor dem Hintergrund des Projektansatzes, renovierungsbedürftige und ungenutzte Immobilien zu erwerben, zu sanieren und durch Vermietung und/oder Verkauf wieder In-Wert-zu-setzen und der damit einhergehenden finanziellen Verantwortung, angemessen zu sein. Starke Strukturen bilden sich auch im Vorstand ab, in dem Einzelpersonen aus anerkannten Institutionen vertreten sind und damit der Genossenschaft eine größere Bedeutung verleihen. Die weiteren Mitglieder der Genossenschaft sind in unterschiedlicher Intensität eingebunden. Es gibt sowohl Aktive, die eigene Zeit und personelle Ressourcen bereitstellen, als auch Mitglieder, deren Engagement sich auf die finanzielle Unterstützung der Genossenschaft konzentriert.

Die Entscheidungs- und Organisationsstrukturen der beschriebenen Fälle unterscheiden sich deutlich voneinander. Sie sind jeweils primär ausgerichtet auf die Erfüllung der selbst gestellten Aufgabenstellung und die spezifische Akteursstruktur. Dies führt zu jeweils spezifischen Formen der Selbstorganisation, die durch bottom-up-Strukturen (KHE), eine Projektorganisation (FM) oder eine stark formalisierte Organisation (BG-HOL) gekennzeichnet sind. In den Strukturen der Selbstorganisation gilt also: Form follows function.

(5) Beziehung zwischen TransZ-Projekten und Politik

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Beziehung zwischen den TransZ-Projekten und der Politik entscheidend für den tatsächlichen Einfluss der Projekte auf die Zentrenentwicklung ist. Sind Projekte eng mit der Politik vernetzt (etwa durch engagierte Einzelpersonen im Projekt) und finden dort starken Rückhalt, können sie enorm davon profitieren. Die TransZ-Beispiele zeigen, dass selbst basisgetragene Projekte und neue Strukturen sehr stark von Einzelinteressen geprägt sind, gegebenenfalls noch stärker als in institutionellen Settings. In den untersuchten Fall-

beispielen haben die politischen Vertreter und Vertreterinnen zwar bislang keine aktive Rolle eingenommen, die Politik hat sich aber gegenüber den Aktiven in den Projekten sehr positiv geäußert. Es ist also nicht auszuschließen, dass die Politik im weiteren Verlauf der Projekte durchaus eine noch bedeutendere Rolle einnehmen wird. Dies könnte unter anderem bei der Verstetigung der Projekte gefragt sein, die – vor allem durch die zurzeit noch nicht absehbaren Auswirkungen der Covid-19-Pandemie – bislang noch nicht vollständig abgesichert werden konnte.

Schlussfolgerungen

Der beschriebene TransZ-Ansatz geht davon aus, dass sich neu konstituierende Akteursgruppen ein Innovationspotenzial für die Zentrenentwicklung besitzen können. Um dieses Potenzial zu unterstützen, wurde im Rahmen von TransZ versucht, „Raumpioniere und -pionierinnen“ in Form von „kollektivem Innovationshandeln“ zu unterstützen und dadurch Impulse für eine nachhaltige Entwicklung der Zentren zu setzen.¹⁹

Die bisherigen Untersuchungen unterstützen darüber hinaus die Forschungsthese, dass die eher wirtschaftlich und die eher gemeinwesenorientierten Akteure und Akteurinnen bislang weitgehend unabhängig voneinander agieren.²⁰ Dies gilt nicht nur für die einzelnen Händler und Händlerinnen oder Bürger und Bürgerinnen, sondern auch für die organisierten Intermediären, also beispielsweise Handels- und Gewerbevereine, Bürgervereine oder Institutionen des Stadtteilmanagements.²¹ Auch in den TransZ-Reallaboren ist der Austausch zwischen den gewerblichen und den am Gemeinwohl orientierten oder kulturell interessierten Akteuren und Akteurinnen aufgrund ihrer unterschiedlichen inhaltlichen Zugänge, zeitlichen Ressourcen sowie der differierenden Ansprüche bislang nur in Ansätzen gelungen. Es zeigt sich aber, dass von beiden Seiten durchaus Interesse an den Sichtweisen der jeweils anderen besteht.

Mit der Umsetzung der Projekte in den TransZ-Reallaboren hat sich bislang gezeigt, dass sich unterschiedliche Akteursgruppen engagieren, in neuen Konstellationen zusammenfinden und sich durchsetzen können. Ob Entscheidungen über Inhalte und Konzepte durch Diskurs oder Verhandlungen²² und/oder durch die Machtpositionen von Einzelnen bzw. Vorentscheidern maßgeblich geprägt wer-

19 A. Noack, Soziale Innovationen in Berlin-Moabit, Wiesbaden 2015, S. 296 ff.

20 BMVBS (s. A 2), S. 78 ff.

21 S. Beck/O. Schnur (s. A 14), S. 42 ff.

22 Vgl. R. Mayntz/F. W. Scharpf, Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: R. Mayntz/F. W. Scharpf (Hrsg.), Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt/New York 1995.

den²³, ist kontextabhängig – sowohl bezogen auf den Ort, das heißt das spezifische Zentrum, als auch bezogen auf die thematische Ausrichtung der einzelnen Projekte und die Interessen der Akteure und Akteurinnen. Diese Fragen sind nicht neu, dürften aber vor dem Hintergrund der angestrebten Verstetigung der Projekte von großer Relevanz sein. Von Bedeutung ist dabei zudem, welche Rolle die Politik einnimmt, wenn es um die Umsetzung und Verstetigung von Projekten geht, und wie dies von den Beteiligten vor Ort aufgenommen wird.²⁴

Die TransZ-Reallabore haben bestätigt, dass die Aktivierung der unterschiedlichen lokalen Akteure und Akteurinnen wichtig ist und wesentlich zur nachhaltigen Transformation (oder Weiterentwicklung) der Zentren beitragen kann. Es ist aber auch deutlich geworden, dass sie perspektivisch auf Dauer (finanzielle) Unterstützung der öffentlichen Hand benötigen.

Die Reallabore haben außerdem gezeigt, dass der Erfolg der Innovationsakteure und -akteurinnen und die Fähigkeit, weitere Interessierte zu gewinnen, von der Professionalität der Akteure und Akteurinnen vor Ort abhängt – die drei Fallbeispiele KHE, FM und BG-HOL demonstrieren dies eindrücklich. In diesem Zusammenhang hat sich auch herausgestellt, dass eine finanzielle „Starthilfe“ zu Beginn des Umsetzungsprozesses von großer Bedeutung ist. Im besten Fall kann diese dazu führen, dass Räume angemietet und Veranstaltungen durchgeführt werden können. Dadurch steigt der Bekanntheitsgrad des Projektes und es können wiederum potentiell neue Aktive akquirieren werden. Das Finden von geeigneten Räumen kann dabei eine große Herausforderung sein. Selbst wenn Zentren durch eine hohe Anzahl von Leerständen und mindergenutzten Gewerbeeinheiten geprägt sind und deshalb „Potenzialflächen“ zur Verfügung stehen, müssen die Räume instandgesetzt werden. Hierfür könnten schon vorab flexible Konzepte eingesetzt werden, die es interessierten Akteuren und Akteurinnen ermöglichen, gegebenenfalls unter günstigen Mietbedingungen neue Geschäftskonzepte oder neue kulturelle Angebote „auszuprobieren“ ohne sich langfristig binden zu müssen. Diese festen „temporären“ Flächen könnten als Innovationstreiberin dienen. In TransZ ist/soll dieses Konzept unter anderem im Rahmen des FMs verfolgt werden.

Perspektivisch wird es in vielen Zentren darum gehen, innovative Ansätze zu stärken und zu verstetigen. Dafür müssen jedoch Personalressourcen bereitgestellt werden, was ganz ohne die öffentliche Hand kaum möglich sein wird. Durch

23 Vgl. W. Reuter, Planung und Macht, in: U. Altröck/S. Güntner/S. Huning/D. Peters (Hrsg.), Perspektiven der Planungstheorie, Berlin 2004.

24 Vgl. W. Siebel, Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft, in: E. Becker/E. Gualini/C. Runkel/R. Strachwitz (Hrsg.), Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart 2010.

die Schaffung von Stellen würde die große Bedeutung wertgeschätzt, die die gewachsenen Zentren für die Städte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt besitzen – nicht nur als Orte, um sich zu versorgen, sondern auch als Treffpunkte und Identitätsorte. Die Auseinandersetzung mit der Zukunftsfähigkeit der städtischen Zentren sollte deshalb nicht erst dann erfolgen, wenn die Zentren bereits von Funktionsverlusten betroffen sind. Nicht zuletzt die aktuellen Diskussionen um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zeigen, dass ein großes gesellschaftliches, gewerbliches und kulturelles Interesse an vitalen und funktionsfähigen Stadtzentren besteht.



Grafik 3: Soziale Innovation und Selbstorganisation aktivieren; Quelle: *TransZ-Infografik*.

Interview:

Kommunales Handeln in der Zentrenentwicklung

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind wichtige Schlüsselfiguren, wenn es um die Zukunft der Zentren geht. Im Interview erläutern Eva Noller, die bis Ende April 2021 über sieben Jahre lang Baubürgermeisterin der Stadt Leinfelden-Echterdingen war, und Dirk Schaible, Bürgermeister der Stadt Freiberg am Neckar, welche Aufgaben sie bei der Zentrenentwicklung für ihr Amt identifizieren. Das Interview führten Christina Simon-Philipp und Elisabeth Schumann von TransZ.

TransZ: Was sind die besonderen Charakteristika Ihres Zentrums? Welchen Herausforderungen müssen Sie derzeit, auch in Folge der Covid-19 Pandemie, begegnen und welche Rolle spielt die Kommune dabei?

Eva Noller: Leinfelden-Echterdingen ist eine polyzentrale Stadt mit gut 40.000 Einwohnern, prägend sind zwei große Stadtteile, daher gibt es zwei Zentren. Das Einkaufszentrum befindet sich in Echterdingen, ein gesellschaftliches Zentrum mit Stadtbücherei und Versammlungsorten gibt es in beiden Zentren. Eine große Herausforderung ist schon seit 20 Jahren das Thema Einzelhandel, auch aufgrund der nahegelegenen Angebote in Stuttgart. Wir agieren mit Einzelhandelskonzepten und B-Plänen, die Einzelhandel außerhalb integrierter Lage ausschließen. Durch Corona verschärft sich die Lage hier weiter. Es gibt aber auch positive Entwicklungen, zum Beispiel die Nachnutzungen von leerstehenden Erdgeschosses durch soziale Angebote oder die Ausdifferenzierung des Wohnungsangebotes im Zentrum.

Die historische Mitte Echterdingen ist seit vier Jahren Sanierungsgebiet. Ziel ist der Erhalt des baukulturellen Erbes, die Steigerung der Identität und Aufenthaltsqualität und schließlich die Stärkung der Einzelhandels- und Zentrenfunktion. Der Überformung durch Hotels begegnen wir durch ein Hotelkonzept und B-Pläne, als Flughafen- und Messestadt ist die Nachfrage dazu groß.

Dirk Schaible: Freiberg am Neckar steht vor den gleichen Herausforderungen wie alle Innenstädte. Die Konkurrenz zu den Gewerbezentren auf der grünen Wiese wird durch die städtebauliche Besonderheit unseres Ortszentrums überlagert, das den architektonisch herben Charme der siebziger Jahre hat. Es gibt keine historische Innenstadt, die viele Menschen schön und heimelig finden. Wir stehen vor der Herausforderung, Stadtreparatur betreiben zu müssen. Das sehen wir als Chance, die Innenstadt nun so umzubauen, dass sie einer modernen Gesellschaft entspricht.

Durch die Pandemie kann ich keine positiven Entwicklungen erkennen. Im Gegenteil, die Pandemie zeigt schonungslos die Schwächen auf, die wir in den Innenstädten haben. Vielleicht ergibt sich künftig die Chance, dass die Menschen wieder mehr Wert auf das Naheliegende, das Regionale legen und vor Ort im Zentrum einkaufen. Im Freiburger Zentrum gibt es viele inhabergeführte Geschäfte. Es ist fraglich, ob sich für die Inhaber, die bald in Pension gehen, Nachfolger finden lassen. Den Facheinzelhandel in der kleinen inhabergeführten Familienstruktur zu halten ist ein großes Problem, vermutlich wird sich die Kaufkraft nur noch durch Filialisten halten lassen. Wichtig sind Ankermieter und Magneten in der Innenstadt.



Abb.: Zentrum Freiberg am Neckar; Foto: Stadt Freiberg am Neckar.

TransZ: Stadtzentren können den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft fördern. Der öffentliche Raum hat als Begegnungsraum eine wichtige Funktion. Welche Bedeutung haben die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen für Ihre Planungen?

Eva Noller: Die soziale Funktion des Zentrums ist in Leinfelden-Echterdingen städtebaulich lange vernachlässigt worden. In den 80er Jahren wurde durch eine Neugestaltung, Möblierung und Bepflanzung der Bereich um das Rathaus Echterdingen aufgewertet. Allerdings ist die funktionale Verbesserung nicht gänzlich gelungen. Eine besondere Förderung erhalten wir hier durch das Stadterneuerungsprogramm „Soziale Stadt“.

Dirk Schaible: Ich halte die Erkenntnisse der heutigen Zeit und diese gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen für eine zusätzliche Motivation, unsere Planungen des neuen Stadtzentrums genau darauf abzustimmen. Im Ortszentrum ist die Wahrnehmung und Qualität des öffentlichen Raums und der Freiräume wenig ausgeprägt. In unserem neuen Zentrum

soll eine Art öffentliches Wohnzimmer einen großen Stellenwert haben. Ich stelle mir einen Ort vor, der mit vielen anderen Funktionen kombiniert werden kann, ein Rathaus, eine städtische Galerie, ein Bürgerhaus. Die Bibliothek könnte eine zentrale Rolle spielen: Zeitung lesen, nebenher einen Kaffee trinken. Es ist etwas Ungezwungenes, ich kann den Ort aufsuchen und habe immer die Chance, jemanden zu treffen, ohne mich direkt zu verabreden. Die Aufenthaltsqualität soll deutlich gesteigert werden. Ich sehe die Zukunft in den Innenstädten und nicht außerhalb. Wir möchten den öffentlichen Raum zurückerobern und den Menschen zur Verfügung stellen. So entsteht ein integrativer Charakter, den die Gesellschaft heute braucht.

TransZ: Der Handel siedelt sich gern in Gewerbegebieten am Stadtrand an, die mit dem Auto gut zu erreichen sind. In der Folge veröden Stadtzentren, die wichtige Funktionsmischung geht verloren. Wie reagieren Sie planerisch auf diese Entwicklungen?

Eva Noller: Es gibt einen Rahmenplan, der sich mit dem Einzelhandelskonzept überlagert, jedoch leider kein Stadtentwicklungskonzept.

Dirk Schaible: Wir unterstützen den Funktionsmix, können als Kommune jedoch nur begrenzt beeinflussen. Durch den Abriss einer alten Schule entstehen im Stadtzentrum auf städtischen Flächen neue Möglichkeiten für Einzelhandel, Gewerbe und Wohnungen. Wir haben der Versuchung widerstanden, diese attraktiven Flächen gewinnbringend zu veräußern, um damit das Haushaltsdefizit ein Stück weit auszugleichen. Stattdessen haben wir Interesse an langfristigen, nachhaltigen Lösungen. Wir machen gerade die Erfahrung, dass potenzielle Investoren die Innenstädte wieder für sich entdecken. Firmen aus dem Lebensmittel Einzelhandel möchten zurück in die Innenstädte. Auch das Wohnen in Innenstädten hat an Attraktivität gewonnen. Eine Innenstadt der kurzen Wege, das sind mittlerweile Kriterien, die bei einer Wohnortwahl wieder eine Rolle spielen. Darin sehen wir große Potenziale.

TransZ: Welche Rolle spielt eine zukunftsorientierte, nachhaltige Mobilitätskultur in Ihren Planungen?

Eva Noller: Leinfelden-Echterdingen hat 2014 eine Mobilitätsstrategie gestartet mit Planungen und Veranstaltungen mit externem Input und intensiver Bürgerbeteiligung. 2017 wurde ein integriertes Mobilitätskonzept und der Verkehrsentwicklungsplan 2030 beschlossen. Die wichtigste Maßnahme ist die Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahn bis nach Echterdingen. Eine weitere bedeutende Maßnahme ist ein Netz an Mobilitätspunkten an Haltepunkten des ÖPNV mit Ladestationen, Abstellmöglichkeiten für Räder, Pedelecs und Sitzmöglichkeiten. Ein prägnantes Design gibt der umweltfreundlichen Mobilität ein Gesicht im Stadtraum.

Dirk Schaible: Die Investorenbereitschaft ist im Bereich der Mobilität noch nicht besonders ausgeprägt. Den meisten Beteiligten ist klar, dass ein neues Stadtzentrum nicht mehr

so erschlossen sein darf wie vor fünfzig Jahren. Aber für die Senkung der Stellplätze gibt es wenig Akzeptanz. Das Mobilitätsverhalten der heutigen Gesellschaft ist immer noch stark auf das Auto fixiert. Gleichzeitig wächst die Offenheit für andere Verkehrsarten. Diesen Spagat hinzubekommen, ist eine echte Herausforderung. Das Freiburger Zentrum soll auch künftig gut mit dem Auto erreichbar sein, aber das Auto soll nicht an prominentester Stelle parken und damit wertvollen oberirdischen, ebenerdigen Raum einnehmen. Die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad und zu Fuß soll mehr Gewicht bekommen und barrierefrei gestaltet werden.

TransZ: Die kommunalen Verwaltungen spielen eine Schlüsselrolle, wenn es um lokale Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungsstrategien geht. In welcher Weise agieren Sie hier vor Ort?

Eva Noller: In Leinfelden-Echterdingen ist ein elf Jahre altes Klimaschutzkonzept vorhanden, das jedoch nicht beschlossen wurde. Seither wird Klimaschutz partiell, aber eher unkoordiniert betrieben. Natürlich gibt es energetische Schulsanierungen, ein Mobilitätskonzept und es wird Wert auf Grünräume gelegt. 2020 wurde eine Stelle für das Klimaschutzmanagement genehmigt und für Mai 2021 besetzt. Seine Aufgabe wird es sein, die Einzelbausteine zusammenfügen und mit neuen Projekten mehr Tempo für den Klimaschutz zu erreichen.

Dirk Schaible: Wir sehen uns als Kommune in einer Vorbildrolle, seit einem Jahr gibt es einen Klimaschutzmanager. Auf öffentlichen Gebäuden werden PV-Anlagen installiert und wir planen moderne Energiekonzepte. Wichtig ist jedoch eine Breitenwirkung in die Bürgerschaft. Freiberg hat schon vor Jahren ein Klimaschutzkonzept mit Bürgerbeteiligung und Mitmachaktionen auf den Weg gebracht. Eine wichtige Zielgruppe sind Familien mit Kindern. Es ist uns wichtig, Klimaschutz über Öffentlichkeitsarbeit zu verankern. Nächstes Jahr feiert die Stadt Freiberg ihr fünfzigjähriges Bestehen. Wir haben intern das Motto „Heute

gut, Morgen nachhaltig besser“ kreierte und werden die meisten Aktionen des Stadtjubiläums auf das Thema Nachhaltigkeit beziehen.

TransZ: *TransZ legt den Ansatz zu Grunde, dass notwendige Veränderungen in den Zentren durch die Akteure und Akteurinnen vor Ort umgesetzt werden müssen. Den kommunalen Verwaltungen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Inwieweit ermöglichen Sie Mitwirkung bei der Zentrenentwicklung?*

Eva Noller: Wir haben über die nicht-investiven Fördermittel zum einen ein Beteiligungsbüro beauftragt, das uns sehr gut begleitet. Zum anderen wird mit diesen Fördermitteln eine bürgerschaftliche Beteiligungsgruppe finanziert, die sich interdisziplinär und zusammen mit der Verwaltung für das Sanierungsgebiet „Historische Mitte Echterdingen“ einsetzt. Erst kürzlich wurden Möglichkeiten diskutiert, den öffentlichen Raum stärker zu bespielen, es gibt Ideen, die Kindergärten und Vereine einzubinden. Wenn wir das nicht schon gehabt hätten, hätte man spätestens jetzt so eine Gruppe schaffen müssen, damit wir als Stadt durch die Mitglieder mit der Bürgerschaft und den Akteuren des Handels, der Gastronomie und der Vereine vernetzt

sind und auf kurzen Wegen agieren können. Aus meiner Sicht kann auch das kommunale Aufkaufen von Erdgeschossflächen oder Gebäude im Stadtzentrum eine weitere Chance sein. Die Stadt Leinfelden-Echterdingen hat durch die Wirtschaftsförderung einen guten Draht zu Wirtschaftsunternehmen. Es gibt den sogenannten Unternehmerdialog, Besuche des Gemeinderats bei den Firmen und einen engen Kontakt mit den Einzelhandelsverbänden.

Dirk Schaible: Wir sehen uns in der Verwaltung und im Gemeinderat als Motor der Entwicklung. Der Rahmenplan für die Zentrenentwicklung ist vor gut zehn Jahren zudem intensiv mit der Bürgerschaft diskutiert worden. Daraus entstanden wichtige Impulse, ohne die wir heute nicht da wären, wo wir sind. Bürgerbeteiligung ist oft auch spannungsgeladen. In den sozialen Medien entwickelt sich zunehmend eine ablehnende Grundhaltung gegenüber Veränderungen. Wir haben aber den Anspruch, die Menschen über verschiedene Beteiligungsformate mitzunehmen. Neben den inhaltlichen Themen, was wünschenswert ist, muss im Sinne der Generationengerechtigkeit auch die Finanzierbarkeit gewährleistet sein.

Interview:

Innenstadtentwicklung aus Sicht von Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung

Gerold Leppa ist Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig, Geschäftsführer der Braunschweig Zukunft GmbH (Wirtschaftsförderung) und der Braunschweig Stadtmarketing GmbH; außerdem ist er stellvertretender Bundesvorsitzender der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e. V.

Thomas Krüger von TransZ sprach mit Gerold Leppa über die Potenziale und Herausforderung der Zentrenentwicklung aus der Sicht von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing.

TransZ: *Herr Leppa, Sie beschäftigen sich in Ihren unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern schon seit langer Zeit mit der Weiterent-*

wicklung der Innenstädte und Zentren. Wie sehen Sie die Rolle des Stadtmarketings in der Zentrenentwicklung?

Gerold Leppa: Stadtmarketing ist aus meiner Sicht ganz eng mit der Wirtschaftsförderung verknüpft. Dabei hat das Stadtmarketing im Wesentlichen die Aufgabe, zwischen privater und öffentlicher Seite zu koordinieren und innerhalb der Stadtverwaltung eine vermittelnde und koordinierende Instanz zu sein. Es ist wichtig, dass jemand die Sprache der Stadtverwaltung kennt, aber auch die Logik der Akteure außerhalb. Stadtmarketing ist häufig auch Träger bzw. Coach zur Umsetzung von Projekten. Meine Erfahrung ist, dass man sich zwar häufig schnell auf eine Zielebene verständigen kann, da sie hinreichend abstrakt ist – wir wollen ja zum Beispiel alle eine attraktive Innenstadt. Schwieriger wird es dann schon bei der zweiten Ebene, das heißt, welches die konkreten Maßnahmen dafür sein können. Das gelingt aber häufig auch noch. Es fehlt aber dann oft jemand als Träger für eine geordnete und gute Umsetzung. In diesen Bereichen ist Stadtmarketing als Teil einer integrierten Innenstadtentwicklung unterwegs.

Um dafür ein Beispiel zu nennen: Hier in Braunschweig sitzen wir, das heißt das Stadtmarketing und die Wirtschaftsförderung, in einem Bürogebäude und haben kontinuierlichen Kontakt zueinander. Da ist in den letzten Jahren sehr viel zusammengewachsen und das ist gut so. Wir haben dabei im Grunde genommen die Aufgabenteilung, dass sich die Wirtschaftsförderung stärker auf die Hardware fokussiert und das Stadtmarketing um die Software, oder anders gesprochen, um das Alltägliche kümmert. Ich glaube, das ist ein ganz gutes Bild, weil das Stadtmarketing aus meiner Sicht nicht ohne Weiteres zum Beispiel die Investorenbetreuung für Immobilien leisten kann. Innerhalb der Stadtverwaltung – damit ist vor allem der Bau- und Planungsbereich gemeint – ist dabei ein gutes Verständnis für die unterschiedlichen Rollen hilfreich. Auch wenn es dabei unterschiedliche Auffassungen zu einzelnen Projekten oder Themen geben kann,

sind ein gutes Miteinander und ein guter Austausch entscheidend.

TransZ: *Es ist interessant, dass Sie die Bedeutung der unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen des Managements so deutlich herausstellen. Können Sie vor diesem Hintergrund beschreiben, wie sich die Innenstädte aus Ihrer Sicht in der Vergangenheit entwickelt haben?*

Gerold Leppa: In den letzten Jahren ist eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Zentren zu beobachten. Zum Beispiel ist die Situation der leer gefallenen Warenhäuser nicht neu, es gibt viele Klein- und Mittelstädte, die sich schon in den vergangenen fünf bis zehn Jahren mit der Umnutzung und Restrukturierung von leer gefallen Warenhäusern beschäftigen mussten und dabei durchaus gute Konzepte entwickelt haben. Teilweise stehen jetzt die Mittel- und Großstädte vor dieser Herausforderung. Ich glaube allerdings nicht, dass die starken Zentren einer Region von einem hohen Funktionsverlust gekennzeichnet sein werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Attraktivität gemeinsamer Treffpunkte – trotz Digitalisierung – auch in Zukunft weiterhin hoch sein wird. Viele Innenstädte haben sich bereits in den letzten Jahren zu mischgenutzten Quartieren entwickelt, in denen zum Beispiel die Gastronomie eine größere Bedeutung bekommen hat, teilweise auch auf Kosten von Handelsflächen. Aus unserer Sicht hat sich diese Monofunktionalität des Handels, die so gerne schlaglichtartig in Diskussionen nach vorne gestellt wird, schon in den letzten Jahren sehr stark verändert. Auch befristete „Pop-Up“-Formate haben in der Vergangenheit – zumindest in großen Städten – sehr stark an Bedeutung gewonnen. Das bezieht sich nicht nur auf gewerbliche Formate, auch Veranstaltungen und vor allem kulturelle Anlässe sind für Zentren wichtiger geworden. Es ist deshalb ein guter Ansatz, die Innenstadt unter dem Aspekt des „sozialen und identitätsstiftenden Raums“ zu betrachten, denn dann spielen Freizeitaspekte wie Gastronomie und Einkaufen genauso eine Rolle wie politische Auseinander-

setzungen und Demonstrationen oder sich mit Bekannten zu treffen.

TransZ: *Wo sehen Sie die besonderen Herausforderungen, die unter Umständen aktuell durch die Covid-19-Krise noch einmal verstärkt werden?*

Gerold Leppa: Zurzeit ist die Unsicherheit natürlich sehr groß. Wir dürfen nicht vergessen, dass die aktuelle Krise ja keine Krise des stationären Einzelhandels ist, sondern die Unsicherheit generell viele Bereiche des Immobilienmarktes betrifft, vor allem die Büroimmobilien. Außerdem gibt es Probleme mit Hotels. Zusätzlich darf man nicht vergessen, dass das Wohnthema in den Innenstädten häufig kein Renditebringer ist, weil die Baukosten einfach zu hoch sind. Es gibt in vielen Städten zum Teil immer noch einzelne „Lücken“, selbst in größeren Städten findet man häufig noch eingeschossige Bebauung mitten in der Innenstadt. Häufig wird von den Eigentümern argumentiert, dass die Planungs- und Abstimmungsprozesse mit den Nachbarn sehr zeitaufwändig sind, zusätzlich kommen die Stellplatzablässe und zum Beispiel einzuhalten Grenzabstände hinzu, die die Rendite für solche Investitionen mindern. Man wird sehen, wie wir aus der Krise herauskommen. Grundsätzlich werden sich die Laufzeiten der Mietverträge verkürzen und nicht nur dadurch die Nutzungen flexibler werden. Im Moment ist sehr viel Geld im Immobilienmarkt investiert und ich vermute, dass es nicht herausgeholt wird, weil es auf absehbare Zeit nicht ohne große Verluste herausgezogen werden kann. Wir haben einen großen Time-Lag bis die Akteure reagieren. Wenn Sie jetzt fragen: „Wo liegt die Lösung?“, dann antworte ich: Ich glaube, dass wir in eine Experimentierphase kommen werden und kommen müssen, in der es eben keine langfristigen Mietverträge geben wird. Dadurch können wir Leerstände mit neuen Lösungen bespielen, unter anderem mit der ein oder anderen Nutzungsänderung, an der dann auch die Eigentümer „Spaß“ finden werden. Eine Herausforderung wird aber

sein, diese Experimentierfelder baurechtlich und planungsrechtlich zu ermöglichen, also bezogen auf Stellplatzablässe, Nutzungsänderungen und Baugenehmigungen.

Wir sehen grundsätzlich, dass wir in den Bereichen Büro-, Einzelhandels-, Hotelimmobilien eher eine Konsolidierung erleben, und das bedeutet, dass es relativ wenig Sinn macht, neue Gebiete und B-Pläne außerhalb zu entwickeln, um für solche Nutzungen neue Flächenkapazitäten zu schaffen. Wir müssen deshalb über planerische Steuerung versuchen, den Nutzungsdruck auf die Innenstadt hochzuhalten, um dort kein Auszehren zu erleben.

TransZ: *Können Sie dafür konkrete Beispiele nennen?*

Gerold Leppa: Eine Möglichkeit ist, Existenzgründungsinitiativen in diesen Bereichen zu fördern. Wir überlegen in Braunschweig zum Beispiel, so eine Art Gründer-Hub für Handel und Gastronomie in der Innenstadt zu initiieren und wollen vielleicht sogar einen kleinen Marktplatz bauen, wo man dann für sechs Monate ein „Versuchssortiment“ anbieten kann. Ich glaube, wir brauchen viele Räume, in denen wir neue Nutzungen und Konzepte anstoßen können, um einfach das Interesse auf die Innenstädte zu fokussieren.

TransZ: *Das sind interessante Ideen, die Sie skizzieren. Wer wäre denn aus Ihrer Sicht dafür geeignet, diese Art von Transformationsmanagement zu organisieren? Letzten Endes geht es an vielen Standorten ja auch darum, die Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen von Innovationen und Nutzungskonzepten zu überzeugen.*

Gerold Leppa: Es geht darum, die Immobilieneigentümer von mischgenutzten Immobilien zu überzeugen, weil Einzelhandel in den oberen Geschossen nicht mehr so gut funktioniert. Das ist aber eine Entwicklung, die es schon seit vielen Jahren gibt. Da sind aus meiner Sicht die Immobilieneigentümern selbst und auch die (großen) Maklerbüros gefragt. Viele Gespräche, die ich geführt habe, deuten

daraufhin, dass die Maklerbüros diesen Transformationsprozess immobilienseitig durchaus im Blick haben und dort eine Aufgabe für sich sehen und die Eigentümer begleiten. Die Aufgabe bleibt aber komplex und deshalb glaube ich, dass es von Stadt zu Stadt und von Zentrum zu Zentrum unterschiedliche Voraussetzungen und unterschiedliche Lösungswege gibt. Es gibt also einen Entwicklungskorridor. Ob und wie dieser sinnvoll organisiert werden kann, hängt aus meiner Sicht von der Zu-

sammenarbeit der jeweiligen Baudezernate, der Wirtschaftsförderung und dem Stadtmarketing ab, die sich auch Partner im privaten Lager suchen müssen. Da sind dann Stakeholder aus dem Handel gefragt, also zum Beispiel Werbegemeinschaften oder andere Innenstadtinitiativen, aber auch die IHK, die Handwerkskammer und auf der anderen Seite eben die Dezernate Umwelt, Kultur, Wirtschaft und Bau.

Interview:

Eine zivilgesellschaftliche Perspektive auf die Innenstadt

*Die Innenstadt in Hamburg ist vergleichsweise homogen: Einzelhandel, Büronutzung und die dazugehörige Gastronomie dominieren. Dazwischen gibt es dennoch Raum für mehr: Es gibt Kirchen, Schlupfwinkel für Obdachlose, Freiflächen. Zwei Initiativen wollen die versteckten Potenziale stärken – und bieten Inspirationen für mehr Vielfalt und mehr Begegnungen in den Stadtzentren. **Anne Vogelpohl, Anne-Marie Gehrke-Claußen und Miriam Scherrer** von TransZ haben mit **Anais Wiedenhöfer** von „LU'UM“ und **Jörg Herrmann** von „Altstadt für Alle!“ gesprochen.*

TransZ: *Wie kam es, dass Sie sich dem Thema Innenstadt gewidmet haben?*

Anais Wiedenhöfer: „LU'UM“ hat sich vor zweieinhalb Jahren als Kollektiv zusammengeschlossen, um zwischen Architektur, Forschung und Kuratation Begegnungsorte im urbanen Raum zu schaffen. Wir nutzen gerade eine Lücke in der Innenstadt – eine ehemalige Autowerkstatt – und bespielen diese temporär mit kulturellen Formaten. Seitdem ist LU'UM

zu einem Akteur in der Innenstadt geworden und setzen uns viel mit unserer Umgebung auseinander. Wir haben schnell festgestellt, dass es nicht nur räumlich Lücken in der Innenstadt gibt: Lange fehlte ein politischer, administrativer, planerischer und vor allem zivilgesellschaftlicher Diskurs zu diesem Thema.

Jörg Herrmann: Die Innenstadt ist in der Krise. Auch ohne Corona war sie das schon, weil zum einen der Einzelhandel unter dem Onlinehandel leidet, zum anderen aber auch die ganze Verkehrssituation nicht gerade zur Aufenthaltsqualität beiträgt. Deswegen war eines der erfolgreichsten Projekte von „Altstadt für Alle!“ eine temporäre Fußgängerzone im Rathausquartier im Sommer 2019. Das Projekt hatte eine ziemliche Ausstrahlung.

TransZ: *Inwiefern hat die autofreie Zeit ausgestrahlt?*

Jörg Herrmann: Die hat geholfen, das Thema Mobilität in der Hamburger Innenstadt auf die politische Agenda aller Parteien zu setzen. Wie wir dann später gemerkt haben, hatte das auch etwas damit zu tun, dass die Politiker und Politikerinnen da auch ständig durchgelaufen sind und die Vorteile des Experiments erleben

konnten. Wir haben einige „Bekehrungen“ erlebt! Geschäftsleute, die am Anfang skeptisch waren, haben später gesagt: „Das war eine super Sache!“.

TransZ: Ihre Initiativen möchten die Innenstadt wieder zu einem „gemeinsamen Zentrum“ machen. Was meinen Sie damit?

Jörg Herrmann: Das soll bedeuten, dass die Innenstadt wieder mehr zu einem Ort für alle wird. Nicht nur für die Leute, die dort in den Büros sind, nicht nur für die Touristen und Touristinnen, nicht nur für die mit genug Geld, um dort einzukaufen. Es geht uns um die Aufenthaltsqualität der Plätze, um kulturelles Leben, darum, dass der öffentliche Raum wieder zu einem Raum der Begegnung werden kann, in dem man sich auch aufhalten kann, ohne etwas konsumieren zu müssen.

Anaïs Wiedenhöfer: In unserem offenen Format haben wir gemeinsam für das verkehrsberuhigte Rathausquartier Straßenmöbel gebaut. Die autofreie Zeit hat dazu geführt, dass ganz unterschiedliche Menschen plötzlich auf diesen Bänken nebeneinandersaßen und sich einen Raum teilten. Das hat neue Dynamiken ermöglicht!

Jörg Herrmann: Dieses Beispiel steht für das Ziel, den öffentlichen Raum als einen demokratischen Raum zu verstehen, als eine Agora, als ein Kommunikationsraum, in dem Menschen ins Gespräch kommen, wo die multikulturelle, multireligiöse Gesellschaft kommunikativ stattfinden kann, wo man „ohne Angst verschieden sein kann“, wie es der Philosoph Adorno einmal formuliert hat.

TransZ: Was macht gute Begegnungsräume aus?

Anaïs Wiedenhöfer: Räume, die multifunktional und schwellenlos sind. Wir glauben, dass die Innenstadt ein Ort sein sollte, an dem man einfach mal sein darf und wo sich Nutzungen einnisten können – von Konzert bis Kochen bis einfach nur in der Sonne liegen und ein Buch lesen. Das macht es aus: Orte zu schaffen, die erstmal frei sind, frei von Hürden und einer



Abb. 1: Aktion „Auf die Plätze!“

Foto: Altstadt für Alle.

Nutzung, die schon eingeschrieben bzw. an Konsum gebunden ist.

Jörg Herrmann: Wir haben zum Beispiel mit „Altstadt für Alle!“ ein kirchliches Projekt gestartet unter der Überschrift „Auf die Plätze“. Da ging es darum, Plätze und u.a. den Vorplatz der Petrikirche zu möblieren. Dafür wurden Möbel aus alten Kirchenbänken und Einkaufswägen hergestellt. Die wurden dann erstmal auf den Platz gestellt und dann gab es dort alle möglichen Veranstaltungen – vom Open Air-Gottesdienst bis zum öffentlichen Tanz. Es wurde Musik gespielt, Leute fingen an, auf dem Kirchplatz Walzer zu tanzen und vieles mehr! Das waren Kommunikationsgelegenheiten, bei denen sich viele erstaunliche Gespräche ergaben.

TransZ: Was sind Hürden für Ihre Ideen?

Anaïs Wiedenhöfer: Bürokratie! Man stößt gerade wenn man vom öffentlichen Raum spricht, auf Regelwerke ohnegleichen! Da muss man sich fragen: Ist es überhaupt möglich,

nutzungsfreie Zonen zu schaffen? Wenn man ein Konzert veranstalten möchte, merkt man schnell: Eine Verkehrsbehörde hat eine andere Agenda als das Bezirksamt und als das zuständige Polizeikommissariat usw. Es fehlt an effizienten, handlungsorientierten Strukturen. Häufig kommt dazu der Eindruck, dass die verschiedenen Institutionen und andere Stakeholder gar nicht an einem Strang ziehen.

TransZ: Was bräuchten Sie an Unterstützung von der Verwaltung, damit Ideen besser umsetzbar sind?

Anaïs Wiedenhöfer: Agilität. Mut. Mut zum Kein-Masterplan-Machen, sondern gerade nicht langfristig zu denken. Ich glaube nämlich, dass man neuen Nutzungen oder Pionernutzungen keine Chance gibt, weil man für etwas plant, das in zehn Jahren funktionieren soll. Wenn eher in ein- oder zweijähriger Zeitspanne gedacht würde, dann hätte auch Neues mehr Chancen sich zu beweisen. Das wäre mein Wunsch.

Jörg Herrmann Zentral wäre, zu Arbeitsformen zu kommen, in denen die relevanten Akteure und Akteurinnen auf Augenhöhe miteinander sprechen und auch die Zivilgesellschaft stark vertreten ist.

Anaïs Wiedenhöfer: Gerade in der Innenstadt ist Beteiligung der Zivilgesellschaft auch eine Frage des Images: Meine „Generation Y“ hat ein ganz anderes Bild von der Innenstadt als zum Beispiel meine Großmutter. Es ist daher auch eine Aufgabe, das Narrativ der Innenstadt zu öffnen.

TransZ: Konnten Sie das Narrativ schon etwas verändern?

Jörg Herrmann: Wir konnten unsere Erfahrungen und Visionen in unterschiedlichen Öffentlichkeiten vermitteln. Dafür haben wir zum Beispiel das Format der „Stadtfrühstücke“ entwickelt. Da haben wir morgens um 9 Uhr Abgeordnete, Grundbesitzer und Grundbesitzerinnen, Leute aus Parteien und Initiativen zu Gesprächsfrühstücken eingeladen. In diesen kleinen Runden konnten wir gut von unseren



Abb. 2: Aktion „Auf die Plätze!“

Foto: Altstadt für Alle.

Erfahrungen und Ideen berichten. Da war erstaunlich viel Zustimmung. Aber von so einem Austausch hin zur Umsetzung ist es dann doch ein weiter Weg.

Anaïs Wiedenhöfer: Vernetzung klappt durch unsere Aktivitäten sehr gut. Es ist fast egal, welche Aktion man macht: die Leute kommen. Es ist bei uns noch nie so gewesen, dass wir eine leere Bude hatten, egal, ob wir eine Lesung, eine Ausstellung oder ein Konzert gemacht haben. Wie bei „Auf die Plätze“: Da sitzt immer jemand, wenn es so einen Ort gibt.

Jörg Herrmann: Das kann ich unterstreichen. Dieses „Einfach mal machen“ stößt auf Resonanz. Da reicht es schon, wenn man mutig ist und einfach einmal etwas auf die Beine stellt. Aber auch allein schon die Debatte über die Innenstadt stößt auf viel Interesse. Dabei zeigt sich ein sehr breiter Konsens darüber, wo die Reise hingehen müsste – bei der Architektenkammer, in der Wissenschaft, bei Initiativen, Bürgern und Bürgerinnen. Aber diese Vision, die ist noch nicht übersetzt in konkrete Realisationsdynamiken.

TransZ: Und was wünschen Sie sich langfristig?

Anaïs Wiedenhöfer: Ausprobieren, um dann das Richtige zu finden, was man verstetigt. Das ist, glaube ich, ein Potenzial von Kurzfristigkeit, darin langfristig neue Formen des Zusammenlebens in der Stadt zu finden.



Grafik 4: Wissenstransfer initiieren; Quelle: *TransZ-Infografik*.

Anne-Marie Gehrke-Claußen, Anne Vogelpohl

Begegnungsräume gestalten

Das Beispiel „Kreativhaus Eimsbüttel“ in Hamburg

Ein Idealbild von Stadt sieht so aus: In Städten begegnen sich zufällig die unterschiedlichsten Menschen – im Straßengewimmel, auf einem Spiel- oder Bolzplatz, an der Bushaltestelle. Dabei können sie miteinander ins Gespräch kommen, andere Sichtweisen kennenlernen, Neues lernen und vielleicht sogar einen Grundstein für zukünftige Freundschaften oder Kooperationen legen. Insofern können in Städten auch besonders gut gemeinwohlorientierte Kollektive entstehen, in denen sich sehr unterschiedliche Menschen gemeinsam für sichere Arbeitsverhältnisse, gute Bildung oder politische Partizipation einsetzen. Städte können auf diese Weise eine gleichberechtigte und gleichwertige demokratische Gesellschaft ganz konkret werden lassen.

Die Realität der Städte sieht jedoch oftmals ganz anders aus.¹ Mindestens vier Gründe lassen sich dafür finden: Erstens sind Städte schon seit Langem von sozialer Segregation und sozialer Ungleichheit geprägt.² Dies führt dazu, dass es zwar zufällige Begegnungen gibt, diese aber eher zwischen mehr oder weniger gleichen Personen stattfinden. Zweitens sind gerade städtische Zentren, um die es in dieser Ausgabe geht, in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zu reinen Konsumzentren geworden. Statt um Kontakt und Austausch mit anderen Menschen geht es beim Besuch der Innenstädte oder Stadtteilzentren zumeist um das Einkaufserlebnis. Drittens führen die ersten beiden Aspekte in Kombination dazu, dass öffentliche Räume nicht selten eher Ausgrenzung als Einbindung erzeugen.³ Der Konsumort der einen ist der Arbeitsort der anderen; und Menschen, die nicht ins Bild passen, erfahren Ausgrenzung schon in flüchtigen Begegnungen durch Ignoranz oder ab-

- 1 Vgl. K. Schmidt/A. Vogelpohl, Stadt aneignen – Alltägliche Begegnungen, nachbarschaftliche Kollektive und Soziale Bewegungen in globaler Perspektive, in: Y. Franz/A. Strüver (Hrsg.), Stadtgeographie: Aktuelle Themen und Ansätze, Heidelberg (i.E.).
- 2 M. Kronauer/W. Siebel (Hrsg.), Polarisierte Städte – Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik, Frankfurt a. M./New York 2013, S. 9.
- 3 Im Themenheft diskutiert der Beitrag „Nutzung, Gestaltung und Transformation des öffentlichen Raums in Stadt(teil)zentren – Prozesse und Planungen“ (S. 314) verschiedene Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Stadtentwicklung.

wertende Blicke.⁴ Viertens lässt sich in Frage stellen, wie produktiv flüchtige Begegnungen überhaupt sein können. Oftmals passiert bei zufälligen Kurzkontakten nichts Bedeutungsvolles.

Wie kann es aber zu ‚bedeutungsvollen Begegnungen‘⁵ kommen, durch die Unterschiede und damit Ausgrenzungen überwunden werden? Viele Stadtbewohner und -bewohnerinnen bzw. Stadtbesucher und -besucherinnen wünschen sich solche Kontaktmomente, in denen genau dies passiert. In einer Stadt inmitten von Vielfalt zu leben, hat entsprechend oft nicht nur praktische Gründe, sondern auch ideale.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Frage gestellt, wie Begegnungsräume gestaltet werden können. Denn Begegnungen passieren eben doch nicht so zufällig, wie das Idealbild Stadt es andeutet. Begegnungen brauchen ermöglichende Rahmenbedingungen.⁶ Gerade städtische Zentren, die einen erneuten Funktionswandel weg vom Einkaufs- und Konsumfokus durchleben, haben viel Potenzial für die Aneignung von Raum und für zukünftige Begegnungsräume.⁷

Am Beispiel des „Kreativhaus Eimsbüttel“ (KHE) diskutieren wir, wie Räume für Begegnungen selbstbestimmt gestaltet werden können, damit dabei zugleich die Belegung eines Stadtteilzentrums sowie eine verbesserte Teilhabe sehr unterschiedlicher Personen gelingen kann.⁸ Die Analyse der Aktivitäten des KHE verbinden wir mit einem Blick auf soziale Ungleichheiten. Denn eine Stadtentwicklung, die Teilhabebarrieren abbauen will, sollte Begegnungen nicht nur als Freizeitbeschäftigung verstehen, sondern als Quelle sozialen Zusammenhalts in einer heterogenen Gesellschaft. Deswegen beschreiben wir auf Basis von Interviews mit Beteiligten des KHE,⁹ wie Ungleichheiten in Eimsbüttel erfahren werden und geben Antworten auf die Frage: Wie kann ein bedeutungsvoller Begegnungsraum entstehen?

„Also eigentlich hat Eimsbüttel alles, aber es kostet alles unglaublich viel Geld. Dieses Gefühl von: Für viel Geld kannst du alles machen, da ist alles auf dem Silbertablett hier, wenn du es dir leisten kannst“ (Kursanbieterin K4).

Soziale Ungleichheiten lassen sich auch in Gegenden feststellen, wo das soziale Miteinander auf den ersten Blick in Takt zu sein scheint. Das Zentrum Eimsbüttels ist ein lebendiges Viertel, geprägt von zahlreichen Geschäften und Gastronomie.

4 O. Lafazani, The Significance of the Insignificant: Borders, Urban Space, Everyday Life, in: Antipode, <https://doi.org/10.1111/anti.12703> [15.05.2021].

5 G. Valentine, Living with Difference: Reflections on Geographies of Encounter, in: Progress in Human Geography 32 (2008), S. 323 ff.

6 C. Rächle/U. Berding, Freiräume als Orte der Begegnung, in: Standort 44 (2020), S. 86 ff.

7 P. Da Costa et al., Urban Creativity Now! Das Playbook für die Post-Corona-Stadt, Hamburg 2021, S. 79.

8 Das Kreativhaus wird im ersten Teil des Themenheftes in einem eigenen TransZ-Projektsteckbrief kurz vorgestellt (S. 215).

9 Geführt vom TransZ-Team (2020 und 2021) und im selbstproduzierten Film des KHE (2019). Die Interviewten wurden für den Beitrag anonymisiert, es wird nur ihre Rolle im KHE angeführt.

Sprechen die Anwohnerinnen und Anwohner über ihren Stadtteil, so beschreiben sie größtenteils Wertschätzung für das soziale Miteinander. Dennoch zeigen unsere Interviews, was sich auch in anderen Zentren beobachten lässt: Die funktionalen Räume und Freiflächen werden zwar von vielen, aber häufig nur parallel und nicht gemeinsam genutzt. Soziale Gruppen bleiben so unter sich, nicht selten gibt es gegenseitige Skepsis oder Nutzungskonflikte.¹⁰ Trotz des lebendigen Umfelds fehle in Eimsbüttel ein zentraler Ort für die Kanalisierung und Institutionalisierung des sozialen- und kulturellen Lebens und Arbeitens:

„Man wohnt so schön in Eimsbüttel und doch fehlt uns hier was. Es fehlt hier ein Ort für die Begegnung der Nachbarn untereinander, ohne Konsumzwang. Wo man Kaffee trinken kann, wo man Musik machen kann. Wo es Raum gibt für Kreativität zum Basteln, Malen, Tanzen, Theater spielen“ (Kernteammitglied K9).

Der Wandel des Stadtteilzentrums zu einem fast ausschließlich von Konsum geprägten Standort verdrängt die Kultur- und Musikszene aus dem einst dafür bekannten Stadtteil:

„Ich finde, dass Kunst im Stadtteil hier extrem fehlt. Hier ist Wohnen und Kommerz. Punkt. Hier gibt's jede Menge Musiker im Viertel, wo kann ich die denn mal hören?“ Selbst wenn man bereit ist, da Geld auszugeben, hat man hier im Viertel keine Chance“ (Kursanbieter K7).

In der Diskussion dominierten zwei thematische Schwerpunkte: Gewünscht wurde erstens ein Raum, an dem Kreative zusammenkommen, arbeiten und sich austauschen können; und zweitens ein Treffpunkt, der Gelegenheiten zum konsumfreien Verweilen bietet. Solche und ähnliche Bedarfe wurden im Stadtteil immer wieder geäußert. Deshalb eignete sich das Stadtteilzentrum gut, um Ideen für eine soziale und nachhaltige Transformation urbaner Räume zu entwickeln.

Von der Idee zur Umsetzung: Das Kreativhaus Eimsbüttel

Im Jahr 2017 organisierte TransZ den ersten Workshop in Eimsbüttel. Es formierte sich eine Arbeitsgruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern, die das Projekt KHE seither vorantreibt. Für sie zählt vor allem die Niedrigschwelligkeit von Angeboten – wie kostenlose oder kostengünstige Angebote ohne Verpflichtungen wie Mitgliedschaften, die von jeder Person wahrgenommen werden können. Der Ort sollte dabei selbstorganisiert und gemeinschaftlich im Sinne eines Stadtteilwohnzimmers gestaltet werden:

10 C. Räuchle/U. Berding (s. A 5), S. 89.



Abb. 1: Flohmarkt am Kreativhaus; Foto: Andreas Böhle.

„Es wird ja heute viel gesprochen von einem Dritten Raum. Da, wo sie nicht wohnen, da, wo sie nicht arbeiten. Aber wo sie lesen, basteln, reden können. Sich begegnen, sich organisieren, wo sie miteinander was tun können“ (KernteammitgliedKey).

Der Wunsch war, über regelmäßige Kurse eine Anlaufstelle für Menschen aus dem Stadtteil zu werden, die sonst wenig Möglichkeiten haben, miteinander in Kontakt zu kommen und die unter Einsamkeit leiden. Durch Aktionen mit großer Reichweite wie Hofkonzerten oder Kunstausstellungen, sollte auch generell wieder mehr Kultur in den Stadtteil Einzug halten. Langfristig kann auch eine Vernetzung mit Institutionen im Stadtteil zu einem neuen sozio-kulturellen Leben im Zentrum beitragen.

„Also ich stelle mir das eigentlich so vor, wenn man von oben drauf guckt, wie ein Ameisenhaufen. Wo ganz viel passiert, es gehen Leute rein und raus und dann noch die Blattschneiderameise dazwischen, die etwas rausträgt. So hätte ich das gerne, so lebendig“ (Kernteammitglied Key).

Mit der Zeit wurden die Pläne für einen sozialen und kulturellen Treffpunkt immer klarer und das Projekt bekam den Namen „Kreativhaus Eimsbüttel“.¹¹ Es

¹¹ www.kreativhauseimsbuettel.de [15.05.2021].

fanden zahlreiche Gespräche zwischen der AG, dem Bezirksamt und Akteuren und Akteurinnen aus dem Zentrum statt, um Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Ende 2019 konnte das KHE mit Unterstützung von TransZ in ein Nebengebäude der Schule Telemannstraße einziehen. Im Oktober 2019 eröffnete das Haus mit einem großen Fest und gestaltet fortan ganz unterschiedliche kulturelle Angebote. Bis Oktober 2020, zum Start des zweiten Corona-Lockdowns, waren es rund 330 Veranstaltungen. Der Großteil sind wiederkehrende Veranstaltungen wie der Klönschnack (wöchentliche Plauderrunde für vorwiegend ältere Gäste) oder der Flohmarkt mit bis zu 450 Besuchenden. Auch andere regelmäßige Angebote wie Basteln, Stricken, Meditation, Fotografie oder ein Singkreis erfreuen sich großer Beliebtheit. Den Corona-Lockdown im Winter 2020/21 nutzte das Team, um einen gemeinnützigen Verein zu gründen und ihre Arbeit dadurch professionalisieren zu können. Durch Unterstützung bezirklicher Mittel konnte im Frühjahr 2021 schließlich eine 450€-Kraft für organisatorische Aufgaben und die Instandhaltung eingestellt werden.

Das Kreativhaus – Ein neuer Treffpunkt im Stadtteil

Dort, wo Menschen leben und ihren Alltag verbringen, begegnen sie einander. Doch erst durch wiederkehrende Ereignisse oder gemeinsam genutzte Orte – wie beispielsweise gemeinschaftlich gepflegte Blumenbeete – kommen Menschen miteinander ins Gespräch. Es braucht also Anlässe, um Brücken zu schlagen, Vertrautheit herzustellen und so die Komfortzone des eigenen Lebensumfelds zu erweitern.¹² Im KHE treffen Menschen aufeinander, die sich vorher noch nie begegnet sind. Viele der Interviewten nehmen die neuen Kontakte als große Bereicherung ihres Alltags wahr und sprechen von der Rückkehr einer Art „Dorfcharakter“:

„Durch diese Treffen ändert sich auch das Verhalten, wenn ich die Leute auf der Straße sehe, denen ich hier schon mal begegnet bin. Man grüßt sich, man bleibt auch mal stehen und redet. Das war vorher alles nicht. Weißt du, das Blickfeld ändert sich von den Leuten und das finde ich sehr wichtig“ (Kursanbieterin K3).

„Also, Eimsbüttel ist ja mein Dorfplatz, meine Heimat, mein Herzort. Und wenn so etwas Neues entsteht, dann interessiert mich das. Und das interessiert mich natürlich wegen den Leuten!“ (Kernteammitglied K11).

Vor allem in den wöchentlichen Angeboten geht es über den bloß flüchtigen Kontakt hinaus. Hier verdichten sich Begegnungen zu einer Verbundenheit und einem

12 T. Blokland/J. Nast, From Public Familiarity to Comfort Zone: The Relevance of Absent Ties for Belonging in Berlin's Mixed Neighbourhoods, in: International Journal of Urban and Regional Research 38 (2014), S. 1155.



Abb. 2: Malen für Kinder; Foto: Ellen Schuttrich.

Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Interviewten heben auch den Wiedererkennungswert der Menschen unter sich und gegenüber den Angeboten hervor. Durch diesen Wert institutionalisiert sich das KHE als ein Ort der Begegnung im Stadtteil. Und auch Ideen für die Weiterentwicklung der Kontakte gibt es bereits:

„Wir müssten mal analog zur Corona-App eine App entwickeln, wer sich schon einmal im Kreativhaus begegnet ist und sich dann wo wieder begegnet“ (Kernteammitglied K10).

Die Angebote erreichen bisher vorwiegend Menschen ab 45 Jahre. Zumeist kommen diese aus der Nachbarschaft und leben schon lange im Stadtteil. Einige Gruppen haben bereits einen relativ festen Kreis von Besucherinnen und Besuchern etabliert:

„Das Publikum beim Klönschnack, das sind wirklich teilweise Nachbarn, die seit 30 Jahren in Eimsbüttel leben, aber irgendwie den Anschluss verloren haben, also ziemlich alleine sind, so kommt's mir vor“ (Kernteammitglied K10).

Dennoch liegt in nachbarschaftlich organisierten Projekten das große Potential, auch solche Begegnungen zu stimulieren, die Milieugrenzen aufbrechen können und so einen Stadtteil lebenswerter für alle machen. Das Potential informeller Verbindungen ist umso signifikanter, wenn Projekte von den Beteiligten selbst gestaltet werden.¹³ Und schließlich sind es sichtbare Veranstaltungen und eine positive Öffentlichkeitsresonanz im Stadtraum, die dem KHE erste Erfolge bescheinigen.¹⁴

„Wir hatten mal irgendeine Veranstaltung, die ging bis in die späten Nachtstunden und dann waren auf dem Schulhof eine Clique Jugendlicher und dann hat ein Mädchen

13 Vgl. H. Jarvis, *Envisioning Liveability and Do-It-Together Urban Development*, in: K. Ward/A. Jonas/B. Miller/D. Wilson (Hrsg.), *The Routledge Handbook on Spaces of Urban Politics*, London 2018.

14 BBSR (Hrsg.), *Orte der Integration im Quartier*, in: *ExWoSt-Informationen* 44/1 (2015), S. 61.

gefragt, ob sie auf die Toilette gehen kann. Lange Rede, kurzer Sinn: Zum Schluss saßen alle bei uns auf dem Sofa, fanden das total chillig. Juan war noch dabei und hat irgendwas von den Beatles gespielt, die waren total begeistert!“ (Kernteammitglied K10).

So spannend dieser generationenübergreifende Kontakt war: repräsentativ für die Begegnungen im KHE ist er nicht. Das liegt auch an der selbstorganisierten Struktur.

Wer kommt ins Kreativhaus?

Wer tatsächlich im KHE mitwirken kann und wer nicht, entscheidet sich durch selbstbestimmte und mit der Zeit gewachsene Regeln der Aktiven.¹⁵ Die Stärke der Selbstorganisation birgt jedoch gleichzeitig die Gefahr der Exklusivität.¹⁶ Denn aktives Bürgerengagement erfordert auch ein gewisses Maß an kulturellem Kapital. Zudem hindern Voraussetzungen wie Sprachkenntnisse oder andere Fähigkeiten sowie zeitlich und finanziell begrenzte Ressourcen häufig schlicht den Zugang zur aktiven Teilnahme.¹⁷ Diese Faktoren beeinflussen die Kommunikationsstrategie nach außen, die entsprechend bestimmte Personen mehr anspricht und andere weniger.

Die Interviewten, die sich bislang im KHE engagieren, haben eine ähnliche Motivation, die zu ihrem jeweiligen Engagement geführt hat. So äußern viele den Wunsch, durch kreative oder soziale Arbeit den Menschen im Stadtteil neue Impulse zu geben. Sie berichten, dass das KHE endlich Raum dafür biete – aber, dass sie den Raum nur durch eher zufällige persönliche Kontakte kennengelernt hätten. Dies zeigt, dass es scheinbar gewisse unterschwellige Voraussetzungen gibt, um aktiv beim KHE mitzuwirken. Denn obwohl das KHE für seine Außendarstellung verschiedene Online-Plattformen¹⁸ und auch Aushänge in einem Schaukasten am Gebäude nutzt, erweist sich die Aktiven- und Nutzer- bzw. Nutzerinnengruppe als relativ homogen in Bezug auf Alter, Herkunft und Einkommen:

„Ja, es ist auch eine Typ-Sache. Es ist nicht so, dass wir bewusst einen ‚closed job‘ vermitteln wollen, wir sind froh, wenn wir mehr Akteure haben, die uns Arbeit abnehmen,

15 Der Themenheft-Beitrag „Selbstorganisation und Governance in der Zentrenentwicklung“ (S. 274) diskutiert unterschiedliche Formen der Selbstorganisation und bezieht sich dabei u. a. auch auf das KHE als Fallbeispiel.

16 Vgl. M. Bruun, Communities and the commons: Open access and community ownership of the urban commons, in C. Borch/M. Kornberger (Hrsg.), Urban Commons. Rethinking the City, London 2015.

17 M. S. Hoekstra/J. Dahlvik, Neighbourhood Participation in Super-Diverse Contexts: Comparing Amsterdam and Vienna, in: Urban Research & Practice 11 (2018), S. 441 ff.

18 Instagram, Facebook, nebenan.de



Abb.3: Klönen im Kreativhaus; Foto: Kreativhaus Eimsbüttel, 2020.

wo man das Team erweitert. Aber ich glaube, der Einstieg in das Kernteam ist erstmal auch ein Interesse am Kreativhaus, an der Arbeit des Kreativhauses, den Ziele des Kreativhauses und dass man da auf einer Wellenlänge ist“ (Kernteammitglied K10).

Es wird deutlich, dass junge Menschen wie beispielsweise Studierende oder Auszubildende, junge Familien und Menschen mit Migrationsgeschichte im KHE bisher noch wenig teilhaben, obwohl sie sehr wohl einen großen Anteil der Bewohnerschaft im Umfeld ausmachen. Die gegenwärtige Praxis birgt die Tendenz einer Gleichheit innerhalb der Gruppe,¹⁹ die unter sich bleibt und zum Ausschluss all derjenigen führt, die sich im KHE noch nicht wiederfinden:

„Zum Beispiel das Kaffeetrinken jetzt, was ja toll ist, ne? Abgesehen davon, dass die Gefahr da ist, dass das so ‘ne ganz enge Struktur ist, dass immer die Gleichen da sind“ (Kursanbieter K7).

„Also, ich sehe, zum Beispiel, in den Straßen viele Mütter mit Kindern. Im KHE sind wenig Väter und Mütter vertreten, also mit Kleinkindern, und auch keine Studenten und niemand mit Migrationshintergrund. Das ist genau das, was die bunte Vielfalt des Stadtteils ausmacht“ (Kernteammitglied K11).

¹⁹ M.S. Hoekstra/J. Dahlvik (s. A 14), S. 452.



Abb. 4: Das Kernteam in Aktion; Foto: Frederika Hoffmann.

Umgang mit den eigenen begrenzten Ressourcen: Hindernisse für mehr Vielfalt?

Der Umstand, dass die Nutzer und Nutzerinnen des KHE die Bevölkerung ihres Stadtteils nicht vollumfänglich repräsentieren, ist dem Kernteam bewusst. Das Gewinnen neuer Nutzer und Nutzerinnen aus verschiedenen Milieus ist als zukünftige Entwicklungsaufgabe bereits identifiziert:

„Im Kernteam stellen wir so eine gewisse Überalterung fest. Es müssten einfach jüngere Leute ins Team, die dann auch jüngere Leute ansprechen. Also, wenn dann jetzt wie jüngst ein Foto unseres Zoom-Meetings auf Instagram erscheinen soll, denke ich das schreckt die jungen Leute noch mehr ab, wenn da hauptsächlich ältere Menschen sitzen“ (Kernteammitglied K10).

„Außerdem ist es, glaube ich, schwierig jetzt für Leute ins Team zu kommen, weil wir sind schon eine eingeschworene Gemeinde. Da müsste man erstmal überlegen: ‚Wie schafft man jetzt einen Platz für Neue?‘, dass sie auch gerne dazukommen, also, dass wir uns öffnen. Ich wünsche es mir anders, aber ich weiß nicht, wie man das machen soll. Weil es funktioniert auch gut, so wie es jetzt läuft. Ich glaube das ist nicht so einfach da anzuklopfen und zu sagen: ‚So, ich möchte jetzt hier mitmachen!‘“ (Kernteammitglied K11).

Aus diesen Zitaten wird deutlich: Vielfalt ist mit Arbeit verbunden. Sie ist aber wünschenswert, weil sie durch die Entwicklung eines gemeinsamen Ziels (wie der Selbstverwaltung eines Ortes) auch zur Stärkung der Gemeinschaft und zu mehr

Zusammenhalt im Viertel beiträgt.²⁰ Um dieses Ungleichgewicht innerhalb der sich beteiligenden Menschen²¹ im Stadtteil aufzubrechen und eine vielfältig gestaltete Kulturarbeit zu ermöglichen, braucht es niedrigschwellige und heterogene Zugänge zu Orten wie dem KHE. Dazu gehört auch eine faire und nachhaltige Verteilung von Mitteln, um die sozialräumliche Benachteiligung und die Konkurrenz um Ressourcen abzumildern und auch denjenigen eine Chance auf Teilhabe zu ermöglichen, die bisher noch nicht so stark profitieren.²²

Viele Aktive im KHE haben ein konkretes Projekt vor Augen, das sie gerne zeitnah umsetzen möchten. Um das zu erreichen, ist ein gewisser Grad an Professionalität der Zusammenarbeit als Team notwendig. Doch das funktioniert ohne unterstützende Rahmenbedingungen selten auf Anhieb. Teamprozesse lassen sich wesentlich effektiver gestalten, wenn sie transparent und ohne größere Verständigungsschwierigkeiten geschehen. Auch eine kontinuierliche Moderation bietet einen Rahmen, innerhalb dessen dann Prozesse angestoßen werden können:

„Ehrenamt braucht Hauptamt sagt man ja gerne mal. Schon allein dieses kontinuierliche Protokollführen und Einladen und sowas alles. Es braucht eben Organisation und auch Moderation, sonst hätte das glaub ich überhaupt nicht funktioniert“ (Kursanbieterin K6).

An dieser Stelle wird auch deutlich, dass die Selbstorganisation der Dreh- und Angelpunkt nachbarschaftlicher Projekte ist, aber auch Grenzen hat. Am Beispiel des KHE zeigt sich eine Grenze in den inzwischen ausgehandelten Rahmenbedingungen wie Zielgruppenansprache oder den anfangs unklaren Mietkonditionen für Kursanbietende, durch die der Zugang wieder stellenweise erschwert wird:

„Die [vom KHE] wissen anscheinend immer noch nicht, was sie an Miete nehmen wollen und da haben wir jetzt 3 Euro pro Person verabredet. Und ich hatte gedacht, dass wir das ja auch für den Stadtteil machen und erstmal gar nicht begriffen, dass wir da Miete zahlen müssen. Aber das ist natürlich klar, die müssen ja auch Miete zahlen“ (Kursanbieterin K5).

„Ja, plötzlich kommt der Geldgedanke und schränkt mich ein. Werden denn alle gleichbehandelt? Wie transparent ist das Ganze? Die Unklarheit ist organisatorisch auf mich abgeladen worden. Muss ich jetzt verhandeln, ist das alles willkürlich?“ (Kursanbieter K7).

Die Erfahrung im KHE zeigt, dass sowohl in der Kommunikation im Team als auch mit Kursanbietenden und Interessierten ein einheitliches Rahmenkonzept und transparente Regeln und Vorgehensweisen von Vorteil sind. Denn auch in die-

20 M. S. Hoekstra/J. Dahlvik (s. A 14), S. 454.

21 G. Valentine (s. A 4), S. 333.

22 Ebda, S. 334.

sem Punkt lässt sich wieder eine wesentliche Stellschraube ausmachen, die einen Ort als Begegnungsort über Milieugrenzen hinweg definieren kann. Denn wer sich gehört und gesehen fühlt, kommt wieder. Wessen Wünsche und Anmerkungen im Team weiterentwickelt werden, kann in der Gestaltung des Miteinanders im Stadtteil mitspielen.

Es kann nicht der Anspruch an Ehrenamtliche sein, auf allen Ebenen einen gut funktionierenden Begegnungsort zu schaffen – künstlerisch, kommunikativ, divers etc. Es gibt jedoch neben unterstützender organisatorischer Begleitung einen weiteren wichtigen Faktor, der dies befördern kann: große, unterschiedlich nutzbare und besonders günstige Räumlichkeiten. Darauf verweist das folgende Zitat:

„Wenn jetzt eine Fee käme, dann würde ich sagen: Die Stadt überlässt uns das ganze Schulgebäude und das werden Ateliers, Übungsräume, alles Mögliche. Da stelle ich mir ein Wuselbild vor, ein großes Haus, wo überall Lärm und Sägen, bohren und hämmern stattfindet und Musik und Gelächter und „Om-schigong“. Ja, das ist ein bisschen gesponnen. Aber, wer nicht nach den Sternen greift, kommt nie auf den Dachboden, so heißt es ja“ (Kernteammitglied K10).

Wenn solche Räumlichkeiten den Macherinnen und Machern zur Verfügung stehen, lassen sich möglicherweise auch langfristig die Hürden in den Köpfen überwinden, damit das KHE als Ort für Begegnungs- und Gestaltungsbedürfnisse unterschiedlichster Menschen wahrgenommen wird. Dies gilt sowohl für die mitgestaltenden Menschen als auch für die Entscheidungstragenden auf Verwaltungs- und Politikebene:

„Also ich hoffe, dass wir in drei Jahren gar nicht mehr darüber diskutieren müssen, ob der Stadtteil ein Kreativhaus braucht oder nicht. Es muss selbstverständlich sein, dass Eimsbüttel eins hat“ (Kernteammitglied Ke7).

Ausblick: Was kann ein Ort wie das Kreativhaus Eimsbüttel im Stadtteil verändern?

TransZ hat sich zur Aufgabe gestellt, der Verödung und konsumorientierten Homogenisierung von (Stadtteil)Zentren etwas entgegen zu setzen. Dass dabei ein Ort wie das KHE entsteht, war keineswegs ausgemacht. Durch die Vereinsgründung und die eingespielte Organisationsstruktur ist das KHE inzwischen gut aufgestellt, um dauerhaft zu bestehen. Nur welche Rolle könnte der Ort für das Zusammenleben im Stadtteil Eimsbüttel zukünftig spielen? Welche Menschen fühlen sich hier wohl und verbringen hier gemeinsam ihre Zeit? Diese Fragen möchten wir abschließend auf zwei Ebenen beantworten: zunächst auf der Ebene konkreter nachbarschaftlicher Vernetzung entlang des Konzeptes „Do-it-together Urban

Development²³ und dann auf übergeordneter Ebene gesamtgesellschaftlicher Veränderungen entlang des Konzepts der „Urban Commons“.²⁴

Der Start und ebenso auch die längerfristige Etablierung des KHEs hingen stark von den kleinteiligen Prozessen der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Aktiven ab. Diese waren nicht immer reibungslos. Urbane Begegnungsräume entstehen also nicht nur aufgrund einer gemeinsamen Bedürfnislage oder eines gemeinsamen Ziels, sondern ganz entscheidend auch aufgrund der eingebrachten „Soft Skills“²⁵ für Vernetzung und Kollaboration. Dies betont auch Jarvis in ihrem Konzept des „Do-it-together“: Eigentlich muss weniger Arbeit in die Abstimmung eines gemeinsamen Ziels als in die Organisation der konkreten Zusammenarbeit gesteckt werden, damit Vertrauen aufgebaut wird²⁶ und auch schwierige Ereignisse in der Organisation von Begegnungsräumen überwunden werden können. Dann entsteht aus dem Prozess des Zusammenarbeitens eine Verbundenheit der Nachbarschaft, weshalb Projekten wie das KHE ein transformatives Potenzial innewohnt.

In konkreter lokaler Zusammenarbeit zeigen sich entsprechend auch übergeordnete gesellschaftliche Wirkungsweisen. Diese werden sichtbar, wenn das kollektive Handeln als Aushandlung über die Verteilung und Nutzung gesellschaftlicher Güter gelesen wird. Diese Perspektive ermöglicht das Konzept der Urban Commons. Da die Güter (Commons) begrenzt sind, ist die gemeinsame Arbeit der Commoner laut Güntner oft geprägt von zwei Prozessen:²⁷ erstens der Identitätsbildung als Gruppe in Abgrenzung zu anderen, die sich im KHE in der Konstitution als Verein manifestierte; zweitens dem gemeinschaftlichen Aushandeln von Regeln der Zusammenarbeit, was im KHE die Arbeit im Kernteam ausmacht. Die wichtigsten Regeln des KHE sind regelmäßige, moderierte Teamtreffen, keine oder geringe Kosten für Mieter und Mieterinnen sowie Nutzer und Nutzerinnen sowie transparente und verlässliche Nutzungsbedingungen.

Wenn diese Prozesse nun so gestaltet werden, dass gerade auch für diejenigen Zugänge zu Urban Commons geschaffen werden, die privat nur über wenig Ressourcen verfügen, ist eine offenere und gerechtere gesellschaftliche Teilhabe an der Stadt möglich. Das KHE ermöglicht diesen Schritt ein Stück weit. Denn es bietet einen Rahmen, um aus ersten kleinen Begegnungen einen längerfristigen Zugang zu sozialen Gütern zu eröffnen. Aber es zeigt sich auch: Nur ein vielfältiges Kernteam zieht auch vielfältige Nutzer- und Nutzerinnengruppen an.

23 H. Jarvis (s. A 11).

24 Vgl. S. Güntner, Urban Commons und neue Allmenden, in: I. Breckner/A. Göschel/U. Matthiesen (Hrsg.), Stadtsoziologie und Stadtentwicklung, Baden-Baden 2020.

25 H. Jarvis (s. A 11).

26 Ebda.

27 S. Güntner (s. A 21).

Abschließend stellt sich hier deshalb die Frage: Wie können die Prozesse in den Zentren so unterstützt werden, dass sie Milieudifferenzen überwinden und Teilhabechancen von sozioökonomischen Voraussetzungen entkoppeln? Denn in vielen urbanen Zentren wird derzeit versucht, eine breitere Nutzungs- und Funktionsvielfalt auch auf Basis zivilgesellschaftlicher Kollaboration zu erzeugen.²⁸ Unsere Erfahrung zeigt, dass es hilft, wenn z. B. die Verwaltung oder aber andere bereits bestehende Institutionen wie Quartiersmanagement oder Wirtschaftsförderung gestaltungsbereite Akteure und Akteurinnen motivieren und durch den Start der Kollaboration begleiten. Zu einer solchen Starthilfe können Moderation, Erfahrungen in der Netzwerkarbeit, eine unkomplizierte finanzielle Starthilfe, Wissensvermittlung über gute Beispiele,²⁹ die Bereitstellung von günstigen Räumlichkeiten oder auch die Unterstützung durch Personal gehören. Gerade in (Stadtteil)Zentren oder Milieus, in denen kollaborative Prozesse nicht selbstorganisiert werden, ist es sinnvoll, wenn eine Kommune Anstöße gibt und sozial-kulturelle Orte als Elemente der Daseinsvorsorge ernst nimmt. Das kann sich laut Läßle mittelfristig im Sinne einer urbanen Rendite für die Stadt vielfältig auszahlen.³⁰ Und schließlich ist, spätestens in der Pandemie in Zeiten von Lockdowns und Zoom-Meetings, deutlich geworden, dass nachhaltige Begegnungen reale Räume brauchen, die für die vielfältige Stadtgesellschaft niedrigschwellig zugänglich sind.

28 Das Interview mit „Altstadt für Alle!“ und „LU‘UM“ in diesem Heft (S. 293) gibt hierzu wichtige Einblicke. Es trägt den Titel „Eine zivilgesellschaftliche Perspektive auf die Innenstadt“.

29 Die Freiraumfibel des BBSR, www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2016/freiraum-fibel.html [20.05.2021].

30 D. Läßle, in: P. Da Costa et al. (s. A 6), S. 108.

Interview:

Zukunftskonzept Offenbach

Im Hamburger Planungsbüro urbanista entwickelt Sven Lohmeyer seit 2012 Stadtstrategien, urbane Leitbilder und Innenstadtkonzepte. Als einer von drei Projektverantwortlichen hat er das 2020 veröffentlichte, von der Stadt Offenbach am Main beschlossene „Zukunftskonzept Innenstadt“ mitentworfen. Das Konzept sieht ein multifunktionales Zentrum vor, das heterogenen Nutzungen und ihren Ansprüchen gerecht wird.

Mit **Thomas Krüger** und **Luise Stoltenberg** von TransZ sprach **Sven Lohmeyer** über das Offenbacher „Innenstadtversprechen“, die Kooperation mit lokalen Akteuren und Akteurinnen und die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie.

TransZ: Herr Lohmeyer, im Zentrum des Zukunftskonzeptes für Offenbach steht das „Innenstadtversprechen“. Was ist darunter zu verstehen?

Sven Lohmeyer: Für uns war klar, dass wir für die gewünschte Transformation der Offenbacher Innenstadt zunächst einmal eine neue Erzählung dieses Ortes benötigen. Denn so ein Transformationsprozess hat eine starke kommunikative Ebene, das heißt, zu Beginn haben wir nach Möglichkeiten gesucht, den Kern unserer Idee – eine ausgewogene Nutzungsmischung im Offenbacher Zentrum – leicht verständlich auszudrücken. Auf diese Weise ist das „Innenstadtversprechen“ mit seinen fünf Ebenen entstanden. Hier definieren wir die Innenstadt als Ort des Handels, denn Handel ist die Grundfunktion vieler Zentren und dementsprechend ein starker Aspekt der Innenstadt. Aber Innenstadt ist mehr als das: Wir verstehen sie als Ort der Arbeit, Ort der poli-



Abb. 1: Blick über Offenbach und die Innenstadt; Foto: Sven Lohmeyer.

tischen Auseinandersetzung, als Kultur- und Wohnort. Diese verschiedenen Ansprüche an die Innenstadt ergeben gemeinsam das „Innenstadtversprechen“, ein Grundmodell für die Entwicklung und Förderung zukunftsfähiger und attraktiver Innenstädte.

TransZ: Welche Entwicklungen haben ein solches Versprechen überhaupt notwendig werden lassen?

Sven Lohmeyer: Lange waren Innenstädte vor allem auf den Handel fokussiert. Er galt als relevanteste Funktion, weswegen sich die Innenstädte zu monostrukturierten Orten entwickelten. Seine Dominanz hat die anderen möglichen Funktionen der Innenstadt geschwächt. Erste Tendenzen hierfür lassen sich schon Ende des 19. Jahrhunderts, im Kontext der Citybildung, beobachten. Wirklich problematisch ist dies aber erst, seit die voranschreitende Digitalisierung einen Strukturwandel im Einzelhandel hervorgerufen hat. Denn damit ist die dominante Funktion der Innenstadt plötzlich geschwächt worden und da die ande-

ren Funktionen lange vernachlässigt worden sind, sind sie nun nicht stark genug, um auf diese Entwicklung zu reagieren. In Offenbach lässt sich dies leicht veranschaulichen: Kultureinrichtungen, die IHK oder auch das Gericht haben die Innenstadt aus ökonomischen Gründen verlassen oder wurden ganz bewusst von der Innenstadt an andere Standorte verlegt. Jetzt gibt es im Zentrum nur wenig Nutzungsmischung und die Innenstadt hat deutlich an Attraktivität eingebüßt. Mit dem Innenstadtversprechen setzen wir genau an dieser Stelle an: Es eignet sich gut, um auch denjenigen, die nicht Stadtplaner oder Stadtplanerin sind, diese Zusammenhänge zu erläutern und ihnen die Vorteile der Vielfältigkeit eines Stadtzentrums deutlich zu machen.

TransZ: Sie haben das Konzept für Offenbach in enger Zusammenarbeit mit unterschiedlichen lokalen Akteuren und Akteurinnen erarbeitet. Wie lief dieser Prozess ab?

Sven Lohmeyer: Die Einbindung verschiedener Akteure und Akteurinnen war uns von Anfang an ein zentrales Anliegen. Schon in unserer Bewerbung für die Erstellung des Offenbacher Innenstadtkonzeptes haben wir betont, dass wir die Innenstadt als einen Stadtraum sehen, der vielen Menschen am Herzen liegt; hier treffen unterschiedliche Interessen und Ansprüche aufeinander. Genau diese Vielfalt ist die Stärke der Innenstadt und deswegen haben wir zu Beginn eine interdisziplinäre Gruppe in Offenbach gegründet, den sogenannten „Zukunftsclub“. Hier sind etwa 25 Vertreter und Vertreterinnen der Stadtverwaltung, des Handels, des Kulturbereichs, der Wissenschaft sowie Eigentümer und Eigentümerinnen zusammengekommen, um zunächst ganz ergebnisoffen verschiedene Visionen für die Innenstadt zu diskutieren. Die Stadt Offenbach hat uns hierbei wesentlich unterstützt, indem sie im Vorfeld bereits relevante Schlüsselpersonen und -institutionen identifiziert und angesprochen hatte. Wichtig für die Zusammensetzung des Zukunftsclubs war zudem eine gemischte Altersstruktur und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis. Es war

unser Ziel, die Mitglieder des Clubs zu Ko-Autoren des Innenstadtkonzeptes werden zu lassen: Sie sollen sich und ihre Bedürfnisse in den konkreten Projektvorschlägen des Konzeptes wiederfinden. Auf diese Weise wird das „Innenstadtversprechen“ in der Stadt lokal verankert.

TransZ: Welche Projektvorschläge gab es? Wie wurde bestimmt, welche Ideen realisiert werden sollen?

Sven Lohmeyer: Der Zukunftsclub war eine von insgesamt drei Quellen für Projektvorschläge. Noch vor seiner Gründung gab es eine öffentliche Veranstaltung, bei der wir einige Best-Practice-Beispiele der Innenstadtentwicklung vorgestellt haben. Hier konnten die Besucher und Besucherinnen abstimmen, welche fünf Maßnahmen ihnen am besten gefielen. Diese Top fünf bildeten dann ebenfalls zentrale Impulse für die Erarbeitung von konkreten Ideen zur Realisierung des „Innenstadtversprechens“. Als dritte Quelle brachten wir als Büro Vorschläge ein. Darüber hinaus gab es auch interessante Querverbindungen zwischen diesen Quellen. Die auf diese Weise entwickelten Vorschläge für Maßnahmen haben wir schließlich in Entwürfen zusammengetragen und diese bei einer zweiten öffentlichen Veranstaltung präsentiert und beurteilen lassen. Ziel war es, die Projektvorschläge durch dieses Feedback zu stabilisieren. Tatsächlich ist kein Vorschlag komplett abgelehnt worden und so konnten wir damit beginnen, die Projekte auszuarbeiten und schließlich in das Konzept aufzunehmen. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist die „Station Mitte“, eine Stadtbibliothek mit integriertem Stadtteilzentrum. An dieser Stelle ist zu betonen, dass die Stadt Offenbach sich natürlich nicht verpflichten kann, all die vorgeschlagenen Maßnahmen sofort umzusetzen. Der entwickelte Maßnahmenkatalog erfordert Investitionen, diese müssen schrittweise erfolgen. Nichtsdestotrotz hat die Stadt das Konzept mitsamt seinem Projektkatalog anerkannt, das bedeutet, es ist als ein wichtiges politisches Ziel definiert. Diese Entscheidung wurde von allen Parteien im Rat getragen. Hier zeigt sich eine



Abb. 2: Offenbacher Innenstadt; Foto: Sven Lohmeyer.

wichtige Bedingung für die Transformation der Innenstadt: Sie ist ein langfristiges Vorhaben und muss deswegen parteiübergreifend als relevante Aufgabe erkannt werden.

TransZ: Das Konzept wurde im Juni 2020 von der Stadt Offenbach beschlossen. Wie zufrieden sind Sie mit der bisherigen Umsetzung? Ist urbanista in den Umsetzungsprozess eingebunden?

Sven Lohmeyer: Wir freuen uns sehr, dass die Stadt Offenbach die Bedeutung des Zusammenspiels verschiedener Funktionen für die Zentrenentwicklung erkannt hat. In unserem Konzept haben wir im Hinblick auf die Umsetzung bereits konkrete Handlungsempfehlungen aufgeführt. Hierzu gehört beispielsweise die Gründung der „Agentur Mitte“, die bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt ist und die Umsetzung der Projekte begleiten soll. Diese ist bereits ins Leben gerufen worden. Außerdem hatten wir die Idee, einen Showroom zu Wetter und Klima in der Innenstadt anzusiedeln, da der Deutsche Wetterdienst in Offenbach sitzt. Ein solcher niedrigschwelliger und interessanter Anlaufpunkt, so die Argumentation, schafft neuen Anlass für einen Innenstadtbesuch und hebt Offenbach zum Beispiel im Vergleich mit Frankfurt am Main positiv hervor. Tatsächlich soll die „Wetter- und Klima-Werkstatt“ in Kürze öffnen, sie hat die Räumlichkeiten einer prominenten Erdge-

schosslage zunächst befristet für sechs Monate bezogen. Ein weiteres Projekt, das sich bereits in der Umsetzung beziehungsweise Prüfung befindet, ist die Dachbegrünung eines ehemals von der Polizei genutzten Pavillons. Das Dach soll frei zugänglich werden und dient dann als Gemeinschaftsgarten, als Erholungsort. Diese Entwicklungen zeigen: Der Wille ist da, die Stadt macht sich auf den Weg.

TransZ: Was bedeutet der Ausbruch der Covid-19-Pandemie für das Offenbacher Zukunftskonzept?

Sven Lohmeyer: Ich glaube, die wesentliche Architektur unseres Konzeptes bleibt von der Pandemie unberührt. Wenn überhaupt, dann haben sich die von uns adressierten Problemlagen noch weiter verschärft und wahrscheinlich muss man auf der Ebene der Sofortmaßnahmen mehr Kraft einsetzen. Ich bin mit den Offenbachern und Offenbacherinnen noch regelmäßig im Austausch und bislang gab es noch keinen Ruf nach einer Überarbeitung des Konzeptes. Auf Länderebene wurde in Reaktion auf die Pandemie das hessische „Bündnis für die Innenstadt“ gegründet, ein Förderprogramm für den innerstädtischen Strukturwandel. Ich denke, dass auch die in unserem Zukunftskonzept beschriebenen Ziele von diesem Bündnis profitieren werden.



Grafik 5: Kommunikation und Kooperation ausbauen; Quelle: *TransZ-Infografik*.

Nutzung, Gestaltung und Transformation des öffentlichen Raums in Stadt(teil)zentren

Prozesse und Planungen

Öffentlicher Raum in Stadt(teil)zentren

Der öffentliche Raum hat als Treffpunkt für die Stadtgesellschaft und als Identitätsstifter in Stadtteilzentren eine große Bedeutung.¹ Dabei sind eine attraktive Gestaltung und vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, die den diversen Ansprüchen der Stadtgesellschaft gerecht werden, essentiell. Unsere These ist, dass eine solche Gestaltung erreicht werden kann, wenn verschiedene Akteure und Akteurinnen mit unterschiedlichen Hintergründen und Wirkungskreisen beteiligt sind. Hierzu bedarf es umfangreicher Aktivierungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, bei denen verschiedene Fähigkeiten und zeitliche Kapazitäten der Menschen berücksichtigt werden, um gezielte Beteiligung zu ermöglichen. Erst durch eine Kombination unterschiedlicher Planungsinstrumente, Prozesse und Strategien können eine nachhaltige Transformation und damit eine bedarfsgerechtere Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume in Stadt(teil)zentren ermöglicht werden. Der Beitrag untersucht verschiedene Prozesse und Planungen, um herauszuarbeiten, wie dieses Ziel konkret erreicht werden kann. Neben klassischen Planungsprozessen werden auch Initiativen außerhalb des „Mainstream“ betrachtet, die anders denken, neue Anstöße geben und kreative, erprobende und auch ergebnisoffene Impulse für eine resiliente Transformation von Stadt(teil)zentren setzen.

Die Gestaltung des öffentlichen Raums in Stadt(teil)zentren

Die Rollenverteilung der Akteure und Akteurinnen in der Stadtentwicklung hat sich im Laufe der Jahre stark verändert. Die Zivilgesellschaft fordert Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Stadtentwicklung und Stadterneuerung ein.²

1 E. Schaumann/C. Simon-Philipp, Urbane Interventionen im öffentlichen Raum, in: Forum Stadt 3 (2018), S. 247 ff.

2 M. Humann/C. Polinna, Planungsprozesse, in: BBSR (Hrsg.), Glossar zur Gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung, Bonn 2020, S. 109; B. Rösener/K. Selle, Information, Partizipation, Kooperation.

Eine wichtige Plattform bietet die Nationale Stadtentwicklungspolitik. Partizipationsverfahren und soziokulturelle Projekte gewinnen, oft eingebunden in integrierte Stadterneuerungsstrategien, weiter an Bedeutung.³

Prozesse und Planungen der Stadtentwicklung und -erneuerung werden heute nicht nur von staatlichen und kommunalen Vertreterinnen und Vertretern, (privaten) Projektträgern und -trägerinnen, Investoren und Investorinnen und Genossenschaften getragen. Gemeinwohlorientierte, zivilgesellschaftliche Initiativen und interessierten Menschen gewinnen als Akteure und Akteurinnen in Planungsprozessen an Bedeutung. Die Gestaltung des öffentlichen Raums nimmt hierbei einen wichtigen Stellenwert ein. Immer häufiger setzt nicht mehr die Kommune (alleine) Impulse für neue Prozesse und Planungen, sondern die Zivilgesellschaft, die nicht nur mitreden, sondern aktiv partizipieren möchte.⁴ Dem steht gegenüber, dass die Möglichkeiten für Akteure und Akteurinnen in Zentren „eigene Projekte [...] entwickeln und umsetzen (zu) können, nur in Ausnahmefällen und nur im kleinen Maßstab vorhanden und auch nur insoweit möglich [...] sind, wie es das hoheitliche Planungsrecht zulässt“.⁵

Neben der Rollenverteilung hat sich auch der Fokus der Stadterneuerung verändert. Lag dieser bis Ende der 1970er Jahre überwiegend auf der Sanierung von Bausubstanz, wurden bald Herausforderungen im Bereich des öffentlichen Raums und der Wohnumfeldverbesserung erkannt.⁶ Vor dem Hintergrund der erweiterten Rollenverteilung und der dringend erforderlichen Weiterentwicklung und Qualifizierung des öffentlichen Raums in bestehenden Stadtteilzentren, werden im Folgenden partizipative und kreative Formate der Entwicklung des öffentlichen Raums in Stadt(teil)zentren untersucht. Zentrale Fragestellung hierbei ist, welche Mitwirkungsmöglichkeiten für unterschiedliche Akteursgruppen zum jetzigen Zeitpunkt bestehen, um Planungsprozesse mitgestalten zu können. Nachfolgend stellt sich die Frage, wie Planungsprozesse gestaltet sein müssen, damit verschiedene Personen(gruppen) mitwirken können.

Entwicklung und Stand der Diskussion zur bürgerlichen Kommunikation in Stadt und Quartier, in: *Verbandszeitschrift Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 6 (2005), S. 287.

3 www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de [27.04.2020]; www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen/Programm/Geschichte/geschichte_no.de.html [28.04.2020].

4 M. Humann / C. Polinna (s. A 2), S. 109, 111; BBSR, Zehn Jahre Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – gemeinsam den Wandel gestalten. Dokumentation des Fachkongresses am 20. November 2018 in Berlin, in: BBSR (Hrsg.), BBSR-Online Publikation 13 (2019), S. 44.

5 S. Anders / S. Kreutz / E. Schaumann / J. Schmidt, Reallabore zur Transformation urbaner Zentren: Erfahrungen und kritische Reflexion, Hamburg 2020, S. 10.

6 H. Schröteler-von Brandt / G. Schmitt, Stadterneuerung, Eine Einführung, Wiesbaden 2016, S. 93, S. 108.

Formelle Planungsprozesse

Die Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen formeller Planungsprozesse in Stadt(teil)zentren sind in §§ 3, 4a BauGB geregelt. Es soll frühzeitig die Möglichkeit gegeben werden, sich zu Planungen zu äußern – bevor diese zu weit fortgeschritten sind und eine Einflussnahme nur noch schwer möglich ist.⁷ Im Anschluss müssen die Planungen mindestens 30 Tage öffentlich ausgelegt werden, hierzu können Bewohner und Bewohnerinnen Stellung nehmen.⁸ Gerade im frühen Stadium eines Planungsprozesses fehlt jedoch die breite öffentliche Aufmerksamkeit, weshalb die Möglichkeit einer solche Beteiligung in der Realität oft nicht oder nur von eingeschränkten Personen(gruppen) wahrgenommen wird.

Im Kontext der Städtebauförderung ist die Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen in §§ 137-139 BauGB festgelegt.⁹ Sie „sollen zur Mitwirkung bei der Sanierung und zur Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen angeregt werden“ und „im Rahmen des Möglichen beraten werden“.¹⁰ Durch Instrumente wie den Verfügungsfonds, ein lokaler Fonds zur Umsetzung „eigener“ Projekte im Fördergebiet, wird den Menschen im Quartier eine finanzielle Unterstützung zur tatsächlichen Mitwirkung angeboten.¹¹ Darüber hinaus bietet in vielen Fördergebieten ein Zentren- bzw. Quartiersmanagement Unterstützungsmöglichkeiten bei der Umsetzung eigener Projekte.¹²

Im Rahmen der Sanierung der Osterstraße in Hamburg Eimsbüttel wurde auf die Ergebnisse vergangener Beteiligungsprozesse zurückgegriffen und zusätzlich im Zuge der Sanierung eine mehrtätige Vor-Ort-Befragung durchgeführt.¹³ Viele Stimmen sprachen sich 2014 für eine Verlagerung des Radverkehrs auf die Fahrbahn aus.¹⁴ Nach der Sanierung gaben jedoch über 40% der Befragten an, dass sich die Situation für den Radverkehr verschlechtert hat, da der Radstreifen auf der Fahrbahn zu schmal und zu nah am Autoverkehr ist.¹⁵ Das Beispiel zeigt, dass

7 § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 BauGB.

8 § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB.

9 S. Anders/S. Kreuz/E. Schaumann/J. Schmidt (s. A 5), S. 8 ff.

10 § 137 BauGB.

11 www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Programm/Instrumente/Verfuegungsfonds/verfuegungsfonds_node.html [24.03.2021].

12 https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Programm/Instrumente/Zentrenmanagement/zentrenmanagement_node.html [20.04.2021].

13 www.hamburg.de/eimsbuettel/osterstrasse/ [08.03.2021].

14 *Bezirksamt Eimsbüttel*, Stadtraumerneuerung Osterstraße, Ergebnisse der Bürgerbefragung, Hamburg 2014, S. 2 f.

15 *Stadt Hamburg*, Ergebnisse der Vorher-Nachher-Untersuchung, Evaluation Osterstraße, Stadtraumerneuerung Osterstraße, Präsentation am 04.12.2019, Hamburg 2019, S. 7 ff.

lediglich „theoretisch“ erfragte Meinungen oft nur auf dem Papier funktionieren. Die Ergebnisse der Beteiligung sind essentiell und geben zentrale Bedürfnisse der Betroffenen wieder – in einem zweiten Schritt hätten diese Ergebnisse jedoch durch Verkehrsexperimente o.ä. erprobt werden müssen, um Probleme frühzeitig identifizieren zu können und die Planungen entsprechend zu gestalten. Die Gemeinde Steinach im Kinzigtal strebte im Sanierungsgebiet Ortsmitte eine Aufwertung des öffentlichen Raums und die Stärkung der Ortsmitte an. Im Rahmen einer umfassenden Beteiligung wurde 2014 ein Bürgerrat einberufen. In einem Zufallsverfahren wurden Interessierte ab 16 Jahren eingeladen, der Rat tagt nun jährlich zu wechselnden Themen. Auf diese Weise ist eine gute Mitsprachemöglichkeit während des gesamten Prozesses gegeben.¹⁶

Informelle Planungsprozesse

Informelle Prozesse und Planungen sind nicht rechtlich formalisiert, standardisiert oder direkt rechtsverbindlich. Dies ermöglicht eine flexible Vorgehensweise und damit mehr Mitwirkungsmöglichkeiten. Beispielhaft lassen sich städtebauliche Entwicklungskonzepte, Mobilitätskonzepte oder auch prozessuale Beteiligungsprozesse nennen – nicht die hoheitliche Planung, sondern ein kommunikativ-kooperatives Vorgehen steht im Fokus.¹⁷

Informelle Instrumente sind zum Teil in formellen Planungsverfahren vorgesehen. Beispielsweise müssen Ergebnisse städtebaulicher Entwicklungskonzepte bei der Aufstellung von Bebauungsplänen berücksichtigt werden. Sie fließen also in das Abwägungsgebot formeller Planungen mit ein.¹⁸

Doch auch im Rahmen informeller Planungsprozesse sind die Mitwirkungsmöglichkeiten eingeschränkt, trotz flexibler und offener Formate werden nicht alle Interessen repräsentiert bzw. artikulationsstarke Personen können die Diskussionen dominieren. Darüber hinaus fühlen sich Teilnehmende oft ignoriert oder machtlos, wenn vorgeschlagene Ideen, Projekte oder Maßnahmen nicht umgesetzt werden.¹⁹ Wie auch bei formellen Planungen erfahren Interessierte vor Ort oftmals

16 *Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg*, Stadt Bürger Dialog, Städtebauförderung 2004-2014, Stuttgart 2015, S. 42 f.

17 Vgl. R. Danielzyk/M. Sondermann, Informelle Planung, in: *ARL-Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover 2018.

18 Ebd.

19 Ebd.; vgl. P. Oswald/K. Overmeyer/P. Misselwitz, Einführung, in: P. Oswald/K. Overmeyer/P. Misselwitz (Hrsg.), *Urban Catalyst, Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln*, Berlin 2014.

erst so spät von den Vorhaben, dass der Prozess stark fortgeschritten und eine Einflussnahme nur noch sehr eingeschränkt möglich ist.²⁰

Werden Meinungen nicht nur in Veranstaltungs- und Amtsräumen abgefragt, sondern niederschwellig vor Ort, kann umgangen werden, dass hauptsächlich privilegierte, artikulationsstarke Personen den Beteiligungsprozess prägen. Durch die Vor-Ort Aktivität kann Aufmerksamkeit erzeugt und zur Mitwirkung motiviert werden. Je nach gewählter Beteiligungsmethode²¹ können so auch Sprachbarrieren umgangen und der Informationsfluss sowie die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung vielfältig und umfassend gestaltet werden. Eine solche performative Beteiligung kann bereits vor dem eigentlichen Planungsprozess („Phase 0“) stattfinden, um eine Kommunikationsgrundlage zu schaffen. Allerdings erfordert dies eine Überwindung der zeitlichen und gedanklichen Trennung von Planung und Umsetzung von Vorhaben, da die Nutzung und Gestaltung durch die Gesellschaft ein Teil des Planungsprozesses wird und nicht erst als Ergebnis erscheint. Die Offenheit eines solchen iterativen Prozesses stellt für die Planung eine große Herausforderung dar, da diese per Definition den Anspruch hat, rational und transparent abwägend sowie abschließend entscheidend zu sein. Hier gilt es, bestehende Verfahrensweisen auf eine Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten zu prüfen und ggf. zu modifizieren.²²

Die beschriebenen Prozesse machen deutlich, dass die bewährten Instrumente der Stadtentwicklung und Stadterneuerung zwar wichtige Impulse für die Entwicklung des öffentlichen Raums in Zentren setzen, diese jedoch nicht in alleiniger Verantwortung bewältigen können.²³

Temporäre Prozesse

Temporäre Prozesse stellen eine Möglichkeit dar, Veränderungen im Stadtraum unter Mitwirkung lokaler Akteure und Akteurinnen auszuprobieren statt eine klassische Planung vorzunehmen.²⁴ Durch die zeitliche und räumliche Begrenzung sollen ein niedrigschwelliger Zugang und eine aktive Mitgestaltung an der Stadt-

20 Vgl. U. Mackrodt, Bürgerbeteiligung im urbanen öffentlichen Raum – Reflexionen über eine Neuerung in der Beteiligungspraxis, in P. Küpper et al. (Hrsg.), Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. 15. Junges Forum der ARL, Hannover 2012.

21 E. Schaumann/C. Simon-Philipp, Öffentlicher Raum in Stadtteilzentren, Erhebung der Raumnutzung und Raumwahrnehmung, Methodendiskussion, in: TransZ Working Paper, 1 (2021), S. 4 ff.

22 U. Mackrodt (s. A 20), S. 238 f, S. 243.

23 E. Schaumann/C. Simon-Philipp (s. A 1), S. 258.

24 J. Heiler, Gelebter Raum Stadtlandschaft, Taktiken für Interventionen an suburbanen Orten, Bielefeld 2013, S. 318.

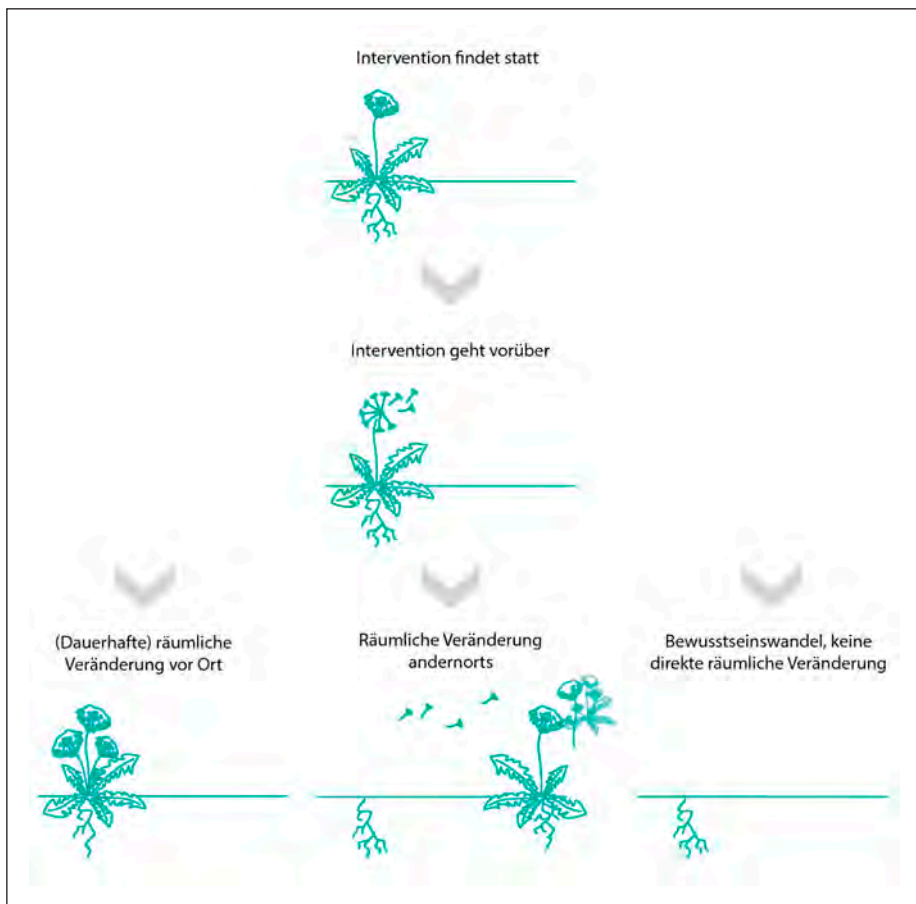


Abb. 1: Wirkungsmöglichkeiten temporärer Interventionen; Quelle: *HFT Stuttgart*

entwicklung ermöglicht werden – wichtig ist dabei, dass die entsprechende Fachplanung den Prozess engagiert begleitet, da eine standardisierte Abwicklung eines solchen Verfahrens nicht möglich ist.²⁵

Eine Art zeitlich befristeter Prozesse sind temporäre Interventionen – Installationen oder Aktionen –, die den Raum hinsichtlich einer stadtentwicklungspoli-

25 P. Alfaro d’Alencon/B. Bauernfeind/D. Konrad, Ephemere Stadtentwicklung, Handbuch und Planungshilfe, Berlin 2017, S. 28; vgl. M. zur Nedden, Ephemere Stadtentwicklung, in P. Alfaro d’Alencon/B. Bauernfeind/D. Konrad (Hrsg.), Ephemere Stadtentwicklung, Handbuch und Planungshilfe, Berlin 2017.



Abb.2: Aktion auf dem Österreichischen Platz; Foto: Stadtlücken e.V.

tischen Aussage verändern. Dies können experimentelle Nutzungsarrangements, aber auch künstlerische Inszenierungen oder raumbezogene Aktionsspiele sein.²⁶ Durch die Umdeutung des Raums können sowohl dessen Image verändert, als auch neue stadträumliche Bezüge geknüpft werden. Zudem können viele Menschen erreicht werden, was herkömmliche Planungsprozesse oftmals nicht leisten können.²⁷ Manche Interventionen haben eine direkte räumliche Veränderung vor Ort zu Folge, andere sind Vorbild für weitere Projekte und können so ihre Wirkung (auch) an anderer Stelle entfalten. Interventionen können zu Bewusstseinsveränderungen führen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten für Interessierte sind groß, da jeder eine solche Intervention gestalten und durchführen kann. Allerdings bedarf es der Unterstützung der Kommunen, ohne Kooperationen sind temporäre Interventionen nicht umsetzbar.²⁸

26 U. Altrock/S. Beeck, Stadtentwicklung und die Praxis von „Interventionen“, in: RaumPlanung 167 (2013), S. 21; E. Schaumann/C. Simon-Philipp (s. A 1), S. 253.

27 U. Altrock/S. Beeck (s. A 26), S. 21 ff.; E. Schaumann/C. Simon-Philipp (s. A 1), S. 258; vgl. A. Hartz/O. Kühne, Transformation von Stadtlandschaften: ästhetisch-partizipative Planungsansätze, in: U. Altrock et al. (Hrsg.), Gewinnen, Verlieren, Transformieren, Die europäische Stadtregion in Bewegung, Berlin 2011.

28 U. Altrock/S. Beeck (s. A 26), S. 24.

Eine Intervention mit räumlicher Impulswirkung war der Kiosk am Österreichischen Platz am Rande der Stuttgarter Innenstadt. Die Initiative Stadtlücken e. V. machte im Oktober 2016 mit einem Souvenirshop auf dem Platz und mit einer begleitenden Veranstaltungsreihe auf die Fehlnutzung des zentralen öffentlichen Raums aufmerksam.²⁹ Durch die erzeugte politische und öffentliche Aufmerksamkeit konnte im Frühjahr 2018 eine zweijährige Experimentierphase für potenzielle alternative Nutzungen vor Ort starten. Die Kommune ermöglichte eine Öffnung des Parkplatzes zu einer gemeinschaftlich genutzten Fläche, kuratiert vom Verein. Nach dieser Experimentierphase wurde die Vision eines kooperativen Stadtraums, inklusive einer Trägerschaft aus ehrenamtlichen Vereinen und Initiativen, entwickelt. Das Konzept konnte jedoch nicht wie geplant umgesetzt werden. Neben der Covid-19 Pandemie, die die Nutzung nicht wie geplant zugelassen hat, wird ein großer Teil des Platzes für den Bau einer Interimsfeuerwache benötigt. Hinzu kommt, dass der offene Prozess keine genaue Kostenaufstellung im Voraus ermöglichte, was nicht mit den strikten Vorgaben der städtischen Fördergelder in Einklang zu bringen war.³⁰

Das Beispiel der TransZ-Bauwerkstatt³¹ in Stuttgart-Wangen macht deutlich, wie groß die Wirkung eines einfachen baulichen Eingriffs sein kann und wie wertvoll die angestoßene Diskussion über die Raumnutzung ist. Die Bauanleitung für das Sitzmöbel wurde mit Interessierten in anderen Städten geteilt, sodass die Idee nun auch andernorts wirken kann.

In Riga veränderte ein junges Aktivistenteam durch eine flächige farbliche Markierung auf dem Boden die Fahrbahnbreite zugunsten des Fußgänger- und Radverkehrs. Während der temporären Veränderung diskutierten Planerinnen und Planer vor Ort die neue Situation mit Passanten und Passantinnen. Auch wenn die Intervention vor Ort zu keiner weiteren baulichen Veränderung geführt hat, wurde dennoch eine Diskussion ermöglicht und ein Vorbild für andere Orte geschaffen.³²

Die Entwicklung des öffentlichen Raums kann auch ohne Intervention durch temporäre Nutzungsänderungen beeinflusst werden. Beispielhaft lassen sich hier die Sommerstraßen in Stockholm nennen, in Rahmen derer Parkplätze im Sommer

29 www.stadtluecken.de [24.03.2021].

30 www.stuttgart.de/pressemitteilungen/2021/februar/stadt-informiert-ueber-stand-des-projekts-paulinenbruecke.php, [24.03.2021]; www.stuttgart-meine-stadt.de/news/oesterreichischer-platz/preis/ [24.03.2021]; Erklärung Planungsgruppe Österreichischer Platz vom 16.02.2021, www.stadtluecken.de [02.06.2021].

31 Die Bauwerkstatt wird im Themenheft mit einem eigenen Projektsteckbrief vorgestellt (S. 248).

32 www.publicspace.org/documents/220568/532079/54213mierigi-02-by-kaspars-kursiss.png/e12e37fe-622d-ee90-2f1b-5ba184962ff3?version=1.0&t=1525251651327 [06.05.2021].



Abb. 3: Intervention in Riga; Foto: Kaspars Kursiss.

zu Aufenthaltsflächen umfunktioniert werden.³³ Das Projekt „Brings uf d’Strass“ (Zürich) setzt ein ähnliches Vorhaben in ausgewählten Quartiersstraßen um.³⁴

Natürlich besteht in jedem Fall die Möglichkeit, dass sich Temporäres bewährt und etwas Längerfristiges entsteht. Ephemere Prozesse zielen darauf ab, „dass aus dem Vorübergehenden und Improvisierten eine bleibende Bedeutung erwächst“.³⁵

Partizipative Prozesse

Im Rahmen partizipativ angelegter Prozesse sind die Mitwirkungsmöglichkeiten weitreichender als in klassischen (in)formellen Prozessen. Um eine nachhaltige Entwicklung des öffentlichen Raums in Zentren zu ermöglichen, ist die ständige Reflexion der Planungen und eine gemeinsame Debatte nötig. Dies trägt auch zu einem

33 www.urban-shorts.net/2021/04/28/erst-eine-dann-zwei-dann/ [06.05.2021].

34 www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/amtsblatt/einzelmitteilung.2021_0152.html [24.03.2021].

35 P. Alfaró d’Alencon/B. Bauernfeind/D. Konrad (s. A 25), S. 13.

gestärkten gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.³⁶ Die Bandbreite erstreckt sich von der klassischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der erläuterten Planungsregularien – hier liegt die Entscheidungsgewalt auf politischer Ebene – bis hin zu einem selbstständigen Stadtmachen durch die Menschen vor Ort.³⁷

In dieser Bandbreite der Mitwirkungsmöglichkeiten an der Stadtentwicklung und -gestaltung sind auch kooperative und kollaborative Prozesse wiederzufinden. Die Begrifflichkeiten erfreuen sich in der aktuellen Debatte einer inflationären Verwendung, werden nicht trennscharf voneinander abgegrenzt und teilweise synonym verwendet. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass die Definition der Begriffe noch im Fluss ist.³⁸

Eine erste Annäherung an die genaue Bedeutung kann über die Art der Zusammenarbeit der Beteiligten geschehen. In kooperativen Prozessen bearbeiten diese im Rahmen ihres speziellen Know-hows, ihrer Zuständigkeiten oder auch Finanzmitteln bestimmte Teilaufgaben, auch im Rahmen größerer Zusammenhänge. Kollaborative Prozesse sind enger verwoben, hier erfolgt eine gemeinsame Erarbeitung und Bearbeitung der (Teil)Aufgaben von unterschiedlichen Beteiligten. Diese sind so dazu aufgefordert, bzw. haben die Chance, die Intentionen und Ideen der jeweils anderen Beteiligten aufzunehmen und ggf. davon zu profitieren.³⁹ Durch das Einbeziehen vieler Menschen kann eine Thematik aus einem umfassenderen Perspektivenspektrum betrachtet und die politische Entscheidungsfindung „entlastet“ werden: „Das ist das Wissen der Vielen, die Macht der Vielen, aber auch die Verantwortung der Vielen.“⁴⁰

Dass ein Prozess kooperativ oder kollaborativ organisiert ist, heißt jedoch nicht zwangsläufig, dass Mitwirkungsmöglichkeiten auf breiter Ebene gegeben sind.^{41 42} Hierzu bedarf es vielfältiger und niederschwelliger partizipativer Möglichkeiten, die an einen solchen Prozess angegliedert werden.

Der Planungsprozess um die „Esso-Häuser“ im Hamburger Bezirk St. Pauli verdeutlicht, wie ein gemeinsam bearbeitetes Projekt durch partizipative Formate weiter bereichert werden kann. Nachdem die „Esso-Häuser“ 2010 trotz Protesten aus der Bevölkerung von einem Investor gekauft wurden, forderte die Nachbarschaft, die Planungen für das Areal selbst in die Hand nehmen zu können. Hierzu grün-

36 R. Brand / F. Graffikin, Collaborative Planning in an Uncollaborative World, in: Planning Theory 6 (2007), S. 283; BBSR, Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung, Bonn (2020), S. 8.

37 IP Stefan Willinger: 12.02.2021.

38 Ebda.

39 BBSR (s. A 4), S. 7, S. 89 f.

40 IP Stefan Willinger: 12.02.2021.

41 Ebda.

42 R. Brand / F. Graffikin (s. A 36), S. 283 f.

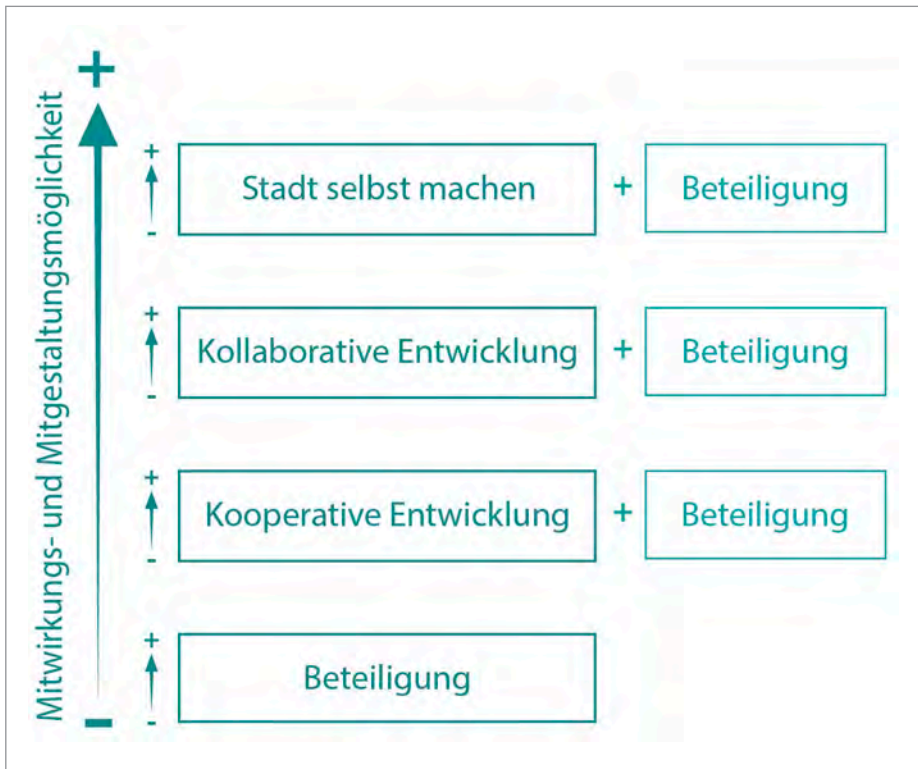


Abb. 4: Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gestaltung des öffentlichen Raums;

Quelle: HFT Stuttgart

deten sie ein Planungskomitee und nahmen mit einem selbst entwickelten Konzept Kontakt zum Bezirksamtsleiter und dem Baudezernenten auf. Die Verhandlungen waren erfolgreich, die neu gegründete „PlanBude“ wurde vom Bezirk Hamburg-Mitte mit der Organisation und Durchführung des Beteiligungsprozesses beauftragt. Dieser sollte unabhängig, ergebnisoffen und lokal stattfinden, ohne vorherige Entscheidungen von Staat oder Eigentümer.⁴³

In der vor Ort eingerichteten „PlanBude“ wurden verschiedene, sehr kreative Aktivierungs-, Beteiligungs- und Entwurfstools angewandt, um möglichst viele verschiedene Wünsche und Ideen in den Prozess integrieren zu können. Die mehr als 2.300 Beiträge wurden gesammelt, ausgewertet, interpretiert und in funktionale, soziale und bauliche Ansprüche an den Neubau übersetzt. Diese wertvolle Wis-

⁴³ *Planbude*, Anlage B4, Ergebnisse des öffentlichen Planungs-Prozesses (2016), S. 5.

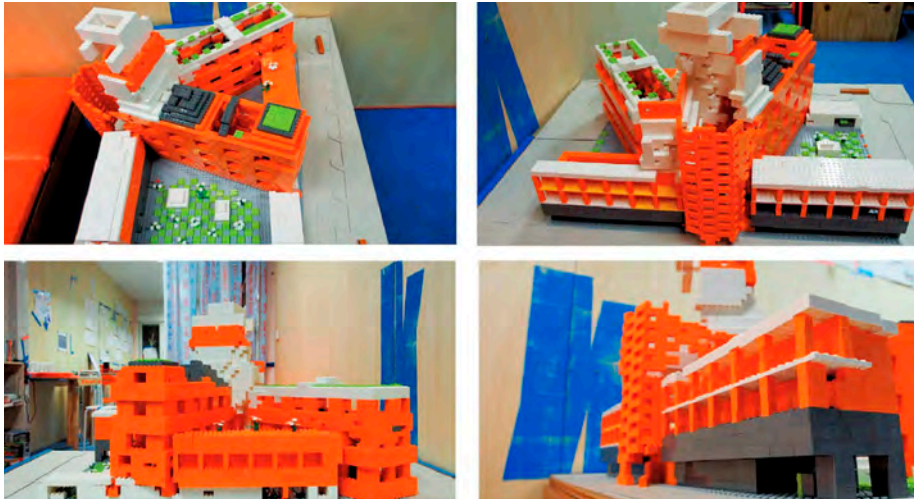


Abb. 5: Beteiligungsformat PlanBude St Pauli; Quelle: *PlanBude 2015*.

senssammlung trägt den Namen „St. Pauli Code“.⁴⁴ In zwei anschließenden Stadtteilkonferenzen wurden die Ergebnisse vorgestellt, diskutiert und überarbeitet. Auf dieser Grundlage haben „PlanBude“, Bezirk und der Eigentümer im Mai 2015 ein umfangreiches Eckpunkte-Papier verhandelt, das die Basis für den anschließenden zweistufigen städtebaulichen Wettbewerb bildet.⁴⁵

Es folgten ein städtebaulicher Wettbewerb, der die städtebauliche Überplanung des Gebiets zum Inhalt hatte und ein Realisierungswettbewerb für die einzelnen Baufelder.⁴⁶ 2018 wurde ein städtebaulicher Vertrag zwischen dem Bezirksamt Hamburg-Mitte und der Bayerischen Hausbau geschlossen, um die geplanten Konzepte und Nutzung sicherzustellen.⁴⁷ Auch im Bebauungsplan wurde die Umsetzung der vertikalen und horizontalen Nutzungsmischung sichergestellt.⁴⁸

Der Prozess der Neuentwicklung der Esso-Häuser zeigt, dass bestehende Planungsprozesse durch eine durchdachte Beteiligung sehr bereichert werden können. Bestehende Instrumente wie konkurrierende Verfahren, städtebauliche Verträge und Bebauungspläne können – richtig integriert – zur Sicherstellung einer nachhaltigen und abgestimmten Zentrenentwicklung beitragen.

44 Ebda, S. 5 ff.

45 www.polis-magazin.com/2020/02/die-hamburger-planbude-setzt-auf-das-wissen-der-buerger/ [03.03.2021]; planbude.de/planbude-intro/ [03.03.2021].

46 www.planbude.de/planbude-intro/ [03.03.2021].

47 www.planbude.de/wp-content/uploads/2019/03/Akte_000.00-04.pdf [03.03.2021].

48 www.initiative-esso-haeuser.de/ [03.03.2021].



Abb. 6: Heavenly Hundred Garden Kiev; Foto: NGO Misto-sad.

Ebenso wird jedoch deutlich, dass es immense Anstrengungen zur Verhinderung von rein profitorientierten Projekten benötigt. Bis heute ist die Bayerische Hausbau folgender Überzeugung: „Um aus der politischen Blockade über den PlanBude-Prozess zu erheblich reglementiertem Baurecht zu kommen, muss die Bayerische Hausbau auf ihrem Grundstück das Wunschkonzert von Stadtteil und Politik abbilden. Nüchtern betrachtet ist der PlanBude-Prozess damit – auch – ein Vehikel für eine Wettbewerbsverzerrung durch gravierende Ungleichbehandlung eines Marktteilnehmers.“⁴⁹

Eine weitere Form der Mitwirkung stellt der (politische) Protest dar. Ob dieser zum Erfolg führt, hängt von politischen, gesellschaftlichen und auch sozialen Rahmenbedingungen sowie der Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft ab.⁵⁰ Beispielhaft lassen sich die Gestaltung des Gedenkplatzes „Heavenly Hundred Garden“ in Kiew nennen, hier konnte durch eine Besetzung ein Ort der Erinnerung mit Aufenthaltsqualität und produktiven Nutzungen geschaffen werden.⁵¹

49 www.hausbau.de/unternehmen/news/detail/sieben-thesen-fuer-einen-gelungenen-beteiligungsprozess [03.03.2021].

50 www.bpb.de/apuz/138272/protest-und-beteiligung [06.08.2020].

51 www.publicspace.org/works/-/project/j308-heavenly-hundred-garden [06.08.2020].

Nutzung, Gestaltung und Transformation des öffentlichen Raums – Fazit und Ausblick

Die unterschiedlichen Impulse, Prozesse und Planungsvorhaben machen deutlich, wie groß die Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums in Stadtteilzentren theoretisch sind. Es ist auch deutlich geworden, dass es sich nicht zwangsläufig um (formelle) Planungsverfahren handeln muss, die eine dauerhafte Planung oder konkrete Realisierung zum Ziel haben, auch temporäre Entwicklungen und experimentelle, ergebnisoffene Prozesse können Impulse setzen und zu dauerhaften Veränderungen führen.

Genauso wurde aber deutlich, dass die tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeit an Prozessen und Planungen im öffentlichen Raum in Stadtteilzentren oft eingeschränkt ist. Die Hürden, die es bereits zur Teilnahme an „bewährten“ Prozessen der formellen und informellen Planung gibt, zeigen, dass es einer veränderten Kommunikation und Organisation dieser klassischen Prozesse bedarf. Ein erleichterter Zugang an dieser Stelle könnte einen ersten Schritt in die Richtung einer partizipierenden Stadtgesellschaft sein. Sich über die klassische Beteiligung hinaus des tatsächlichen Stadtmachens anzunehmen, erfordert viel Mut, Zeit, Durchsetzungsvermögen und vor allem Wissen. Dieses Wissen, dass und wie die Stadt von all ihren Bewohnerinnen und Bewohnern mitgestaltet werden kann, muss breiter in die Bevölkerung kommuniziert werden, es geht um eine Befähigung zur aktiven Mitgestaltung.

Hinzu kommt, dass die oftmals sehr großen Anstrengungen, die für Stadtmacherinnen und Stadtmacher mit der Umsetzung eigener Projekte verbunden sind, nur selten zum Erfolg führen. Die Grenzen der Flexibilität seitens der Verwaltung scheinen oft enger gesteckt, als viele Beteiligte es sich wünschen würden. Oft, so scheint es, haben (auch spontan) hoheitlich geplante Vorhaben und rein wirtschaftlich orientierte Interessen Vorrang vor den zivilgesellschaftlich getragenen/initiierten Prozessen vor Ort. Insbesondere der öffentliche Raum sollte jedoch nicht zum Spielball verschiedener wirtschaftlicher Interessen werden oder als ubiquitär verfügbarer „Ersatzraum“ gesehen werden. Gerade hier entstehen die Identität und Seele eines Zentrums, das von lokalen Interessen geprägt sein sollte.

Im aktuellen TransZ-Forschungsvorhaben wird weiterhin anhand verschiedener Prozesse und Planungen in unterschiedlichen Stadtteilzentren nach Möglichkeiten gesucht, bestehende Vorgehen hinsichtlich der Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen vor Ort zu verbessern.

Interview:

„Pischte 52“ in Schlieren bei Zürich – die etwas andere Zwischennutzung

Vor allem die Nähe zu Zürich macht die Stadt Schlieren als Wohnstandort attraktiv. Die Bevölkerung wächst seit Jahren stark, sowohl die verkehrliche Anbindung als auch die Struktur des Stadtzentrums entsprachen nicht mehr den sich verändernden Anforderungen. Durch umfangreiche Umstrukturierungen stehen nun für fünf Jahre Flächen für die Aneignung durch die Bevölkerung in Form des Projektes „Pischte 52“ zur Verfügung.

Anke Kaschlik von TransZ hat Barbara Meyer, Stadtplanerin der Stadt Schlieren, zu diesem Projekt interviewt.

TransZ: Was war die zentrale Idee für die Pischte 52?

Barbara Meyer: Die zentrale Idee der Pischte 52 war es, die einmalige Chance, die sich durch die Verlegung der Kantonsstraße ergeben hat, gewinnbringend für die Zukunft der wachsenden Stadt Schlieren zu nutzen. Wir müssen rausfinden, was für eine sich rapide verändernde Bevölkerung richtig ist. So ist ein neuartiges Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung von Schlieren entstanden. Ein Teil der ehemaligen Kantonsstraße wird zur Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt mit dem Ziel, die Anforderungen an die zukünftige Gestaltung dieses Raums zu testen. Gleichzeitig werden Eigeninitiative und Identifikation gefördert. Das Projekt wird fachlich begleitet und dauert bis 2025. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für die definitive Gestaltung der ehemaligen Kantonsstraße.

TransZ: Wie ist das Projekt entstanden?

Barbara Meyer: Auslöser für das Projekt Pischte 52 war ein städtebaulicher Wettbewerb zur Umgestaltung des Stadtzentrums Schlieren in 2005. Dieser sah eine Umorganisation der gesamten verkehrlichen Erschließung im Zentrum der Stadt inkl. Tramanbindung an Zürich und Spreitenbach vor. In diesem Rahmen konnte die Kantonsstraße verlegt werden und ca. 300 Meter der alten Straße fielen aus der Nutzung. Der angrenzende Stadtpark sollte um die Straßenfläche und weitere angrenzende Flächen erweitert werden. Ende 2018 bis März 2019 fand eine kooperative Testplanung über den ganzen Stadtpark und zur Implementierung eines Altenzentrums in den alten Park statt. Parallel kam von dem beteiligten Büro Bryum aus Basel die Idee des Prozesshaften und mit der Bevölkerung gemeinsam zu schauen, was gut für die Parkerweiterung ist. Dafür wurde die Pischte 52 als aktive Zone im Stadtpark vorgesehen, denkmalgeschützte Gebäude sollen in den Park integriert werden.

Mit dem Ende der Testplanung erfolgte die Eröffnung der neuen Kantonsstraße, aber erst nach ca. einem Jahr die Bekanntmachung der Nutzungsmöglichkeiten durch die Bevölkerung. In dieser Zeit wurde ein Leitfaden für die Nutzung erarbeitet und das Land vom Kanton erworben und ein Kümmerer gefunden. Seitens der Bevölkerung gab es wenig Verständnis für die Brache im Zentrum, erwartet wurde die direkte Umgestaltung des Stadtparks. In diesem Jahr soll ein erheblicher Teil des Asphalt entfernt werden, um weitere Nutzungen zuzulassen. Mit Ballenbäumen und beweglichen Bänken soll deren Anordnung mit der Bevölkerung getestet werden. Derzeit läuft die

Masterplanung „Grüne Mitte“ und die Nutzung der Pischte 52 wird evaluiert. Auf dieser Grundlage wird das Programm für den in 2023 geplanten Gestaltungswettbewerb erarbeitet.

TransZ: Wie wird das Projekt finanziert? Wer entscheidet über mögliche Nutzungen?

Barbara Meyer: Der Stadtrat stellte für die Umsetzung von Ideen aus der Bevölkerung CHF 270.000,- zur Verfügung. Durch das Planungsteam wurde ein Reglement ausgearbeitet, das einen Rahmen für mögliche Nutzungen vorgibt, und Aussagen zur Beantragung von Mitteln trifft. Dieses wurde vom Ausschuss Bau und Planung beschlossen. Der Kümmerer des Projekts sammelt die Anträge und leitet umfangreiche, bewilligungspflichtige Projekte an den Ausschuss weiter.

TransZ: Wie und durch wen wird die Pischte 52 genutzt? Welche Unterstützung durch die Stadt braucht es?

Barbara Meyer: Die derzeitige Grundnutzung ist ein Imbisswagen und viele Bänke, die rege genutzt werden. Es sind vor allem Pensionierte und in der Mittagspause Berufstätige anzutreffen. Diese bevorzugen offensichtlich nicht die Ruhe des Stadtparks, wie wir erwartet hatten. Auch Randständige, die sich bisher überwiegend im Park aufgehalten haben, halten sich zum Teil in der Nähe des Imbisswagens auf. Das erhöht die Sichtbarkeit, erfordert aber auch Mut.

Über den Sommer haben vielfältige Aktivitäten stattgefunden, die von ganz unterschiedlichen Menschen veranstaltet wurden. Die Ansprache bzw. Werbung für die Möglichkeiten der Nutzung geschieht über Presseberichte und die Website vor allem aber über Schilder vor Ort mit der Telefonnummer des Kümmerers. Es geht sehr persönlich, ohne lange schriftliche Anträge. So erreichen wir Leute, die an Beteiligungsprozessen für städtische Planungen niemals teilnehmen würden, oftmals Menschen mit Migrationshintergrund. Der Zugang ist extrem niedrigschwellig. Jugendliche erreichen wir bisher trotzdem nur in Ansätzen und hauptsächlich über das Jugendzentrum.

Weil es uns darum geht, Eigeninitiative zu fördern, brauchen die Antragstellenden eine gute Idee und den Willen diese selbst umzusetzen. Die Stadt unterstützt mit Infrastruktur, Beratung und Geld. Ideen von Personen, die nur die Stadt zum Handeln auffordern im Sinne von „man müsste mal“, selbst aber keine Umsetzung planen, werden nicht unterstützt.

TransZ: Was sind oder waren die größten Herausforderungen für die Pischte 52?

Barbara Meyer: Insbesondere in der kälteren Jahreszeit wird die Pischte 52 wenig genutzt. Für den Alltag fehlt es an Nutzungen. Es ist nicht immer leicht, das auszuhalten. Eine Herausforderung sind Nutzungskonflikte, die aus der beabsichtigten Nutzung der Pischte 52 als Begegnungsort entstehen. Es gibt immer wieder Anwohnerinnen und Anwohner, die Lärmbelastungen reklamieren. Im Laufe der Zeit hat sich die Situation dadurch etwas gebessert, dass die älteren Menschen, die die Pischte 52 regelmäßig nutzen, die älteren Menschen, die sich beklagen zurechtweisen, sozusagen von Alt zu Alt. Gleichzeitig betreibt die Stadt mehr Aufwand mit frühzeitiger Information über geplante Veranstaltungen. Dies scheint die Akzeptanz zu erhöhen.

Herausforderungen ergeben sich auch aus nicht geplanten bzw. dezidiert unerwünschten Nutzungen: So wird die Pischte 52 immer wieder befahren, z.B. zum Dönerholen am Imbiss-Stand oder durch Eltern der Kinderkrippe oder sie wird als Auto-Abstellplatz am Abend genutzt. Dieses Problem ist weiterhin ungelöst, die Polizei prüft momentan eine Signalisation, welche dies verhindern würde.

Für die Abschätzung der Folgenutzungen und der Bedarfe der Bevölkerung ist vor allem die Corona-Krise eine Herausforderung: Wie aussagekräftig ist eigentlich die Evaluation der Nutzung in Zeiten von Corona? Heißt Leerstellen, dass die Pischte 52 nicht gebraucht wird?

TransZ: Was ist das Besondere der Pischte 52?

Barbara Meyer: Die Pischte 52 ist eine etwas andere Zwischennutzung. Es geht weniger darum, mit der Zwischennutzung die Zeit bis



Abb.: Umgestaltung der Pischte 52 in Schlieren (Schweiz); Foto: *Stadt Schlieren*.

zur endgültigen Nutzung zu überbrücken, als vielmehr darum, aus der Zwischennutzung zu lernen. Das Projekt ist dafür gedacht, Dinge auszuprobieren, Fehler zu machen, im Prozess nachzubessern. Voraussetzung dafür sind eine hohe Flexibilität und ein ergebnisoffenes Vorgehen. Dies widerspricht dem Denken und der Kultur von Stadtverwaltung und -politik. Die Umsetzung gelingt, weil ein lebendiges Stadtzentrum als Ziel im Stadtentwicklungskonzept verankert ist. Über die jeweiligen Legislaturziele kann dies runtergebrochen werden. Es gibt trotz veränderter Stadtratszusammensetzung eine gewisse Kontinuität und einen langen Atem für langfristige Ziele und Planungen. Wesentlich für das Gelingen des Projekts ist die Funktion des Kümmerers. In unserem Fall

ist dies ein Projektmanager, der eigentlich als Tiefbauer bei der Stadt angestellt ist. Sicher wäre eine Ausbildung in Gemeinwesenarbeit oder soziokultureller Animation für diese Funktion besser geeignet; es sollte aber für dieses zeitlich befristete Experiment keine neue Stelle geschaffen werden.

Durch die Möglichkeit der Eigeninitiative sollen die Menschen Selbstwirksamkeit spüren: „Hier kann ich mein Ding realisieren“. Letztlich erhoffen wir uns so ein bisschen ein Umdenken in der Bevölkerung, weg von „Die machen ja sowieso, was sie wollen“ hin zu „Ich kann selbst etwas tun“. Auch bei denen, die sich nicht beteiligten: „Ich habe mich nicht engagiert, deshalb bin ich mit dem Entstandenen zufrieden“.



Grafik 6: Öffentliche Räume aktiv gestalten; Quelle: *TransZ-Infografik*.

Fazit:

Mitten in der Stadt – Transformation ist Gemeinschaftsaufgabe

Die in diesem Heft versammelten Beiträge zeigen unterschiedliche Perspektiven und Aspekte der Zentrenentwicklung auf. Die verschiedenen Zugriffe auf dieses Thema illustrieren dabei deutlich, dass eine gelungene Transformation urbaner Stadt(teil)zentren wohl kaum das Resultat einer einzigen Akteursgruppe sein kann. Vielmehr sollte die Revitalisierung von Zentren als Gemeinschaftsprojekt verstanden werden, in dem verschiedene Interessengruppen und Institutionen ihre Bedürfnisse und Ideen einbringen. Denn Bewohner und Bewohnerinnen einer Stadt oder eines Stadtteils stellen andere Ansprüche an eine nachhaltige Zentrenentwicklung als beispielsweise die lokalen Kaufleute oder die kulturellen Einrichtungen vor Ort. Zugleich gilt es kommunale Rahmenbedingungen zu berücksichtigen und die Vermittlung zwischen all diesen unterschiedlichen, sich auch zum Teil widersprechenden Ansprüchen und Ideen ist eine komplexe Aufgabe. Im Heft haben wir Beispiele aufgezeigt, wie dieser Komplexität mit kreativen Ideen, Konzepten und Projekten begegnet werden kann.

Wenn die Transformation urbaner Stadt(teil)zentren als Gemeinschaftsprojekt verstanden wird, an dem sich vielfältige Akteure und Akteurinnen einbringen, impliziert dies, Zentren als multifunktionale Orte zu stärken. Denn sie werden dann nicht nur auf die Versorgung und den Konsum beschränkt, sondern erlangen zugleich ebenso Relevanz als Wohnorte, Begegnungsorte und Identitätsorte. Im Forschungsvorhaben TransZ haben wir in den fünf von uns begleiteten Stadt(teil)zentren ganz unterschiedliche lokale Impulse gestärkt, um eine derart vielschichtige Transformation anzustoßen. Die Interviews in diesem Heft zeigen zusätzlich weitere Möglichkeiten auf.

Die Covid-19-Pandemie hat verdeutlicht, wie wichtig Resilienz ist. In den Zentren bündeln sich viele Herausforderungen der Stadtentwicklung, globale Entwicklungen und Trends sind hier besonders zu spüren. Die Pandemie verändert die Zentren – in der Öffentlichkeit sind die Sorgen vorherrschend: Was bleibt, was geht in unseren Zentren? Es wird aber nicht nur zu negativen Verwerfungen kommen. Es eröffnen sich auch (neue) Chancen für eine Zentrenentwicklung, die neben den ökonomischen Aspekten vielfältige Anforderungen an die Stadt und den Stadtraum berücksichtigen. TransZ hat herausgearbeitet, dass lokales Handeln der Akteure und Akteurinnen vor Ort wesentlich zur Vitalität und Lebensqualität in den



Abb.: Transformation ist Gemeinschaftsaufgabe; Foto: *Jaqueline Schaumann*, Bildbearbeitung: *Barbara Hefner*.

Zentren beitragen kann. Vor dem Hintergrund der lokalspezifischen Gegebenheiten entstehen ökonomische, ökologische und soziale Innovationen mit hohem Transferpotenzial. Voraussetzung ist eine Konstellation mit Akteuren und Akteurinnen, die bereit ist, neue, auch experimentelle Wege zu gehen, zu erproben, zu prüfen und auch ein mögliches Scheitern in Kauf zu nehmen. Dies gelingt nur, wenn eine entsprechende Haltung zugrunde liegt.

Die Abbildung mit dem Slogan „Transformation ist Gemeinschaftsaufgabe“ und die digitale Infografik symbolisieren gemeinsam die Botschaft: Eine erfolgreiche Zentrenentwicklung ist kein einfacher, geradliniger Weg. Zentrenentwicklung erfordert das Beschreiten vieler unterschiedlicher Wege, sie ist „Team-Sport“ – nicht (nur) Team-Work. Es geht um die Bündelung von Ansätzen und Aspekten, die trotz ihrer Vielfältigkeit ein gemeinsames Ziel verfolgen: Die Transformation von Stadt(teil)zentren hin zu belebten und attraktiven Orten.

Christina Simon-Philipp und Luise Stoltenberg für das TransZ-Team

AUTORINNEN / AUTOREN

Dipl.-Ing. Sascha Anders

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HafenCity Universität Hamburg, Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); zuvor langjährige Tätigkeit in verschiedenen Planungsbüros u. a. zur Quartiersentwicklung, Zentren- und Einzelhandelsentwicklung und regionaler Kooperation; aktuelle Forschungsschwerpunkte: strategische Stadtentwicklungsplanung und Governanceprozesse, Transformation von Zentren und Wohnquartieren, kommunale Einzelhandelssteuerung.

Hannah Bühr, B.Eng. Klimaengineering

Studentin im Master Stadtplanung an der HFT Stuttgart; wiss. Hilfskraft im Projekt Transformation urbaner Zentren (TransZ); Co-Founder Firfancy Design.

Dipl.-Kult. Ruth Emanuel

Wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Holzminden, Göttingen; Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Kulturmanagerin; Schwerpunkt: Soziokultur in ländlichen Räumen

Anne-Marie Gehrke-Claußen

B.A. Soziale Arbeit und M.A. Bildungswissenschaften; wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Department Soziale Arbeit, Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Zuvor langjährige Mitarbeit in EU-Forschungsprojekten zu den Themen soziale Ungleichheit, Migration, Bildungschancen, soziale Stadtentwicklung.

Dr. Jörg Herrmann

Direktor der Evangelischen Akademie der Nordkirche Hamburg; als Theologe und Literaturwissenschaftler Publikationen zu theologischen, kulturellen und zeitgeschichtlichen Themen; Privatdozent an der Universität Hamburg.

Dr. Anke Kaschlik

Stadtplanerin, Stadtforscherin; wiss. Mitarbeiterin an der Fakultät Soziale Arbeit, Management, Bauen der Hochschule für angewandte Wissenschaften und Kunst Hildesheim, Holzminden, Göttingen; Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Dozentin Community Development am Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften; Forschungsschwerpunkte: Kleine Städte, öffentliche Räume, Engagement, Transdisziplinäre Forschung.

Prof. Dr.-Ing. Thomas Krüger

Professor für Projektentwicklung und Projektmanagement in der Stadtplanung an der HafenCity Universität Hamburg; Projektleitung: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Bauassessor; Forschungsschwerpunkte: Entwicklung und Management urbaner Zentren, Kooperationsformen und Träger der Stadtentwicklung, Steuerungsinstrumente der Stadt- und Regionalentwicklung.

Gerold Leppa

Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig, Geschäftsführer der Braunschweig Stadtmarketing GmbH und der städtischen Wirtschaftsförderung Braunschweig Zukunft GmbH, Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V. (bcsd), Autor verschiedener Artikel mit den Schwerpunkten Stadtmarketing und Standortmarketing, Referent bei Tagungen und Kongressen.

Dipl.-Ing. Sven Lohmeyer

Projektleiter für co-kreative Stadtentwicklung im Büro urbanista in Hamburg; Schwerpunkte: Gesamtstädtische Leitbild- und Visionsprozesse, Innenstadt-Transformation, Partizipationsformate, Prozessdesign und Prozessberatung, Aufbau der Urban Change Academy.

Barbara Meyer

Studierte Architektur und Scenography; Weiterbildung in Urban Management, Urban Psychology und Immobilienökonomie; seit 2006 Stadtplanerin der Stadt Schlieren; Aufgabenfeld: Erarbeitung von Stadtentwicklungskonzepten und deren Übersetzung in tragfähige kommunale Planung, Erarbeitung verschiedener Masterpläne und Konzepte für eine qualitätsorientierte Entwicklung der Stadt Schlieren.

Reiner Nagel

Architekt und Stadtplaner; seit 2013 Vorsitzender der Bundesstiftung Baukultur, zuvor Abteilungsleiter für Stadtentwicklung, Stadt- und Freiraumplanung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin; ab 1998 in der Geschäftsleitung der Hafencity Hamburg GmbH; Lehrbeauftragter im Bereich Urban Design an der TU Berlin; 2020 als Mitglied in die Freie Akademie der Künste Hamburg, Sektion Baukunst, berufen.

Eva Noller

Studierte Architektur; Regierungsbaumeisterin in Städtebau; bis Mai 2021 Erste Bürgermeisterin des Technischen Dezernats der Stadt Leinfelden-Echterdingen; seit Mai 2021 Baubürgermeisterin der Stadt Göppingen.

Dirk Schaible

Diplom-Verwaltungswirt (FH); seit 2008 Bürgermeister der Stadt Freiberg am Neckar; davor Consultant im Kommunalen Kompetenzzentrum von Arthur Andersen und Büroleiter von Oberbürgermeister Werner Spec, Stadt Ludwigsburg; Seit 2009 Mitglied des Ludwigsburger Kreistags (Freie Wähler).

Elisabeth Schaumann, M.Eng.

B. A. Kulturgeographie und M. Eng. Stadtplanung; wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Technik Stuttgart, Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); laufendes Dissertationsvorhaben an der TU Kaiserslautern zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Städtebauförderung; Forschungsschwerpunkte: Zentrenentwicklung, Öffentlicher Raum, Partizipative Stadtgestaltung, Stadterneuerung.

Miriam Scherrer

Studentin der Sozialen Arbeit an der Hochschule

für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Department Soziale Arbeit; Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ).

Jaqueline Schmidt, M.A.

B. A. Politikwissenschaften/Soziologie und M. A. Soziologie; wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Holzminden, Göttingen, Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Forschungsschwerpunkte: Stadtsoziologie, soziale Ungleichheiten, Partizipations- und Transformationsprozesse städtischer Zentren.

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp

Architektin und Stadtplanerin; Professorin für Städtebau und Stadtplanung an der Hochschule für Technik Stuttgart; Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung; Forschungsschwerpunkte: Zentrenentwicklung, öffentlicher Raum, energieeffiziente Stadtentwicklung, Quartiersentwicklung und demographischer Wandel; seit 2021 Kuratorin Deutscher Städtebaupreis.

Dr. Luise Stoltenberg

Wiss. Mitarbeiterin in der Stadtplanung an der Hafencity Universität Hamburg, Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Promotion in Soziologie an der Universität Hamburg; Forschungsschwerpunkte: Transformationsprozesse städtischer Zentren, Stadtsoziologie, neuer Städtetourismus (new urban tourism).

Dr. Anne Vogelpohl

Vertretungsprofessorin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Projekt: Transformation urbaner Zentren (TransZ); Geographin und Soziologin; Forschungsschwerpunkte: Stadtpolitik in Hinblick auf Beratung, Wohnen und Arbeit, feministische Methodologien.

Anaïs Wiedenhöfer

Ethnologie BA/MSc Urban Design; Arbeiten für das Archäologische Museum in Hamburg zu digitaler Kulturvermittlung im öffentlichen Raum; seit 2017 freie Mitarbeiterin am Lehrstuhl Urban Design der HCU Hamburg.

